



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Kammer
IHR PARTNER

Jahresbericht 2009



**kompetent
innovativ
überzeugend**



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Kammer

IHR PARTNER

Jahresbericht 2009

kompetent
innovativ
überzeugend

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Albstadtweg 9
70567 Stuttgart
Telefon 0 711 / 2 28 45 - 0
Telefax 0 711 / 2 28 45 - 40
E-Mail info@lzk-bw.de
Internet www.lzk-bw.de

BILDNACHWEIS

LZK-Bildarchiv, Informationszentrum Zahn-
gesundheit, Zahnmedizinisches Fortbildungs-
zentrum Stuttgart, Akademie für Zahnärztliche
Fortbildung Karlsruhe

GRAPHISCHE GESTALTUNG & LAYOUT

Andrea Mader, Landes Zahnärztekammer BW
Jürgen Raub, Haka Print und Medien GmbH

TITELBLATT

Rocco Nemitz, Landes Zahnärztekammer BW

DRUCK

Haka Print und Medien GmbH
Ostfildern-Ruit

ALLGEMEINE HINWEISE

Alle Rechte vorbehalten. Copyright
Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.
Nachdruck, Vervielfältigung, Speicherung auf
Datenträgern oder Verbreitung mittels
elektronischer Systeme – auch auszugsweise –
nur mit Zustimmung der Landes Zahnärzte-
kammer Baden-Württemberg

STAND

November 2009

Inhalt

Vorwort	5
Vorstand der Landes Zahnärztekammer	7
Vertreterversammlung	15
Haushaltsausschuss	19
Landesberufsgericht für Zahnärzte	25
Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer	29
Bezirks Zahnärztekammer Freiburg	35
Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe	39
Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart	43
Bezirks Zahnärztekammer Tübingen	47
Satzungsausschuss	49
GOZ-Ausschuss	51
Fortbildungsausschuss	55
Praxisführungsausschuss	57
Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie	67
Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie	71
Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen	75
Berufsbildungsausschuss	81
Fachausschüsse Zwischen- und Abschlussprüfung für ZFA	83
Prophylaxeausschuss.....	87
Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart	89
Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe	93
Gutachterwesen	99
Zahnärztliche Röntgenstelle	101
Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 ZHG	103
Arbeitskreis Gesundheits- und Sozialpolitik	107
Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung	109
Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung	123
Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	129
Zahnärzteblatt Baden-Württemberg	135
Informationszentrum Zahngesundheit	141
Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg	147
Bundeszahnärztekammer	153

Der aktuelle Jahresbericht der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg bietet mit zahlreichen Hintergrundinformationen und Statistiken einen detaillierten Einblick über die geleistete Arbeit der Kammer, ihrer Organe, Ausschüsse und Arbeitskreise. Mit dem Beginn der 14. Kammerperiode ab Januar 2009 standen zunächst die Neuwahlen der Kammergremien im Vordergrund. Auf der konstituierenden Vertreterversammlung in Januar wählten die neuen Delegierten den neuen Kammervorstand. Naturgemäß lag das Hauptaugenmerk danach auf der personellen Neubesetzung sowie Konstituierung der Gremien.

Als bereits gute Tradition hat sich die Konzipierung eines Standespolitischen Programms zu Beginn der neuen Kammerperiode bewährt. Darin formuliert der Vorstand die Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen der Kammerarbeit für die nächsten vier Jahre, um eine hohe Qualität der Standespolitik nach innen und außen zu sichern.

Ein wichtiges Handlungsfeld, das der Vorstand in seiner Klausurtagung im April erarbeitet hat, symbolisiert der Slogan „Die Kammer – Ihr Partner“. Der Vorstand ist der Auffassung, dass die Kammer für die Kollegenschaft die berufliche Heimat und Teil des Berufslebens darstellen soll. Dazu dient das Ziel, die Kammer in ihrer Funktion als Kompetenzzentrum zu stärken, um die Zahnärztinnen und Zahnärzte im Land in Fragen der zahnärztlichen Berufsausübung wirkungsvoll unterstützen zu können.

Gleichzeitig versteht sich die Kammer als aktive politische Selbstverwaltung, die die Interessen des Berufsstandes und des Gemeinwohles wahrzunehmen hat. Dies spielte im Superwahljahr 2009, geprägt durch Kommunalwahlen sowie die Europa- und Bundestagswahl, eine besondere Rolle. Die Kammer hat sich politisch gut positioniert. Gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen

Vereinigung Baden-Württemberg wurde ein Kommunikationskonzept mit Positionspapieren und Wahlprüfsteinen erarbeitet, das für die Kolleginnen und Kollegen in den Kreisvereinigungen als wertvolle Argumentationshilfe zur Artikulation der Interessen diente. In zahlreichen Gesprächen mit Politikern auf Landes- und Bundesebene, auf Parteitagungen sowie in Podiumsdiskussionen, wurde intensive Lobbyarbeit geleistet, um die Politiker über die Vorstellungen der verfassten Zahnärzteschaft Baden-Württemberg zu politischen Themen zu informieren und im konstruktiven Dialog argumentativ zu überzeugen. Im September hat sich der Vorstand in seiner Klausurtagung mit der Thematik Freiberuflichkeit beschäftigt und den Prozess freiberuflicher Selbstreflexion zwischen ethischem Anspruch und gelebter Praxis eingeleitet. In Kammerumfragen hat sich der Trend bestätigt, dass sich die Kollegenschaft eine starke Kammer und den Ausbau der Dienstleistungsangebote wünscht. Ein Arbeitsschwerpunkt lag in diesem Jahr im Bereich Praxisführung. Mit der Neuauflage des PRAXIS-Handbuches, der Einrichtung einer kammereigenen BuS-Dienststelle, den für 2010 konzipierten Fortbildungskursen „Praxisführung im Team“ sowie dem Ausbau der Kommunikationsplattformen zu allen Fragen rund um die Praxisführung, wurde das Dienstleistungsangebot der Kammer deutlich ausgeweitet.

Weitere Arbeitsschwerpunkte, mit denen sich der Vorstand, die Ausschüsse und Arbeitskreise in diesem Jahr intensiv befasst haben, waren die Alters- und Behindertenzahnheilkunde mit dem Ausbau des zahnärztlichen Betreuungskonzeptes für pflegebedürftige ältere und behinderte Menschen, die Erstellung des Praxiskommentars GOZ-INFORM, mit umfassendem Controlling im Verwaltungsbereich sowie mit der Prüfung von Chancen und Risiken neuer Kooperationsformen zahnärztlicher Berufsausübung.

Vorstand der Landeszahnärztekammer

Im Berichtsjahr tagte der neue Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Udo Lenke, des stellvertretenden Präsidenten Dr. Bernhard Jäger sowie der Vorstandsmitglieder Dr. Konrad Bühler, Dr. Gerhard Cube, Dr. Norbert Engel, Dr. Wilfried Forschner, Dr. Antoinette Röttele, Dr. Dr. Heiner Schneider und Dr. Norbert Struß in neun internen Sitzungen, in neun Sitzungen mit Geschäftsführern und Verwaltung, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushaltsausschuss sowie in drei Klausurtagungen.

Gelebtes Leitbild: Die Kammer – Ihr Partner

Die Globalisierung der Märkte beeinflusst zunehmend die gesellschaftliche Entwicklung. Die Ökonomisierung der Gesellschaft und damit auch des Gesundheitswesens, der demografische Faktor sowie die Weiterentwicklung des wissenschaftlich-technischen und medizinischen Fortschritts werden gesellschaftliche Veränderungen auslösen, die auch erhebliche Konsequenzen für den zahnärztlichen Berufsstand und die Zahnarztpraxen im Land mit sich bringen werden.

Den damit verbundenen Herausforderungen muss sich auch die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und ihr neu gewählter Vorstand stellen. Auf seiner ersten Klausurtagung am 27. März 2009 traf sich der Vor-

stand, um in guter Tradition - wie zu Beginn jeder neuen Kammerperiode - sein standespolitisches Programm für die 14. Kammerperiode aufzustellen.

In diesem Programm legt der Vorstand die standespolitischen Aufgaben, Handlungsfelder und Maßnahmen fest, die in den nächsten vier Jahren in die Praxis umgesetzt werden sollen.

Als Hauptziel aller Aktivitäten des Kammervorstandes wurde das Leitbild nach dem Motto: „Die Kammer – Ihr Partner“ definiert und erarbeitet. Diese Partnerschaft zu leben heißt, nach innen wie nach außen Achtung vor den Partnern zu haben, vor dem Selbstbestimmungsrecht eines jeden Einzelnen mit seinen individuellen Besonderheiten, aber



auch Achtung zu haben, insbesondere vor den Interessen von Patientinnen und Patienten, den Politikern und Behördenvertretern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Vertretung der Berufsinteressen und die Beachtung der Belange des Gemeinwohls erreicht unter die-

sem Aspekt eine neue Dimension.

Um als Kammer diesen Verpflichtungen nachzukommen, müssen Interessen abgeglichen und Standpunkte und Maßnahmen nachvollziehbar und transparent erarbeitet und umgesetzt werden. Insbesondere innerhalb des Berufsstandes muss es das Ziel der Kammer als Standesvertretung sein, konträre Meinungen zusammenzuführen und kollegia-

Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

Mitglieder kraft Wahl durch die Vertreterversammlung

Dr. Udo LENKE, Vaihingen, Präsident
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, stv. Präsident
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Norbert STRUß, Freiburg
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen

Mitglieder kraft Amtes als Vorsitzende der Bezirks Zahnärztekammern

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker
Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein

les Zusammenwirken und Solidarität im Berufsstand zu fördern. Diese wichtige Integrationsfunktion der Kammer besitzt für den Vorstand hohe Priorität.



Ebenso wünscht sich der neue Vorstand, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Kammer als „berufliche Heimat“ begreifen, als wichtigen Bestandteil ihres Berufslebens. Damit verbunden ist auch seine Zielstellung, dass die Kammer eine politisch starke Kammer sein muss, die die freiberuflichen Werte und Interessen aller Kammerangehörigen gegenüber der Politik mit großem Engagement vertritt, die aber auch der Kollegenschaft verlässliche Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. Deshalb ist für den Vorstand auch wichtig, die Kammer als Kompetenzzentrum zu etablieren, mit einem umfassenden Angebot an Dienstleistungen. Damit soll für die gesamte Kollegenschaft ein spürbarer Mehrwert und Nutzen in allen Fragen zahnärztlicher Berufsausübung erreicht werden.

Auf seiner zweiten Klausurtagung am 17. April 2009 beschloss der LZK-Vorstand in seinem Standespolitischen Programm weitere wichtige Ziele und Handlungsfelder berufspolitischer Pflichten und freiwilliger Aufgaben, die im Laufe der nächsten vier Jahre sukzessive abgearbeitet werden.

Superwahljahr 2009 – im konstruktiven Dialog mit der Politik

Bei fünf Landtagswahlen, einer Europa- und der Bundestagswahl war das ganze Jahr über Wahlkampfzeit. Somit boten sich 2009 genügend Möglichkeiten, die berechtigten Interessen des zahnärztlichen Berufsstandes gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit klar und verständlich zu vermitteln.



Zur Vorbereitung auf die Gespräche mit politischen Multiplikatoren hat der Kammervorstand ein „Gesundheitspolitisches Eckpunktepapier für das Wahljahr 2009“ mit seinen Reformvorschlägen erarbeitet. Der Bundesgesetzgeber wird darin aufgefordert, liberale und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu schaffen, die gesetzliche Regelungsdichte auf ein Minimum abzubauen und seinen Zentralisierungsanspruch und den damit verbundenen Abbau föderaler Strukturen im deutschen Gesundheitswesen aufzugeben.

Gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg wurde zudem ein Kommunikationskonzept mit Positionspapieren und Wahlprüfsteinen erarbeitet, das für die Kolleginnen und Kollegen als Argumentationshilfe in den Gesprächen mit Politikern und der Meinungsbildung vor Ort diente.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Thorsten BECK
Cäcilia FALK
Andrea MADER
Rocco NEMITZ

Intensive Lobbyarbeit wurde von Vertretern des Vorstandes vor allem in zahlreichen Gesprächen mit Parlamentariern auf Landes- und Bundesebene, mit Vertretern der Ministerien, mit dem aktiven Engagement auf Parteitagungen sowie in Podiumsdiskussionen geleistet, um die Politiker über die Vorstellungen der verfassten Zahnärzteschaft Baden-Württembergs zu Sachthemen zu informieren. In diesen Gesprächen ging es zum Beispiel um die aktuellen, nach unserer Sicht unverhältnismäßig hohen Anforderungen in Sachen Hygienebestimmung, den Gesetzesentwurf zur Regelung des Schutzes vor nicht ionisierender Strahlung, den dringend notwendigen Beschluss über eine novellierte zahnärztliche Approbationsordnung und insbesondere um das existenziell wichtige Thema der GOZ-Novellierung.

Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung dringend notwendig

Der vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) im Oktober 2008 vorgelegte Referentenentwurf zur Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung wurde bisher nicht umgesetzt.

Dies konnte erreicht werden durch intensive Gespräche zwischen Vertretern der Bundeszahnärztekammer mit dem Bundesministerium für Gesundheit sowie durch die stetige Intervention der Zahnärztekammern auf Länderebene, bei denen fachliche Einwände des Berufsstandes gegenüber der Politik klar und unmissverständlich artikuliert wurden. Dies ist aus standespolitischer Sicht als ein nicht unerheblicher Erfolg zu bewerten. Wenn der vorliegende Referentenentwurf in seiner bisherigen Ausarbeitung so durchgesetzt worden wäre – hätte das für Patienten und die Kollegenschaft gleichermaßen unzumutbare Konsequenzen bedeutet und das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient erheblich belastet.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl und die damit neuen politischen Machtverhältnisse geben neue Hoffnung für eine GOZ-Novellierung, zahnmedizinische und betriebswirtschaftliche Bedingungen stärker zu berücksichtigen. Doch auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der schwierigen finanziellen Haushaltslage ist die Aussicht auf eine betriebswirtschaftlich kalkulierte Punktwertanpassung als sehr gering einzuschätzen. Laut Aussage von Dr. Rolf Koschorrek, CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages, bestehen ordnungspolitisch betrachtet gute Möglichkeiten, die Öffnung des § 2 GOZneu auch für die Zahnärzteschaft zu erreichen bzw. den neuen § 2a GOZneu dahin gehend umzuformulieren, dass die mögliche Einschränkung der Handlungs- und Vertragsfreiheit von Patienten wie Zahnärzten vermieden werden kann.



In Vorbereitung auf die GOZ-Novellierung ist die Kammer gut aufgestellt. Es wurden bereits zahlreiche Maßnahmen erarbeitet, um der Kollegenschaft gezielte Hilfestellung geben zu können. Auf Beschluss des Vorstandes wurde das GOZ-Handbuch auf Basis der aktuellen Rechtsprechung überarbeitet und ist nun einzeln als CD-ROM erhältlich. Sehr erfreulich ist auch, dass der bereits im Dezember 2008 der LZK-Vertreterversammlung vorgelegte Praxis-kommentar „GOZ-INFORM“ bei zunehmend

mehr Zahnärztekammern ein besonderes Interesse gewinnt, diesen für ihren Kammerbereich zu übernehmen.

Auch die Bundeszahnärztekammer – die sich in einer Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des GOZ-Referenten der Kammer, Dr. Jan Wilz, derzeit mit dem bundeseinheitlichen Praxis-kommentar beschäftigt, steht unserem Praxis-kommentar aufgeschlossen gegenüber. Mit dem aus Kammersicht erfreulichen Beschluss des Vorstandes der BZÄK – bundesweit einen gemeinsamen GOZ-Praxis-kommentar herauszugeben – sind wir unserem Ziel einer einheitlichen GOZ-Kommentierung auf Basis unseres GOZ-INFORMS einen guten Schritt näher gekommen.

Die Kammer - DAS Kompetenzzentrum

Ein im Leitbild des Vorstandes postuliertes Hauptziel ist es, die Kammer als zahnärztliches Kompetenzzentrum auszubauen, um ein umfassendes Dienstleistungsangebot zu allen Fragen zahnärztlicher Berufsausübung anbieten zu können. Das betrifft neben dem Beratungsschwerpunkt der rechtlichen Beratung zu GOZ-Fragen vor allem den Bereich Praxisführung.



Hier hat sich der LZK-Vorstand für die kommenden vier Jahre viel vorgenommen. Ziel ist es, für jede Zahnärztin und jeden Zahnarzt eine individuell zugeschnittene „Hilfe zur

Selbsthilfe“ mitzugeben, die dazu beitragen soll, den jeweiligen Praxisalltag leichter und vor allem effizienter zu gestalten.

Der LZK-Vorstand hat dazu im Jahr 2009 neue Maßnahmen auf den Weg gebracht. Zu erwähnen sind in diesem Kontext zum Beispiel die inhaltliche Überarbeitung und Neu-

auflage des „Praxis-Handbuches auf CD-ROM, das neue Serviceangebot individueller Hygieneberatung oder die Einrichtung einer kammereigenen BuS-Dienst-Stelle mit dem Ziel, den finanziellen Eigenaufwand in den Praxen zu reduzieren und eine bessere Betreuung der Kammermitglieder zu erreichen.

Zudem beschloss der Vorstand einstimmig, die Fortbildungsangebote für die Kollegenschaft und die Praxisteams im Bereich Praxisführung auszubauen, weil sich hierzu im Laufe des Jahres ein enormer Nachfragebedarf entwickelt hat. Dazu werden derzeit in den kammereigenen Fortbildungseinrichtungen in Karlsruhe und Stuttgart neue Kurse mit dem Titel „Praxisführung im Team“ erarbeitet. Diese sind sowohl für Praxisinhaber als auch Praxisteammitarbeiter geeignet und werden in 2010 starten.

Mehr Qualität im Auftrag des Patienten

Der gesellschaftliche Auftrag, den die Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts laut Heilberufe-Kammergesetz wahrzunehmen hat, heißt, dem Gemeinwohl zu dienen und insbesondere die zahnmedizinische Versorgung sowie die Mundgesundheit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Der Kammervorstand nimmt diesen gesellschaftlichen Auftrag auf Basis seiner berufsethischen Verpflichtung sehr



ernst. Deshalb hat der Vorstand beschlossen, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität anzubieten. So wurde vom Vorstand entschieden, die seit 2006 gebührenfreie landeseinheitliche Servicehotline für Patienten durch die Erhöhung der Anzahl weiterer Beratungszahnärzte während der Hotline-Zeiten auszubauen, um damit mehr Patienten zu erreichen.



Neben der quantitativen Erweiterung spielt insbesondere die hohe Qualität der Beratungen eine entscheidende Rolle, um den Patienten fachlich und effizient besser helfen zu können. Deshalb wurde vom Vorstand im Juli einstimmig beschlossen, ein Schulungskonzept für Beratungszahnärzte zur Optimierung und Weiterentwicklung der körperschaftseigenen Beratung zahnärztlichen Patienten zu erarbeiten, um auf dieser Basis ab 2010 eine 2-tägige Fortbildungsveranstaltung an der Akademie für zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe anbieten zu können.

Ausbau der zahnärztlichen Betreuung für ältere und pflegebedürftige Patienten



Die bisher unzureichende Mundgesundheit bei älteren und pflegebedürftigen Menschen sowie Menschen mit Behinderungen in stationären Alten-

pflege- und Behinderteneinrichtungen ist ein offenes Geheimnis. Der Kammervorstand hält es für dringend erforderlich, diese unzureichende Situation mit gezielten Maßnahmen schnell zu verbessern. Erste Erfolge

sind bereits mit dem vor zwei Jahren bundesweit einzigartigem Konzept zur zahnmedizinischen Betreuung dieser Zielgruppen zu verzeichnen, trotzdem besteht nach Auffassung des Vorstandes hier weiter dringender Handlungsbedarf. Diesbezüglich konnte im Jahr 2009 das Konzept, das sich schwerpunktmäßig auf die Schulung des Pflegepersonals und die bessere Ausbildung der Altenpfleger in den privaten Altenpflegeschulen konzentriert, weiter ausgebaut werden. So wurden zum Beispiel die Schulungsmaterialien für die Senioren- und Behindertenbeauftragten der Kammer, kurz SuBs, durch praxisnahe pädagogischer Schulungsmaterialien wie beispielsweise Pflegekoffer oder der Anschaffung zusätzlicher Phantomkopfeinheiten zur Demonstration ergänzt und ein Handbuch für den SuB erarbeitet, das als systematische Orientierungshilfe bei der Unterrichtung der Pflegekräfte dient.



Zudem sollen mit einem vierten Geri-Curriculum ab dem Frühjahr 2010 Zahnärztinnen und Zahnärzten, die sich als SuBs oder Betreuungszahnärzte engagieren wollen, besser geschult werden. Ebenso ist ein Pilotkurs zur Schulung zahnärztlicher Mitarbeiterinnen im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde in einem 30-stündigen Kurs geplant.

Auch die Pilotveranstaltung für Lehrkräfte an privaten Altenpflegeschulen im März 2009 wurde vom Vorstand als großer Erfolg bewertet, da die Lehrkräfte die Aufnahme zahnmedizinischer Inhalte in die Ausbildungsordnung für die Azubi-Pflegekräfte sehr begrüßten. Auf dieser Grundlage konnte zudem vereinbart werden, dass die Landes Zahn-

ärztekammer ein Schulungsprogramm für 16 Unterrichtsstunden mit drei zahnmedizinischen Lehrmodulen erarbeitet, die an den fünf privaten Altenpflegeschulen in Baden-Württemberg ab 2010 angeboten werden, mit dem längerfristigen Ziel, dies auch an staatlichen Altenpflegeschulen zu etablieren. Damit wäre nach Auffassung des Vorstandes ohne politische Vorgaben ein großes Ziel erreicht, nämlich die nachhaltige Verbesserung der Mundgesundheit bei alten und pflegebedürftigen Menschen. Leider wurde die Bewerbung des Betreuungskonzeptes der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg beim Qualitätsförderpreis Gesundheit 2009 nicht berücksichtigt. Das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg teilte in seiner Begründung mit, dass der Nachweis der eigenen Qualitätsverbesserung fehle, empfahl jedoch eine erneute Bewerbung in den kommenden Jahren.



Klausurtagung zur zahnärztlichen Freiberuflichkeit

In seiner Klausurtagung am 12. September 2009 hat sich der Vorstand intensiv mit der Thematik „Freiberuflichkeit im Fokus der zahnärztlichen Berufsausübung“ beschäftigt.

Dabei wurden im Prozess der Selbstreflektion Kernelemente zahnärztlicher Freiberuflichkeit herausgearbeitet. Diese bestehen für den Vorstand in einer vertrauensvollen, freien Arzt-Patienten-Beziehung unter Wahrung ärztlicher Ethik im Einklang mit

einer verantwortungsvollen, fachlich kompetenten Erbringung einer geistig-individuellen Dienstleistung im Interesse des Patienten.

Weitere wesentliche Punkte liegen in der Gewährleistung der fachlichen Unabhängigkeit sowie der Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl, insbesondere in Bezug auf den Erhalt der Mundgesundheit des Patienten.

Der LZK-Vorstand freute sich, dass mit dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer,



Dr. Peter Engel sowie dem neuen BZÄK-Hauptgeschäftsführer und früheren Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK, Florian Lemor, namhafte Referenten unserer Einladung zur Klausurtagung gefolgt waren und wertvolle Beiträge aus der Sicht Berlins und Brüssels in die Diskussion einbringen konnten.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen sowie der strukturellen Veränderungen innerhalb des zahnärztlichen Berufsstandes dis-



kutierte der Vorstand mit den Referenten, wie sich die freiberufliche zahnärztliche Berufsausübung in der Zukunft verändern wird.

Als unverrückbarer Konsens wird im Vorstand die Bewahrung zahnärztlicher Frei-

beruflichkeit in selbstständiger Tätigkeit betrachtet.

Gleichzeitig bringen aber – und der Trend zeichnet sich heute schon ab – zukünftige Zahnärztinnen und Zahnärzte im Gegensatz zu den etablierten Freiberuflern andere Vorstellungen von ihrer Berufsausübung mit. So zum Beispiel die Forderungen nach geregelter Arbeitszeit in einem Angestellten-Verhältnis, geringen finanziellen Risiken, gesichertem Einkommen und sozialer Sicherheit.



Der Vorstand ist sich seiner hohen Verantwortung für den Berufsstand bewusst und stellt sich den großen Zukunftsherausforderungen. Vor dem Hintergrund der genannten strukturellen Veränderungen in Gesellschaft und Berufsstand sowie mit den rechtlichen Möglichkeiten, die im Versicherungsvertragsgesetz (VÄndG) vom Gesetzgeber bereits im Jahr 2007 geschaffen worden sind, werden zunehmend neue Kooperationsformen zahnärztlicher Berufsausübung von der Kollegenschaft wahrgenommen.

Der Vorstand sieht seine Aufgabe darin, die Kollegenschaft bei der Auswahl dieser Berufsausübungsmöglichkeiten, mit den sich dadurch ergebenden Chancen aber auch Risiken, ausführlich zu informieren und aufzuklären.

Zugleich wird vom Vorstand die Intension verfolgt, zum Wohle der gesamten Kollegenschaft einer Zersplitterung und damit Schwä-

chung des zahnärztlichen Berufsstandes gegenüber Krankenkassen und Versicherungsunternehmen entschieden entgegenzuwirken.

Vertreterversammlung

Im Berichtsjahr fanden zwei Vertreterversammlungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg statt.

Am 5. und 6. Dezember 2008 trafen sich die Delegierten zu ihrer letzten Vertreterversammlung der 13. Kammerperiode in Stuttgart.

Zu Beginn wurde in einer Gedenkminute der verstorbene ehemalige Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Ehrenpräsident, Dr. Hans-Dieter Schwieder, für sein großartiges standespolitisches Wirken zum Wohle der Patienten und der Kollegenschaft geehrt.

Mit der anschließenden Verleihung der Verdienstmedaille der LZK Baden-Württemberg durch den Kammerpräsidenten wurden die Kollegen Dr. Dr. Hans Thomas Eiche, Stuttgart sowie Dr. Ulrich Meißner, Freiburg für ihre über 12-jährige ehrenamtliche Tätigkeit in verschiedenen standespolitischen Gremien unter großem Beifall gebührend gewürdigt.



Sachstandsbericht zur GOZ-Novellierung

In seinem Jahresbericht gab LZK-Präsident Dr. Udo Lenke einen aktuellen Sachstandsbericht zur GOZ-Novellierung. Er betonte, dass die vom Bundesgesundheitsministerium im Referentenentwurf vorgeschlagene GOZ-

Punktwerterhöhung von 0,46 Prozent „ein Trauerspiel“ sowie eine „Zumutung“ für Patienten wie Zahnärzte gleichermaßen sei, weil weder fachliche Entwicklungen in der Zahnmedizin noch betriebswirtschaftliche Realitäten in den Zahnarztpraxen eine adäquate Berücksichtigung gefunden hätten. Geradezu „skandalös“ sei die ganz offensichtlich aktive Mitwirkung der PKV am GOZ-Entwurf, was die Etablierung des neuen § 2a oder die Verankerung der Mehrkostenregelung im Referentenentwurf zeige.



Die Delegierten der LZK-Vertreterversammlung stimmten dieser Einschätzung der Lage zu und artikulierten klar und missverständlich ihre Ablehnung des vorliegenden Referentenentwurfes durch die einstimmige Verabschiedung ihrer Resolution zur GOZ-Novellierung. Darin wird der Gesetzgeber aufgefordert, die betriebswirtschaftlichen notwendigen Rahmenbedingungen für die freiberufliche Leistungserbringung sicherzustellen, die Gebührenpositionen an den Inhalten der wissenschaftlichen Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahnheilkunde im Interesse des Patienten auszurichten und die so genannte Öffnungsklausel ersatzlos zu streichen, um eine Gefährdung der freien Vertragsgestaltung zwischen Patient und Zahnarzt durch Fremdeinflüsse zu vermeiden.

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Dr. Georg BACH • Dr. Bert BAUDER • Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN • Alfred BRAIG • Dr. Konrad BÜHLER • Dr. Jürgen CAROW • Dr. Gerhard CUBE • Dr. René DENIS • Prof. Dr. Johannes EINWAG • Dr. Dr. Helmut EISELE • Dr. Norbert ENGEL • Dr. Rüdiger ENGEL • Dr. Wilfried FORSCHNER • Dr. Conrad GAST • Holger GERLACH • Prof. Dr. Dr. Gernot GÖZ • Dr. Wolfgang GRÜNER • Dr. Gabriele GÜDE • Dr. Wolfgang GUTERMANN • Dr. Robert HEIDEN • Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH • Prof. Dr. Elmar HELLWIG • Dr. Eva HEMBERGER •

Als großer Erfolg auf Landesebene ist die Tatsache zu bewerten, dass das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg uns schriftlich mitteilte, auf unserer Seite zu stehen und aus den genannten Gründen ebenfalls im Bundesrat für eine klare Ablehnung des GOZ-Referentenentwurfes plädieren werde.

Positive Bilanz der 13. Kammerperiode



In seinem Statement zum Abschluss der 13. Kammerperiode zog Präsident Lenke Bilanz über die standespolitische Arbeit der letzten vier Jahre. Im Rückblick betrachtet, wurde in den standespolitischen Gremien gute Arbeit geleistet und viel erreicht. So konnte im Jahr 2005 im Rahmen der Novellierung des Heilberufe-Kammergesetzes eine Zentralisierung der Kammerstrukturen und damit die Abschaffung der Bezirkszahnärztekammern nach intensiven Gesprächen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes abgewendet, sowie im Laufe der Kammerperiode eine im Sinne der Kollegenschaft liberale Fortbildungsordnung konzipiert werden. Ebenso wurde die Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxe-Assistentin (ZMP) erfolgreich etabliert, der baden-württembergische Weg in Sachen Qualitätsmanagement intensiviert und die Patientenberatung ausgebaut. Zudem wurden mit dem bundesweit einzigartigen Kon-

zept zur zahnmedizinischen Betreuung immobiler alter und behinderter Menschen, die in stationären Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen leben, weitere Fortschritte erzielt und mit der Novellierung zahlreicher Satzungen und Ordnungen die standespolitische Verwaltung auf den neuesten Stand gebracht.

Diese Ergebnisse haben aus Sicht des Präsidenten sowohl den Patienten einen spürbaren Nutzen erbracht als auch die fachliche Kompetenz und das öffentliche Ansehen der zahnärztlichen Profession in Baden-Württemberg gefördert, was ebenfalls als Erfolg zu bewerten sei.

Erfolgreiche Arbeit der Ehrenamtsträger

Ohne das große Engagement, die hohe fachliche Kompetenz und den Schuss Idealismus der Ehrenamtsträger in allen Kammergremien wäre diese positive Bilanz der 13. Kammerperiode nicht erreicht worden. In diesem Kontext dankte Präsident Dr. Lenke ausdrücklich allen Delegierten der LZK-Vertreterversammlung für ihr aktives Engagement und wegweisenden Beschlüsse zum Wohle des zahnärztlichen Berufsstandes.

Konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung der 14. Kammerperiode

Am 31. Januar 2009 trafen sich die neu gewählten Delegierten der LZK-Vertreterversammlung zu ihrer konstituierenden Sitzung.

In einer Neuauflage des Duells um die Kammerpräsidentschaft standen sich Amtsinhaber Dr. Udo Lenke und Herausforderer Dr. Dr. Heinrich Schneider erneut gegenüber.

Während Dr. Lenke für eine starke Kammer mit der sich bewährten dezentralen Organisation mittels der vier Bezirkszahnärztekammern plädiert und seinen Arbeitsschwer-

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Prof. Dr. Dr. Christof HOFELE • Dr. Bernhard JÄGER • Dr. Manfred JOß • Dr. Gudrun KAPS-RICHTER • Dr. Wolfgang KNUPFER • Dr. Bernd KRÄMER • Dr. Udo LENKE • Dr. Uwe LÜCKGEN • Dr. Elmar LUDWIG • Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH • Prof. Dr. Ralph G. LUTHARDT • Dr. Burkhard MAAGER • Dr. Ute MAIER • Dr. Eberhard MONTIGEL • Dr. Martin NÄGELE • Dr. Hendrik PUTZE • Dr. Dr. Alexander RAFF • Dr. Peter RIEDEL • Dr. Antoinette RÖTTELE • Dr. Moritz RUMETSCH • Dr. Heinrich SCHAPPACHER • Dr. Christian SCHEYTT •

punkt in der 14. Kammerperiode auf die Herausforderungen zahnärztlicher Berufsausübung der Zukunft legt, griff Dr. Dr. Schneider das Stichwort „Dienstleistungskammer“ auf. Deren Ziel müsse es sein, die Kollegenschaft bei Erfüllung ihrer „ureigensten Aufgaben“ professionell zu unterstützen.



Nachdem Dr. Udo Lenke von den Delegierten im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit in seinem Amt als Präsident der LZK Baden-Württemberg bestätigt wurde, wählten diese Dr. Bernhard Jäger aus Mannheim, der sich im ersten Wahlgang gegen Dr. Bernd Borckmann durchsetzen konnte, zum stellvertretenden Kammerpräsidenten.

Die Delegierten brachten nicht nur mit der Neubesetzung des Präsidiums der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg frischen Wind in die standespolitische Führung, sondern auch mit den weiteren zugewählten Vorstandsmitgliedern Dr. Norbert Struß aus Freiburg, Dr. Dr. Heinrich Schneider aus Metzingen und Dr. Gerhard Cube aus Stuttgart. Die vier Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammern, Dr. Konrad Bühler, BZK Stuttgart, Dr. Norbert Engel, BZK Karlsruhe, Dr. Wilfried Forschner, BZK Tübingen und Dr. Antoinette Röttele, BZK Freiburg, komplettieren den neuen Kammer-vorstand der 14. Kammerperiode.

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN • Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER • Dr. Helmut SCHÖNBERG • Dr. Christine SCHRÖDER • Dr. Frank SCHUH • Prof. Dr. Dr. Hans Jörg STAEHLE • Dr. Bernd STOLL • Dr. Norbert STRUß • Dr. Torsten TOMPERT • Dr. Bodo ULRICH • Dr. Hans Hugo WILMS • Dr. Jan WILZ •

Haushaltsausschuss

Die LZK- Vertreterversammlung hat in ihrer konstituierenden Sitzung Dr. Eva Hemberger, Heidelberg mit einstimmigem Votum als Vorsitzende des Haushaltsausschusses der LZK in ihrem Amt bestätigt. Als neuen Stellvertreter wählten die Delegierten Dr. Jürgen Carow aus Flein. Als weitere Mitglieder des LZK-Haushaltsausschusses wurden Dr. Bert Bauder, Mannheim, Dr. Martin Nägele, Teningen und Dr. Christian Scheytt, Ulm hinzugewählt.

Der Haushaltsausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg führte im Berichtsjahr fünf Sitzungen durch, davon eine Sitzung zusammen mit dem LZK-Vorstand sowie eine Schlussbesprechung mit der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer und drei Belegprüfungen.



Controlling

Rot, gelb, grün. Eine einfache und transparente Übersicht über aktuelle Entwicklungen der Einnahmen und Ausgaben der Kammer mit ihren Untergliederungen und Einrichtungen bietet das im Vorjahr auf Vorschlag der Vorsitzenden, Dr. Eva Hemberger, eingeführte Controlling, das den Verantwortlichen nun ab dem Jahr 2009 quartalsweise aktuelle Auswertungen zur Verfügung stellt. Ein Ampelsystem signalisiert dem Betrachter mit einem Blick, ob sich die Ausgaben im geplanten Rahmen bewegen (grüne Markierung) und wo

Überschreitungen der Haushaltsansätze drohen (rote Markierung). Überschreitungen werden durch kurze Erläuterungstexte ergänzt. Diese Information wird auch zeitnah den jeweiligen Ausschüssen und den führungsverantwortlichen Ehrenamtsträgern zugänglich gemacht, so dass hier ein neues Kostenbewusstsein entstehen kann und gegebenenfalls frühzeitig geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Für das Controlling wurde ein zusätzliches

Planungsmodul für das von der LZK einheitlich eingesetzte Buchhaltungsprogramm in den Buchhaltungen der einzelnen Geschäftsstellen installiert sowie spezielle Excel-Auswertungen erarbeitet. Dadurch und durch den Verzicht auf

weitergehende Abgrenzungsarbeiten können die Controlling-Auswertungen weitgehend automatisiert erstellt werden. Der Mehraufwand in den Verwaltungen durch die zusätzlichen Auswertungen ist damit verhältnismäßig gering. Die beiden Fortbildungseinrichtungen Akademie Karlsruhe und ZFZ Stuttgart benötigen ein differenzierteres, in Erlös-, Kosten- und Finanzcontrolling gesplittetes Controlling, das die Besonderheiten der Institute als Fortbildungseinrichtung und Ihre Praxistätigkeit abbildet und den dort eingesetzten EDV- Systemen angepasst ist.

Da auch die Landes Zahnärztekammer z. B. durch die Zinsentwicklung indirekt von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist, kam dieses Instrument genau zur richtigen Zeit. Bereits im laufenden Haushaltsjahr

MITGLIEDER

Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende
Dr. Jürgen CAROW, Flein, stv. Vorsitzender
Dr. Bert BAUDER, Mannheim
Dr. Martin NÄGELE, Teningen
Dr. Christian SCHEYTT, Ulm

wurden Einsparmöglichkeiten gesucht, um Mindereinnahmen auszugleichen. Auch bei der Haushaltsplanung für das kommende Jahr konnte auf einer aktuellen und transparenten Grundlage geplant werden, so dass das Controlling auch zu einer genaueren Erstellung der Haushaltsanforderungen beiträgt. Unter den Zahnärztekammern in Deutschland nimmt die LZK Baden-Württemberg mit ihrem ausgefeilten Controllingsystem eine herausragende Sonder-, vielleicht auch Vorreiterrolle ein. Dies wurde in den Gesprächen am Rande der Abschlussbesprechung mit dem Wirtschaftsprüfer der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer deutlich, der sich positiv überrascht von dem ihm vorgestellten Controlling-System zeigte.

Konsolidierter Jahresabschluss

Das Bild der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg als ein Schiff mit sieben Segeln spiegelt sich im konsolidierten Jahresabschluss wieder, der die bis 2006 übliche summarische Zusammenfassung ablöst. Der konsolidierte Jahresabschluss weist die Jahresabschlusszahlen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg in ihrer Gesamtheit – LZK Geschäftsstelle, die vier Bezirkszahnärztekammern und die beiden Fortbildungseinrichtungen aus. Grundlage für den konsolidierten Jahresabschluss ist, dass Verbindlichkeiten und Forderungen sowie Einnahmen und Ausgaben innerhalb der LZK transparent dargestellt werden und so im Jahresabschluss eliminiert werden können.

Nach Einführung des konsolidierten Abschlusses im letzten Jahr konnte bei der

Umsetzung nun die nächste Stufe erklommen werden.

Mit Hilfe eines Konsolidierungsbogens wurden nicht nur alle Forderungen und Verbindlichkeiten, sondern auch alle Erträge und Aufwendungen im Leistungsaustausch innerhalb der LZK BW berücksichtigt, so dass der Prüfstelle ein vollständiger konsolidierter Abschluss zur Testierung vorgelegt werden konnte.

Die nächste Stufe wird im nächsten Jahr die weitgehende Automatisierung der Zusammenführung der Teilabschlüsse und der Konsolidierungsarbeiten sein.

Geldanlagen

Die Finanzmarktkrise hat auch bei den Geldanlagen der Landeszahnärztekammer ihre Spuren hinterlassen. Im Jahresabschluss 2008 musste aus bilanzrechtlichen Gründen eine Wertberichtigung auf die Aktienanlagen erfolgen. Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hält im Rahmen der Anlagen mit einem langfristigen Anlagehorizont für die betriebliche Altersversorgung einen Index-Aktienfonds und einen gemischten Fonds mit Aktienanteil. Zwischenzeitlich haben sich die Aktienmärkte erholt, so dass ein Großteil der Wertberichtigung zum Jahresabschluss 2009 wieder als Wertaufholung zugebucht werden kann. Insgesamt hat sich gerade in Krisenzeiten der Anlagemix entsprechend der „Empfehlung für Geldanlagen“ der LZK Baden-Württemberg bewährt.

Das aktuell sehr niedrige Zinsniveau machte umfangreiche Überlegungen zur Ausrichtung der Geldanlagen notwendig. Gerade im Bereich der kurzfristig anzulegenden Betriebsmittelrücklage kann derzeit mit der üblichen Festgeldanlage keine befriedigende Rendite erzielt werden. Die Festgeldanlage wurde deshalb durch die Anlage in



ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Ralf KRAFT
Kathleen KAMPRATH
Inge HÖLLMÜLLER

höherverzinsten Tagesgeldkonten bei verschiedenen Geldinstituten ersetzt, wobei zu einer Bank eine neue Geschäftsbeziehung begründet wurde. Die Investitionsrücklage ist in ein Festgeld investiert, das diese Tagesgeldzinssätze noch übertrifft.

Ziel der Geldanlage bei der betrieblichen Altersversorgung ist die tatsächliche Erwirtschaftung der für die Rückstellung berücksichtigten Rechnungszinssätze von 4,5 Prozent (Neuzusagen 4 Prozent).

Auslaufende höherverzinsten Festgelder mussten im Berichtsjahr trotz der Niedrigzinsphase adäquat ersetzt werden. Die Mittel wurden investiert in ein Schuldscheindarlehen, einen Immobilienfonds, einen Fonds für Unternehmensanleihen und zu einem geringen Teil in den Zukauf von Aktien. Alle getätigten Anlagen haben sich bisher positiv entwickelt.

Bestehende Anlagen in Rentenfonds werden vom Haushaltsausschuss laufend überprüft um dem Risiko steigender Zinsen zeitnah begegnen zu können.

Im Zusammenhang mit den Risiken der Geldanlage wurde vom Haushaltsausschuss auch die Auslagerung der Betrieblichen Altersversorgung bzw. der entsprechenden Vermögensverwaltung diskutiert. Auf Grund der hohen Kosten wurden diese Angebote verworfen.

Außerdem wurde der Versicherungsschutz der einzelnen Untergliederungen und Einrichtungen zusammengestellt und ergänzender Versicherungsschutz geprüft.

Rückstellung für die betriebliche Altersversorgung

Der Rechnungszins für die betriebliche Altersversorgung wurde vom Haushaltsaus-

schuss für das Jahr 2009 geprüft und bei 4,5 Prozent (Neuzusagen 4 Prozent) belassen. Auf dieser Basis wurde auch das Gutachten für die Höhe der Rückstellung für die betriebliche Altersversorgung vom Versicherungsmathematiker in diesem Jahr errechnet. Es ergibt sich eine Erhöhung, die ab dem Jahr 2009 von den jeweiligen Untergliederungen und Einrichtungen entsprechend ihrem Anteil mit getragen wird. Der Haushaltsausschuss hat sich auch intensiv mit dem neu erlassenen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) beschäftigt, das ab dem Jahr 2010 unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellung für die betriebliche Altersversorgung bei der LZK Baden-Württemberg hat. Der Rechnungszins ist künftig verbindlich gesetzlich geregelt. Da sich gleichzeitig die Berechnungsgrundlage für das Gutachten ändert, führt das Gesetz zu einer weiteren Erhöhung der Rückstellung. Der Haushaltsausschuss hat sich dafür ausgesprochen, analog der gesetzlichen Übergangsregelungen die Belastung aus dieser Erhöhung auf zehn Jahre zu verteilen. Die Beträge wurden in die Haushaltsanforderungen 2010 entsprechend eingeplant.

Jahresabschlüsse und Prüftätigkeit

Durch die notwendige Wertberichtigung der Finanzanlagen im Bereich der betrieblichen Altersversorgung schließt die Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg das Jahr 2008 mit einem Verlust ab. LZK-Vorstand und LZK-Haushaltsausschuss schlagen der Vertreterversammlung vor, diesen Verlust durch Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage auszugleichen und die Betriebsmittelrücklage mit dem Haushaltsplan 2010 wieder aufzufüllen, wobei alle Untergliederungen und Einrichtungen entsprechend ihres Anteils an der Rückstellung für betriebliche

Altersversorgung mitwirken. Durch wahrscheinliche Wertaufholungen wird sich der notwendige Betrag bis zum Stichtag (31.12.2009) wesentlich reduzieren. Wie die Prüfer der BZÄK-Prüfstelle mit LZK-Vorstand und LZK-Haushaltsausschuss bei der Schlussbesprechung bestätigen konnten, hätte ohne den außerordentlichen Aufwand der buchungstechnischen Wertberichtigung der Aktienanlagen der Abschluss der LZK-Geschäftsstelle mit einer „Punktlandung“ abgeschlossen werden können.

Für die beiden Fortbildungseinrichtungen wurde die Einrichtung einer eigenen Betriebsmittelrücklage beschlossen, damit für das laufende Haushaltjahr sowie für die Inanspruchnahme bei Sonderaufwendungen, z. B. im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung, Planungssicherheit gegeben ist. Diese Betriebsmittelrücklage soll in Form liquider Mittel zur Verfügung stehen.

In der LZK-Geschäftsstelle und in den beiden Fortbildungseinrichtungen, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, wurde durch die Mitglieder des Haushaltsausschusses jeweils eine Belegprüfung durchgeführt. Über die Belegprüfungen der BZK-Haushaltsausschüsse bei den Bezirkszahnärztekammern wurde im Haushaltsausschuss der LZK Bericht erstattet. Auch bei diesen Prüfungen haben sich keine Beanstandungen ergeben. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses der LZK hat zusammen mit dem Finanzausschuss-Vorsitzenden der KZV, Dr. Eberhard Montigel, eine Belegprüfung beim Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) durchgeführt, deren Ergebnisse in den IZZ-Verwaltungsrat eingeflossen sind.

Im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse der LZK, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen hat sich der

Haushaltsausschuss auch mit Abweichungen zu den Haushaltsanforderungen beschäftigt.

Die Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung 2008 der Kammer, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen wurden vom Haushaltsausschuss unter Zuziehung der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verhülsdonk & Partner GmbH, Köln geprüft.

Über die Prüfungen wurden Prüfberichte erstellt, die mit den hinzugezogenen Prüfern in Anwesenheit von Mitgliedern des LZK-Vorstandes in der Schlussbesprechung behandelt wurden. Die Prüfstelle konnte bestätigen, dass auf Grund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der LZK-Satzung und der hierzu ergangenen Richtlinien entspricht. Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben. Die Prüfberichte konnten in der Zeit vom 9. bis 27. November 2009 bei der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eingesehen werden.

Unabhängig davon hat die Prüfstelle in der Schlussbesprechung und in einem Managementletter weitere Hinweise für Verbesserungen im Rechnungswesen der Bezirkszahnärztekammern gegeben und hat hiermit den Bedarf der vom Haushaltsausschuss bereits eingeleiteten Beschäftigung mit dem Forderungsmanagement in den Bezirkszahnärztekammern bestätigt.

Haushaltsplanung und Kammerbeitrag

Satzungsgemäß hat sich der Haushaltsausschuss im Berichtsjahr auch intensiv mit den Ansätzen für den Haushalt 2010 und dem daraus resultierenden Kammerbeitrag auseinandergesetzt. Dabei

wurde die Beitragstabelle redaktionell überarbeitet und um die Beiträge für „freiwillige Mitglieder“ ergänzt.

Der Stellenplan liegt in einer neu erarbeiteten einheitlichen Form vor. Haushaltsplan mit Stellenplan und Investitionsplanung sowie die Beitragstabelle werden der LZK-Vertreterversammlung in ihrer Sitzung im Dezember zur Beschlussfassung vorgelegt.

Änderungen von Richtlinien, Ordnungen und Leitlinien mit haushalterischen Auswirkungen

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich im laufenden Jahr mit folgenden Änderungen von Ordnungen und Richtlinien:

- **Haushaltsrichtlinien**
 - Einarbeitung der bisherigen Leitlinien für die Anforderung von Haushaltsmitteln, auf Grund der Doppelung der Regelungsinhalte zu gleichen Sachverhalten,
 - Einarbeitung von redaktionellen Änderungen auf Grund der Änderungen des Heilberufekammergesetzes verbunden mit der Satzungsänderung der LZK BW vom 08.12.2007 (Umbenennung Haushaltsausschuss),
 - Integration von Regelungen zum neu eingeführten Controlling

- **Richtlinien über die Prüftätigkeit der Haushaltsausschüsse**

Einarbeitung von redaktionellen Änderungen auf Grund der Änderungen des Heilberufekammergesetzes verbunden mit der Satzungsänderung der LZK BW vom 08.12.2007,

- **Leitlinie zur Bearbeitung von Anträgen auf Erlass oder Ermäßigung des Kammerbeitrags**
 - Einarbeitung von redaktionellen Änderungen aufgrund der Änderungen des Heilberufekammergesetzes verbunden mit der Sat-

zungsänderung der LZK BW vom 08.12.2007 (Umbenennung Haushaltsausschuss),
-Klarstellung von Fristen zur Steigerung der Transparenz

- **Aufwandsentschädigungsordnung der LZK BW**
 - Aufnahme des Referenten für Alterszahlheilkunde in den Kreis der LZK-Referenten,
 - Erörterung der Handhabung der Zahlungen in der Übergangsfrist zwischen Ende der Kammerperiode und Neubestellung der Referenten und Kreisvereinigungsvorsitzenden

- **Gebührenordnung**
 - Anpassung der Gebühren an die tatsächlichen Gegebenheiten (letzte Anpassung war im Jahr 2003).
 - Wegfall der Beschlussfassung des Vorstandes über einheitliche Gebühren bei den Fortbildungseinrichtungen,
 - Redaktionelle Änderungen im Blick auf die Anpassung an den Wortlaut der Weiterbildungsordnung und der Gesetzesänderung des Gerichtskostengesetzes,

- **Reisekostenordnungen I und II**

Erhöhung der Tagessätze

- **Beitragstabelle der LZK BW**

Aufnahme von „freiwilligen Mitgliedern“

Landesberufsgericht für Zahnärzte

Kammermitglieder haben sich bei etwaigem berufsunwürdigem Verhalten oder Handlungen in einem Berufsgerichtsverfahren zu verantworten. Als berufsunwürdig sind Handlungen zu erachten, welche gegen die Pflichten verstoßen, die einem Kammermitglied zur Wahrung des Ansehens seines Berufes obliegen. Nicht Gegenstand eines berufsgerichtlichen Verfahrens können sein, politische, religiöse oder wissenschaftliche Ansichten und Handlungen oder die Stellungnahme zu wirtschaftlichen Berufsangelegenheiten.

Nach dem Heilberufe-Kammergesetz des Landes Baden-Württemberg gehört die Überwachung der Einhaltung der zahnärztlichen Berufspflichten zu den hoheitlichen Aufgaben der Landeszahnärztekammer. Zu diesem Zwecke ist bei der Landeszahnärztekammer eine berufsständische Gerichtsbarkeit eingerichtet. Die bei den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen eingerichteten erstinstanzlichen Bezirksberufsgerichte und das bei der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer bestehende Landesberufsgericht für Zahnärzte, das für Berufungsverfahren zuständig ist, haben Organcharakter und gehören zur ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit. Die Mitglieder der Bezirks- und des Landesberufsgerichts, die allesamt richterliche Unabhängigkeit besitzen, werden auf Vorschlag der Landeszahnärztekammer vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg bestellt.

Das Landesberufsgericht entscheidet in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, einem juristischen Beisitzer und drei zahnärztlichen Beisitzern. Die Bezirksberufsgerichte entscheiden mit einem Vorsitzenden und je zwei zahnärztlichen Beisitzern. Zum Vorsitzenden kann nur ein auf Lebzeit ernannter Richter

bestellt werden. Der juristische Besitzer des Landesberufsgerichts muss ebenfalls die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Die zahnärztlichen Beisitzer müssen Kammermitglieder sein.

Kammeranwälte vertreten Kammer

Die bei den Bezirkszahnärztekammern bestellten Kammeranwälte sind die Ermittlungsführer und Vertreter der berufsgerichtlichen Klage im Verfahren vor den Berufsgerichten. Die Kammeranwälte müssen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen.

Sobald der Kammeranwalt durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von einem Verdacht einer berufsunwürdigen Handlung Kenntnis erlangt, ist er verpflichtet, ein entsprechendes Ermittlungsverfahren einzuleiten. Er hat hierbei nicht nur belastende, sondern auch entlastende und die für die Strafbemessung bedeutsamen Umstände zu berücksichtigen. Die Kammeranwälte sind, mit Ausnahme im Ermittlungsverfahren, an Weisungen der sie bestellenden Bezirksvorstände gebunden.

Berufungsverfahren sind rückläufig

Die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren vor dem Landesberufsgericht für Zahnärzte ist, wie die Jahre zuvor, auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Berufsgerichtsverfahren jedoch wieder leicht angestiegen.

Beschwerdeverfahren gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens

Zu den Aufgaben des Landesberufsgerichts für Zahnärzte in Stuttgart gehört es des Weiteren, über die Beschwerden von Anzeigeerstattem gegen die Einstellung eines

MITGLIEDER

Lutz-Rüdiger VON AU, Präsident des LG Ulm/ Donau, Vorsitzender
Helmut SCHWALL, LMinRat a. D., juristischer Beisitzer, Sindelfingen
Dr. Stephan HAENEL, 1. zahnärztlicher Beisitzer, Zell a. H.
Dr. Hans-Peter STICHS, 2. zahnärztlicher Beisitzer, Hemsbach
Dr. Gisela SAUTER, 3. zahnärztliche Beisitzerin, Stuttgart

berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens zu entscheiden.

In § 24 Abs. 2 Berufsgerichtsordnung (BGO) ist geregelt, dass ein Anzeigerstatter, für den Fall, dass er durch die Handhabung verletzt ist, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Bekanntmachung der Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch den Kammeranwalt, beim Landesberufsgericht für Zahnärzte eine Prüfung dahin gehend beantragen kann, ob die berufsgerichtliche Klage nicht doch zu erheben ist.

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER

Harald HEYDLAUF, Präsident des AG Heilbronn, stv. Vorsitzender
Siegfried MAHLER, Ltd. Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stuttgart, stv. juristischer Beisitzer
Dr. Klaus DE CASSAN, stv. 1. zahnärztlicher Beisitzer, Murg
Dr. Gerald FUCHS, stv. 2. zahnärztlicher Beisitzer, Rastatt
Dr. Frank RÜHLE, stv. 3. zahnärztlicher Beisitzer, Dettenhausen

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2008

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen	1	Unkollegiales Verhalten
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens durch Beschluss	-	
Rücknahme der Berufung	-	
Freisprüche	-	
Noch offene Fälle	-	

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2009

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen	-	
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens	1	
Rücknahme der Berufung	2	
Freisprüche	-	
Noch offene Fälle	2	

Verteilung der Berufsverfahren auf die Bezirke

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
3	2	1	-

KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg:

Hanspeter EHRET, Richter am LG a. D., Freiburg (bis 15.07.2009)

Bereich Karlsruhe:

Wolfgang KNEIP, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Edingen

Bereich Stuttgart:

Rainer CHRIST, Ltd. Oberstaatsanwalt, Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart, Stuttgart

Bereich Tübingen:

Dr. Hans ELLINGER, Ltd. Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Tübingen, Tübingen

Erstinstanzliche Verfahren vor den Bezirksberufsgerichten

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen
Anzahl der Verfahren insgesamt	2	14	8	3
Anzahl der Verurteilungen zu:				
Warnung	-	-	-	-
Verweis	-	-	-	-
Geldbuße	-	2	6	3
Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen	-	-	-	-
Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von 5 Jahren	-	-	-	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 StPO	-	-	2	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 a StPO	-	-	-	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 154 StPO	-	-	-	-
Anzahl der Freisprüche	-	-	-	-
Anzahl der noch offenen Fälle	2	12	0	0

Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidungen

	Zahl	Sachverhalt
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2007	-	
Beschwerden und Anträge aus dem Berichtsjahr 2008	4	Antrag als unzulässig verworfen
Noch offene Fälle	-	

STV. KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg:

Edgar VILLWOCK, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Freiburg, Freiburg

Bereich Karlsruhe:

Andreas GROSSMANN, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Mannheim

Bereich Stuttgart:

Kurt SCHRIMM, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Ludwigsburg, Bondorf

Bereich Tübingen:

Günter GEIGER, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Tübingen, Tübingen

GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG, Rechtsanwalt, Geschäftsstellenleiter

Cäcilia FALK, Sekretariat

LZK-Geschäftsstelle

Die LZK-Geschäftsstelle hat die Aufgabe, die organisatorischen, verfahrens- und verwaltungsmäßigen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die verschiedenen Beschlussgremien ihre Aufgaben erfüllen können. Sie gewährleistet eine neutrale und unabhängige Geschäftsführung der Gremien und stellt die Einhaltung der Verfahrensordnungen sowie die Transparenz der Verfahren sicher. Die Aufgaben umfassen in diesem Zusammenhang die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung von Sitzungen mit Erstellung der Sitzungsunterlagen und Beschlussvorlagen, die Protokollführung und Nachbereitung von Sitzungen, die juristische und methodische Beratung der Gremien, Ausschüsse und Arbeitskreise, die Beantwortung von Anfragen sowie die Führung der entsprechenden Korrespondenz. Eine weitere wichtige Funktion nimmt die Geschäftsstelle im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung der Transparenz der Arbeit in den einzelnen Gremien wahr.

Aufgrund dieser allgemeinen Ausführungen stellen sich die Hauptaufgaben der Geschäftsstelle vor dem Hintergrund der berufspolitischen Entscheidungen wie folgt dar:

- Entwickeln und Koordinieren von Strategien und qualitätsorientierten Umsetzungsverfahren entsprechend der standespolitischen Vorgaben,
- Durchführen von Informations-, Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen wie beispielsweise Gutachterseminaren, Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten
- Sensibilisieren und Unterstützen der Verwaltungen in den Bezirken bei der Umsetzung verschiedener Projekte,
- Koordinieren und Entwickeln spezieller Arbeitshilfen für die Kammermitglieder durch Stellungnahme und Teilnahme an Anhörungen

auf Landes-, Bundes- und Europaebene einwirken,

- Durchführen von Fachkongressen und Workshops, erstellen und veröffentlichen von Info-Materialien, Berichten und Dokumentationen,
- Initiieren von Angeboten, Koordinieren der Bedarfsmeldungen und Verwaltung der dafür vorgesehenen Haushaltsmittel,
- Landesweites und landesübergreifendes kooperieren mit Akteurinnen und Akteuren aus Verwaltung, Wissenschaft, Politik, Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen,
- Aufbauen eines umfassenden Informationspools: Informieren der unterschiedlichen Zielgruppen auf der LZK-Internetseite sowohl über die Arbeit der Geschäftsstelle als auch über die umgesetzten Maßnahmen. Darüber hinaus verbreitet die Geschäftsstelle auf der Internetseite vielfältige Informationen für die verschiedenen Partner in allen Bereichen und weist auf nationale und europäische Handlungsaktivitäten hin,
- Übernahme der administrativen Aufgaben im Kontext der Kammermitglieder und Konzeption von Grundideen zur Zukunftsgestaltung sowie zu aktuellen Themen,
- Vermitteln zwischen Partikularinteressen und dem gemeinsamen Interesse der Kammermitglieder
- Hilfestellung für Kammermitglieder in technischen und inhaltlichen Fragen und durch ihre koordinierende Funktion die Nutzung von Synergieeffekten
- Ausbau und Pflege der internen und externen Kommunikation

Personal in der LZK-Geschäftsstelle

Axel MAAG • Thorsten BECK • Cäcilia FALK • Steffen GRIEBSCH • Annerose HAUBER • Inge HÖLLMÜLLER • Stephanie JORDAN • Kathleen KAMPRATH • Ralf KRAFT • Angela LAUCHS • Andrea MADER • Christine MARTIN • Kathrin MÖLLER-PRYS • Rocco NEMITZ • Stefan OSCHMANN • Dietmar SORG • Sandy STEINIGER • Katja VEIT • Marco WAGNER

- Verwalten der Mitgliederdatenbank in Abstimmung mit den Bezirkszahnärztekammern.

Dies bringt klar zum Ausdruck, dass nur ein Teil des weitgefächerten Aufgabengebietes der Geschäftsstelle standardisierte Verfahren zulässt. Hatte die Verwaltung früher oft viele Papiervorgänge zu bewältigen, so sind es heute eher die modernen Kommunikationsmittel wie das Internet oder E-Mails, die den täglichen Arbeitsablauf in der modernen Einrichtung bestimmen.

Die anfallende Arbeit wird durch die Fachabteilungen EDV, Finanz-, Rechnungs- und Personalwesen, Gebührenrecht, Öffentlichkeitsarbeit- und Kommunikation, Praxisführung, Aus- Fort- und Weiterbildung, Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen und Recht bearbeitet. Geführt vom Direktor der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, Axel Maag, erfolgte eine enge und abgestimmte Arbeit zwischen den beteiligten Akteuren im Rahmen des Ehrenamtes auf der einen sowie den 19 hauptamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle auf der anderen Seite. Das Zusammenspiel zwischen den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den für die Landes-zahnärztekammern ehrenamtlich tätigen Kammermitglieder, die vor allem in Nachmittags- und Abendsitzungen im Anschluss an ihren Arbeitstag zusammenkommen, ist prägend für die selbstverwaltete Körperschaft der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg. So gut wie die Schnittstellen zwischen Haupt- und Ehrenamt funktionieren, so gut arbeitet die Geschäftsstelle für die Kammermitglieder. Daher brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Expertise, zahnmedizinisches und gesundheitspolitisches Fachwissen und die berichteten Erfahrungen aus der praktischen zahnärztlichen Arbeitswelt, den die ehrenamtlich tätigen Zahnärztinnen und Zahnärzte ins Haus bringen. Letztere benötigen das spezifische Fachwissen, die Erfahrung und den Gesamtüberblick der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei ist eine gute Kommunikation,

das regelmäßig geführte Gespräch, das Zuhören und Aufnehmen für beide Seiten wichtig.

Qualitätsmanagement als Instrument einer modernen Verwaltung

„Qualitätsmanagement als Hauptpfeiler einer schnellen und schlanken Verwaltung zur Unterstützung der Verfahrensabläufe im Rahmen des täglichen Verwaltungshandelns.“ Nicht zuletzt diese Definition zeigt auf, inwiefern das Thema Informationsmanagement von aktueller Bedeutung ist. Durch die klare Regelung von Abläufen, dem Festlegen von Zuständigkeiten sowie der Überwachung und stetigen Verbesserung der Ergebnisse, um Maßnahmen zur Verbesserung zu entwickeln, wird in diesem Zusammenhang das Projekt, mit dem sich die LZK-Geschäftsstelle zusammen mit den vier BZK-Geschäftsstellen im Rahmen einer Qualitäts-offensive im Berichtsjahr beschäftigte, beschrieben. In zahlreichen Arbeits- und Projektsitzungen innerhalb der Geschäftsstellen wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, einmal erreichte Standards künftig nicht mehr zu unterschreiten. Die von Kritikern als abstrakte, theoretische und teilweise wenig praxisnahe eingeschätzte Thematik zeigte sich im Verlauf der Sitzungen als gewinnbringende Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle verstehen in diesem Zusammenhang keinen starren Rahmen für die einzelnen Verfahrensabläufe, sondern eine individuelle Chance, das eigene Handeln und Tun zu überdenken um die Effizienz zu steigern. Gerade die Schaffung von transparenten Abläufen schafft eine erhöhte Identifikation mit der Geschäftsstelle und eine stärkere Motivation des einzelnen Mitarbeiters. Unter der Prämisse der Verwaltungsmodernisierung und der Konzentration auf einzelne Elemente wird ein entsprechendes Qualitätsverständnis bei den Beschäftigten

geschaffen. Dass es sich hierbei um einen dynamischen Prozess handelt, der einer stetigen Weiterentwicklung bedarf ist allen Beteiligten bekannt. Dies spiegelt sich nicht zuletzt bei der Erstellung des entsprechenden Qualitätsmanagementhandbuches wieder, das derzeit als Arbeitsentwurf ausformuliert wird und im kommenden Jahr fertig gestellt und im LZK-Vorstand vorgestellt werden soll.

Zusammenarbeit mit den Landeszahnärztekammern – Schnittstelle auf Bundesebene

Die ständige Konferenz der Vertreter der Geschäftsführungen der Landeszahnärztekammern stellt in der Zusammenarbeit mit den Länderkammern ein wichtiges Gremium zur Koordinierung der täglichen Arbeit und zum gemeinsamen Informationsaustausch dar. Im Geschäftsjahr 2009 war erneut eine Zunahme der Sitzungstermine auf Bundesebene zu verzeichnen. Zu speziellen Themen gehörten die Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes, Fragen der Weiterentwicklung der (Muster-) Berufsordnung sowie der (Muster-) Weiterbildungsordnung und die Thematik von Fortbildungen in den einzelnen Ländern. Breiten Raum nimmt in diesem Zusammenhang der gegenseitige Informationsaustausch zu tagespolitischen Ereignissen und der Informations- und Erfahrungsaustausch zu Fragen des täglichen Verwaltungshandelns ein. So wurden beispielsweise Fragen zur Strahlenschutzverordnung und weiteren Bundes- und Landesgesetzen behandelt. Darüber hinaus beschäftigt sich der Arbeitskreis „Praxisformen“ mit den gesellschaftsrechtlichen Regelungen der einzelnen Möglichkeiten zur Berufsausübung. Hier werden Themen rund um neue Praxisformen, wie es beispielsweise das Medizinische Versorgungszentrum darstellt, behandelt.

BZK-Infobriefe

In regelmäßigen Abständen wurden Infobriefe an die BZK-Geschäftsstellen versandt. Für die Bezirksverwaltungen beinhalten die Infobriefe verwaltungsrelevante Informationen und Unterlagen, die von der LZK-Geschäftsstelle aufbereitet werden. So werden beispielsweise aktuelle Gerichtsentscheidungen, Gesetzesänderungen und Musterformulare oder Mustertexte für landesweite Rundschreiben vorbereitet und den Bezirksverwaltungen anhand dieses Mediums übersandt, um eine einheitliche und zeitnahe Übermittlung von arbeitsrelevanten Informationen sicherzustellen.

EDV-technische Betreuung der Bezirkszahnärztekammern

Die verwaltungstechnische Unterstützung der Bezirkszahnärztekammern setzt sich im Bereich der Datenverarbeitung fort. Mit den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe und Tübingen wurden Vereinbarungen über die EDV-technische Betreuung der jeweiligen Geschäftsstellen mit der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg getroffen. Somit werden diese nun, ebenso wie die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart, von der EDV-Abteilung der Landeszahnärztekammer betreut. Ein Großteil der Arbeiten kann hierbei über die Fernwartung erfolgen so dass nur wenige Vor-Ort-Termine notwendig sind.

Neues Versicherungsvertragsgesetz (VVG)

Mit dem 01.01.2008 trat die Novelle des Versicherungsvertragsgesetzes in Kraft. Bei diesem Gesetz handelt es sich um das „Grundgesetz“ der Versicherungswirtschaft. Es legt die Rahmenbedingungen für die einzelnen Versicherungsbereiche und insbesondere auch für die Private Krankenversicherung fest. Mit den neuen Regelungen wird den

Versicherungen ein Instrumentarium an die Hand gegeben, mit dem sie massiv in das Zahnarzt-Patienten-Verhältnis eingreifen können. Hierzu wurden neue Möglichkeiten für „zusätzliche Dienstleistungen“ der Privaten Krankenversicherung geschaffen, die u. a. ein Einmischen der Versicherung ermöglichen, wenn der Entgeltanspruch umstritten ist oder Ansprüche wegen einer vermeintlich fehlerhaften Leistung geltend gemacht werden.

Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Zahnarztpraxis

Mit der Formulierung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird von der Landes-zahnärztekammer eine Antwort auf diese „zusätzlichen Dienstleistungen“ der Versicherer gegeben. Im Rahmen des rechtlich Möglichen wird damit den Bestrebungen der Privaten Krankenversicherungen, sich in das Zahnarzt-Patient-Verhältnis einzumischen, Einhalt geboten.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierte

Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (hier der Zahnarzt Verwender) der anderen Vertragspartei (dem Patienten) bei Abschluss eines Vertrages stellt. Sie schaffen Klarheit im Verhältnis zum Patienten. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind historisch ein direkter Ausfluss der Privatautonomie. Jeder Marktteilnehmer kann damit festlegen, zu welchen Bedingungen er

seine Produkte oder Dienstleistungen veräußern bzw. erbringen möchte. Die von der Landes-zahnärztekammer Baden Württemberg ausgearbeiteten AGB stellen ein Angebot an die Praxis dar, mit dem die Eckpunkte der Vertragsbeziehung zwischen Zahnarzt und Patient definiert werden können. Wichtige Regelungen zu Ausfallhonorar, Vorschusszahlungen sowie Zahlungszielen werden hierbei vorgeschlagen. Somit kann vermieden werden, dass einige dieser Regelungen jedes Mal erneut individuell ausgehandelt werden müssen und schaffen somit Klarheit im Verhältnis zum Patienten.

In der ausgearbeiteten Broschüre, die allen Praxen zur Verfügung gestellt wurde, finden sich auch genaue Anweisungen, wie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen in das Behandlungsverhältnis mit einbezogen werden können. Auf diese formalen Gesichtspunkte ist aus rechtlicher Sicht besonderes Augenmerk zu legen, da sonst die Bedingungen keine Wirksamkeit entfalten können.

Elektronische Gesundheitskarte

Durch das GKV-Modernisierungsgesetz wurde in das Sozialgesetzbuch V ein neuer § 291 a „Elektronische Gesundheitskarte“ aufgenommen. So sieht der neue Passus u. a. vor, dass die technische Erweiterung der Krankenversicherungskarte zu einer Mikroprozessorkarte erfolgen soll. Hier sollen neue Anwendungen wie das elektronische Rezept, der elektronische Arztbrief und die elektronische Patientenakte implementiert werden. In diesem Zusammenhang nennt der § 291 a als Voraussetzung für den Zugriff auf Daten der elektronischen Gesundheitskarte einen „elektronischen Heilberufsausweis“. Alle wesentlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und dem Aufbau der dafür erforderlichen Telematikinfrastruktur sind von der Organisationen der gemeinsamen Selbst-



verwaltung im Gesundheitswesen zu lösen. An den entsprechenden Vereinbarungen ist die Bundeszahnärztekammer beteiligt, so dass in diesem Zusammenhang auch besonderes Augenmerk auf dem Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Zahnarzt als wichtigste Grundlage zahnärztlichen Handels steht. Die Arbeit auf Bundesebene wird von Seiten der Geschäftsstelle in einem Arbeitskreis entsprechend unterstützt. Darüber hinaus wurde auch die Entwicklung im Bereich der Testregion Heilbronn beobachtet, um für die Kammermitglieder entsprechende Empfehlungen aussprechen zu können. Die stetigen Anfragen an die LZK-Geschäftsstelle bestätigen, dass es sich hierbei um ein wichtiges Thema für die Kammermitglieder handelt. Nicht zuletzt die zunehmenden Zwischenfälle im Bereich der elektronischen Projekte sowie die vermehrt an die Öffentlichkeit gelangenden Datenskandale haben zu einer besonders sensiblen Betrachtung dieser Thematik geführt.

Stammdatenprogramme



Die Fertigstellung und gleichzeitige Weiterentwicklung der Stammdatenprogramme zur Verwaltung der Kammermitglieder und der Zahnmedizinischen Mitarbeitern/innen war - wie bereits in den Vorjahren - eine Hauptaufgabe der EDV-Abteilung der Landes Zahnärztekammer. Im Stammdatenprogramm zur Verwaltung der Kammermitglieder mussten einige Änderungen vorgenommen werden,



um die Vielzahl der mittlerweile möglichen Kombinationen von Mitgliedschaft und Praxisarten aufzunehmen und verwalten zu können. Im Verwaltungsprogramm der Zahnmedizinischen Mitarbeitern/innen wurden zahlreiche Verbesserungen implementiert, um den Nutzen und den Arbeitskomfort des Programms weiter zu verbessern.

Handbücher auf CD-ROM und im Internet



Für den Bereich Praxisführung wurde von der EDV-Abteilung ein neues Layout der Praxishandbuch-CD entworfen und in HTML umgesetzt, um nun auch Anwendern mit weniger verbreiteten Betriebssystemen die problemlose Nutzung des Praxishandbuches auf CD zu ermöglichen. Layout und Struktur der neuen CD werden nun auch für weitere

Handbücher (BuS-Dienst-Kammermodell, GOZ-Handbuch) eingesetzt, um das Corporate Identity der Landes Zahnärztekammer hervorzuheben.

Internet Relaunch

Die Unterstützung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei der Planung und Umsetzung des Internet-Relaunch der kammereigenen Homepage (www.lzk-bw.de) und des damit verbundenen Austauschs des in die Jahre gekommenen Webservers, der den immer weiter steigenden Zugriffszahlen nicht mehr gerecht werden kann, wird die EDV-Abteilung noch bis Jahresende beschäftigen. Zum Jahreswechsel soll dann der neue Internetauftritt freigeschaltet werden.

Quo vadis LZK-Geschäftsstelle?



Die Herausforderungen für die LZK-Geschäftsstelle in den nächsten Jahren sind groß. Die Steigerung der finanziellen und personellen Effizienz, weniger Bürokratie und schließlich auch die fortzuführenden Kosten-Nutzen-Betrachtungen für einzelne Projekte müssen erreicht werden. Vor allem die enge Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgern und Multiplikatoren auf Landes- und Bundesebene und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zeigt die große Herausforderung für die nächsten Jahre auf. Diese Herausforderungen müssen angenommen werden, denn nur so kann die qualitätsorientierte nachhaltige Arbeitsweise der Ge-

schäftsstelle weiter fortgeführt werden. Die Schlagwörter Informations- und Wissensmanagement spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Der moderne Verwaltungsarbeitsplatz ermöglicht die integrierte Suche und den schnellen Zugriff auf die entsprechenden Fachinformationen über die verschiedenen verknüpften Quellen wie z.B. im Dokumentenmanagementsystem. Der kontinuierliche Verbesserungsprozess ist daher unabdingbar um die zunehmenden Informationspflichten gegenüber den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen weiterhin zu gewährleisten. Da ein Großteil der Korrespondenz heute elektronisch über die PC's abgewickelt wird, liegt ein großes Augenmerk in der effizienten Verwaltung und Archivierung aller Dokumente. Mit einem weiteren Anstieg der elektronischen Korrespondenz wird auch in der kommenden Zeit zu rechnen sein, und damit ergeben sich steigende Anforderungen an die Aufbewahrung und das Wiederfinden. Ebenso müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Abteilungen unkompliziert auf die benötigten Vorgänge zugreifen können, um entsprechende Aufgaben sofort zu erledigen. Die Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg als zuverlässiger, reaktions-schneller Partner zu allen Fragen rund um die Berufsausübung - diesen gelebten Grundsatz gilt es zu pflegen und auszubauen, um auch für die künftigen Herausforderungen gerüstet zu sein.

Bezirkszahnärztekammer Freiburg

Am 31.12.2008 ging in Freiburg eine Ära zu Ende. Nach 16 Jahren verließ Dr. Jochen Schwalber die standespolitische Bühne. Der Stabwechsel verlief reibungslos, nachdem seine Nachfolgerin Dr. Antoinette Röttele schon im November 2008 mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten der BZK Freiburg zur neuen BZK-Vorsitzenden gewählt worden war. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Dr. Norbert Struß, wurde in seinem Amt ebenso deutlich bestätigt. Das Führungsteam wird vervollständigt durch Professor Dr. Elmar Hellwig, Dr. Georg Bach und Dr. Peter Riedel.



Das neue Team stellt sich den Aufgaben

Der neue Vorstand hat das Ziel, dass die zahnärztliche Selbstverwaltung und das Ehrenamt der Kollegenschaft einen Nutzen bringen müssen.

2009 hat gezeigt, dass das Handeln des neuen Vorstandes nicht strategisch, von Eigennutz oder Eitelkeiten, sondern von der tagesaktuellen Sacharbeit bestimmt wird. Die Bezirkszahnärztekammer Freiburg ist den Kolleginnen und Kollegen vor Ort ein starker Partner.

Am erfreulichsten ist die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Bezirksdirektion Freiburg. Und so konnte schon im Januar die erste gemeinsame Veranstaltung in Form des ersten gemeinsamen Neujahrsempfanges der südbadischen Zahnärzte-

schaft erfolgreich etabliert werden. Hochrangige Gäste aus der zahnärztlichen Berufspolitik sowie aus Wissenschaft und Forschung nahmen in stilvollem, akademischem Ambiente an der kurzweiligen Feier teil, deren Höhepunkt die Ehrung des langjährigen Vorsitzenden Dr. Joachim Schwalber war.

Die Laudatio hielt der Publizist und Journalist Helmut Ahrens. „Authentisch, eloquent, humanistisch gebildet, stets über den Tellerand schauend, kurz eine Persönlichkeit, der wir gerne begegnen und mit der wir

gerne den politischen Diskurs pflegen.“ Gelassen und durchaus heiter habe er Abschied genommen, „wohl wissend, dass die berufspolitischen Felder weiter beackert werden müssen.“ So wurde Dr. Joachim Schwalber an seinem Geburtstag von der Südbadischen Zahnärzteschaft mit einem Glasbild der „Heiligen Apollonia“ für sein standespolitisches Lebenswerk geehrt.

„Gelassen und durchaus heiter habe er Abschied genommen, „wohl wissend, dass die berufspolitischen Felder weiter beackert werden müssen.“ So wurde Dr. Joachim Schwalber an seinem Geburtstag von der Südbadischen Zahnärzteschaft mit einem Glasbild der „Heiligen Apollonia“ für sein standespolitisches Lebenswerk geehrt.



Die Kammer – Ihr Partner

Die Schattierungen des neuen Leitbildes der Kammer prägten die Vertreterversammlung

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER FREIBURG

Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, Vorsitzende
Dr. Norbert STRUß, Freiburg, stv. Vorsitzender
Dr. Georg BACH, Freiburg
Prof. Dr. Elmar HELLWIG, Freiburg
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch

der Bezirkszahnärztekammer in Titisee. Zum ersten Mal standen nicht der Bericht des Vorsitzenden, sondern die Berichte des Vorstandes im Mittelpunkt.



Angefangen von der dezidierten Analyse der sozial- und gesundheitspolitischen Situation, der akribischen Bearbeitung der Aufgabenfelder der zahnärztlichen Selbstverwaltung, den Dienstleistungsangeboten für die Mitglieder, bis hin zur Optimierung der Geschäftsstelle zeigte sich der Vorstand gut aufgestellt. Die Referentin und die Referenten der Bezirkszahnärztekammer vervollständigten das erfolgreiche Wirken der Freiburger Ehrenamtsträger. Der neue Vorstand hat bereits nach 90 Tagen im Amt in der Vertreterversammlung eindrucksvoll Aufgaben und Ziele der neuen Amtsperiode beschrieben und wegweisende Entscheidungen zusammen mit der Vertreterversammlung getroffen. Die Atmosphäre, die Motivation aller gewählten Ehrenamtsträger bei schönstem „Titiseewetter“ bewies, dass man auf einem guten Wege ist, die zahnärztliche Selbstverwaltung im Zusammenspiel mit den Ehrenamtsträgern im Zahnärzthehaus Freiburg auf einem guten Fundament weiter auszubauen.

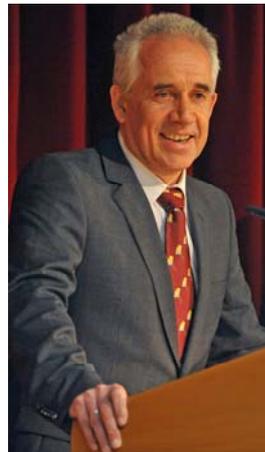
34. Schwarzwaldtagung in Titisee 2009

Diesen Eindruck gewannen auch die über 650 Kolleginnen und Kollegen an der sich anschließenden Schwarzwaldtagung. Wiederum auch ein Beweis, dass die Zahnärzteschaft keinen Gesetzgeber braucht, der sie zur Fortbildung zwingt.

Novum - zum ersten Mal fand am Vorabend der Schwarzwaldtagung ein „Precongress“ statt. Hier wurde ein breit gefächertes Parallelprogramm zu den Themen „Implantologie, Laser, Zahnheilkunde und zahnartzspezifische betriebswirtschaftliche Fragen“ geboten. Dank eines bewusst ausgewählten und ausgewogenen Referentenpools und anspruchsvoller Themenvorgaben ist es dem Vorstandsmitglied und Fortbildungsreferenten Professor Dr. Elmar Hellwig gelungen, dem hohen Anspruch der Tagung mehr als gerecht zu werden. Bewährte und neue Behandlungskonzepte standen im Fokus des Themas „Zahnmedizin der Zukunft“.

Die Lüge stand im Mittelpunkt des Festvortrages von Professor Dr. Eberhard Schockenhoff „Müssen wir Lügen? Zur Wahrfähigkeit menschlicher Beziehungen“ war sein Thema, das mit dem Fazit endete: Die „Absicht zur Täuschung“ sei der zentrale verwerfliche Punkt, den es gelte zu brandmarken und zu vermeiden.

Neben der interessanten und informativen Fortbildung gab es aber auch gute Gespräche und gesellige Runden bis hin zu dem mit einem Wiener Walzer eröffneten Abendprogramm.



Mit dem Hinweis auf die 35. Tagung 2010 in Titisee mit dem Generalthema Parodontologie konnte der Tagungsleiter Professor Dr. Elmar Hellwig den donnernden Applaus des Auditoriums für „sein erstes

Titisee“ entgegen nehmen.

Tagung 2009 in Schluchsee

Traditionell findet neben der Schwarzwaldtagung in Titisee die Fortbildungstagung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg für die Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen in Schluchsee statt. Zum 3. Mal konnte der Referent für Zahnmedizinische Mit-



arbeiterinnen Dr. Peter Riedel über 450 zahnärztliche Mitarbeiterinnen begrüßen. Dies zeigt, dass die südbadischen Praxisinhaberinnen, Praxisinhaber und ihre Mitarbeiterinnen erkannt haben, dass die Fortbildung und Qualifikation der Mitarbeiter wichtig ist. Erneut war der Andrang so groß, dass aus Platzgründen nicht alle Mitarbeiterinnen teilnehmen konnten.

Ferner bietet die Bezirkszahnärztekammer Freiburg die Lehrgänge Zahnmedizinische Verwaltungsassistentin (ZMV) und Zahnmedizinische Prophylaxeassistentin (ZMP), die Aufstiegsfortbildung Zahnmedizinische Fachangestellte (ZMF) und die Kursteile I, II a, II b, II c, III am Fortbildungsforum Freiburg (FFZ) im Zahnärztheaus Freiburg an. Auch in diesem Jahr waren die Kurse erfreulich gut gebucht, was für die hohe Akzeptanz und Qualität dieser Fortbildungen spricht.

Als Innovation der Mitarbeiterfortbildung wurde 2009 der Kursteil Teil 1 mit ONLINE-Vorbereitung erfolgreich angeboten. Mit dieser

Vorbereitung konnte die Präsenzzeit am Institut um einen Tag verkürzt werden.

Freiburger Gutachterfibel

Der neue Gutachterreferent Dr. Georg Bach modernisierte ganz im Sinne des neuen Vorstandes das Referat Gutachterwesen. Hierzu gehörte die Einführungsveranstaltung für die neu ernannten Privat- und Gerichtsgutachter, die Konzeption einer Freiburger Gutachterfibel und die gemeinsam mit der Bezirksgruppe Freiburg der KZV BW durchgeführte Gutachtertagung.



Senioren- und Behindertenbeauftragte

Der neue Vorstand hat die Wichtigkeit des aktuellen Konzeptes für die Betreuung von Senioren und Behinderten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg erkannt. So wurde schon im Frühjahr in allen Kreisen das Konzept vorgestellt und Senioren- und Behindertenbeauftragte bestellt. Im Juli konnte dann Dr. Elmar Ludwig am traditionell mit der Bezirksgruppe Freiburg der KZV BW veranstalteten Jour fixe der VV Mitglieder, Bezirksgruppenmitglieder, Referenten und Kreisvorsitzenden sowie deren Stellvertreter das Konzept und die Materialien detailliert vorstellen. Die hierzu auch eingeladenen Senioren- und Behindertenbeauftragten konnten sich beim anschließenden Treffen über die praktische Umsetzung austauschen.

Südbadische Zahnärztegesellschaft

Es war immer selbstverständlich, dass die Bezirkszahnärztekammer Freiburg die traditionsreiche Vereinigung „Südbadische Zahnärztegesellschaft“ als deutscher Anteil an der Oberrheinischen Zahnärztegesellschaft un-

terstützte. Dies ist eine ausgezeichnete Voraussetzung für Kontakte zu den schweizerischen und französischen Kollegen. Gemeinsame Veranstaltungen von Bezirkszahnärztekammer, Universitätszahnklinik und Südbadischer Zahnärztesgesellschaft sind bei den südbadischen Kollegen sehr beliebt.



Südbadisch-elsässische Beziehungen

Die gewachsene Partnerschaft mit den elsässischen Kammern wurde verstärkt weitergeführt. Und so verwundert es nicht, dass die neue Vertreterversammlung der Bezirkszahnärztekammer mit Dr. Roland Schlär einen Beauftragten für die südbadisch-elsässischen Beziehungen bestimmt hat. Seine Aufgabe besteht insbesondere darin, beim gegenseitigen Kontakt mit den französischen Kollegen, sich über die unterschiedlichen Kammerstrukturen und Berufsausübungen auszutauschen.



Die bereits 2008 von Freiburg aus vermittelten und auf den Weg gebrachten

Kontakte zwischen der elsässischen Präsidentin Dr. Sabine Walliser, ihren Kollegen Dr. Kaempf, Dr. Loth, Dr. Klein, Dr. Weber und dem Präsidenten der Landeszahnärztekammer Dr. Lenke sowie der Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Dr. Maier wurden grenzüberschreitend intensiviert. So erhielten, neben der offiziellen Baden-Württembergischen Delegation auch Dr. Röttele, Dr. Schlär und Dr. Schwalber eine persönliche Einladung vom Präsidenten des Nationalrats der französischen Zahnärztekammer (CNOCD) zu Gesprächen nach Paris. Diese Erfolge ermuntern den Vorstand, sich weiter intensiv diesen grenzüberschreitenden europäischen Kontakten und Themen zu widmen.

Zahnärztehaus Freiburg

Credo des Vorstandes ist es, dass Ehrenamt und Verwaltung synergistisch zusammenarbeiten zum Nutzen der Zahnärzteschaft. Das Jahr 2009 hat dem Vorstand gezeigt, dass die Geschäftsstelle der Bezirkszahnärztekammer Freiburg an die gestiegenen Anforderungen des Vorstandes der BZK angepasst werden muss. Die EDV wurde auf den neusten Stand gebracht. Durch die Mitwirkung am Qualitätshandbuch der Landeszahnärztekammer wurde ein Qualitätsmanagement begonnen. Die Geschäftsstelle und die Arbeitsprozesse befinden sich auf dem Weg einer Reorganisation. Der BZK Vorstand ist sich sicher, dass dies erfolgreich für die Mitarbeiterinnen und für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort geschieht. Durch die Umsetzung der Umstrukturierung wird der Geist des erfolgreich gemeinsam genutzten Zahnärztehauses in Freiburg auch in Zukunft zum Wohle der südbadischen Zahnärzteschaft und letztendlich dem Wohle der Landeszahnärztekammer weiterleben.

Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

Im Berichtsjahr 2009 nahm der neu gewählte Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe (BZK Karlsruhe) bereits im Dezember 2008 unmittelbar nach Vorlage des amtlichen Wahlergebnisses für die 14. Kammerperiode seine Arbeit auf.

In der konstituierenden Vorstandssitzung am 16.12.2008 wurden die Referenten der Bezirkszahnärztekammer bestimmt:

- Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent
- Dr. Robert Heiden, Ausbildungsberater und Referent für zahnmedizinische Fachangestellte
- Dr. Volker Bracher, Referent für das Fortbildungswesen und Öffentlichkeitsarbeit
- Prof. Dr. Winfried Walther, Gutachterreferent
- Dr. Wolfgang Grüner, zuständiges Vorstandsmitglied rund um die Kieferorthopädie
- Dr. Ulrike Heiligenhaus-Urmersbach, Referentin für Jugendzahnpflege und Prophylaxe.

Auf Landesebene konnten in der konstituierenden Vertreterversammlung der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) wichtige Positionen aus der BZK Karlsruhe besetzt werden. Der ehemalige stv. Vorsitzende der BZK Karlsruhe, Dr. Bernhard Jäger, wurde zum Vizepräsidenten der LZK BW gewählt. Dr. Eva Hemberger, Heidelberg, wurde im Amt der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses der LZK BW bestätigt. Dr. Wilz, Mannheim, wurde neuer Vorsitzender des GOZ-Ausschusses der LZK BW. Dr.

Norbert Engel ist weiterhin QM-Referent der LZK BW.

In vier weiteren Vorstandssitzungen unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Dr. Norbert Engel sowie den weiteren Vorstandsmitgliedern Dr. Robert Heiden, Karlsruhe, stv. Vorsitzender, Dr. Jan Wilz, Dr. Volker Bracher und Dr. Wolfgang Grüner wurde die Sacharbeit zum Wohle der Kollegenschaft in Nordbaden erfolgreich aufgenommen. Ein neues Rundschreibenformat (alle zwei Monate, als BZK-Aktuell) wurde aufgelegt. Kreisversammlungen wurden bereits im März 2009 durchgeführt.



Auf Ebene des Vorstandes der LZK BW wurde das in Karlsruhe bereits mehrere Jahre praktizierte Motto „Die Kammer - Ihr Partner“

als Leitbild der LZK BW erarbeitet. Der Vorstand der BZK Karlsruhe sieht sich in der Vorstandsarbeit zum Wohle der Kollegenschaft bestätigt. Wichtige Projekte sind landesweit etabliert.

Zusammenarbeit mit den Kreisen und Kreisversammlungen

In den ersten Kreisversammlungen des neuen BZK-Vorstandes stellten sich die einzelnen Vorstandsmitglieder mit Kurzreferaten der Kollegenschaft vor: „Die Wirtschaftskrise in der zahnärztlichen Praxis“, „Fortbildung im Wandel“, „Wir alle und der Master“ sowie „Die GOZ – eine Perspektive“ – wurden als wichtige Themen der Zukunft diskutiert. Die Kreisvorsitzenden und ihre Stellvertreter sowie die Senioren- und Behindertenbeauf-

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER KARLSRUHE

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, stv. Vorsitzender
Dr. Volker BRACHER, Karlsruhe
Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe
Dr. Jan WILZ, Mannheim

tragten wurden gewählt. Im Oktober trafen sich die Kreisvorsitzenden mit dem BZK-Vorstand zu einem Sondierungsgespräch.

Zahnärztehaus Mannheim

Das Zahnärztehaus Mannheim setzt die gute Zusammenarbeit zwischen der KZV BW, Bezirksdirektion Karlsruhe, und der BZK Karlsruhe trotz aller Änderungen im Gesundheitswesen fort. Die Kollegenschaft in Nordbaden wird kompetent rund um alle Fragen zur Ausübung der Zahnheilkunde betreut. Gemeinsame Aktivitäten werden über das ganze Jahr im Zahnärztehaus durchgeführt. Offerta und Maimarkt werden gemeinsam über das Informationszentrum Zahngesundheit professionell organisiert.

Ein gutes Beispiel konstruktiver Zusammenarbeit ist die neu organisierte Berufsfachkundevorlesung der BZK Karlsruhe. Kammer und KZV stellten gemeinsam mit der Deutschen Ärzte- und Apothekerbank, Filiale Mannheim, für 60 Studenten und Studentinnen Aufgaben und Pflichten der zahnärztlichen Selbstverwaltung vor. Als Erstkontakt mit den Landesorganisationen gelang ein hervorragender Dialog mit den zukünftigen Kolleginnen und Kollegen.



Auf Verwaltungsebene befasste man sich im Berichtszeitraum unter anderem mit der Erarbeitung eines landesweiten Qualitäts-

managements für die Verwaltung der LZK BW mit Untergliederung, um die Kammer noch effizienter zu organisieren. Im März 2010 möchte man erste Ergebnisse dem LZK-Vorstand präsentieren.

Fortbildung



Das Fortbildungsangebot für Zahnärztinnen und Zahnärzte war auch im Jahr 2009 umfassend. Das gemeinsame regionale Fortbildungskalendarium von KZV und Kammer lag der Kollegenschaft Anfang des Jahres vor. Aus den Bereichen Praxisführung, Abrechnung, Betriebswirtschaft und Recht wurde eine Vielzahl von Fortbildungskursen angeboten. Etabliert und zugleich ein Highlight des Fortbildungsjahres der BZK Karlsruhe war der 4. Tag des Qualitätsmanagements (QM). Mit dem Titel „Dimension zielgerechter Führung“ beschäftigten sich namhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Landespolitik mit dem Thema „Ohne Führung geht es nicht – Dimension zielgerechter Führung“. Der 4. Tag des QM machte deutlich, wie wichtig es ist, sowohl mit Werten zu führen, als auch betriebswirtschaftliche Kompetenzen zu entwickeln.

Unter der Leitung des neuen stellvertretenden Vorsitzenden der BZK Karlsruhe, Dr. Robert Heiden, der auch in der neuen

Legislatur Helferinnen-Referent ist, fand wieder eine Fachlehrertagung, diesmal am Rande der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer in Stuttgart, statt. Das Referat Jugendzahnpflege und Senioren- und Behindertenbeauftragte wurde sehr engagiert von der neuen zuständigen Referentin, Dr. Ulrike Heiligenhaus-Urmersbach geführt. So wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2009 Umfragen an alle Mitglieder versandt. Treffen der Senioren- und Behindertenbeauftragten und der Referenten der Arbeitsgemeinschaften Jugendzahnpflege fanden im Oktober 2009 ebenfalls statt.

Fazit und Ausblick

Der neue BZK-Vorstand hat nach einem ereignisreichen Kammerwahljahr allen Kritikern zum Trotz die Amtsgeschäfte erfolgreich aufgenommen. Der Vorstand der BZK sieht sich als Interessenvertreter für die Kollegenschaft in Nordbaden und als politisch engagierten Vorstand, der seine Ideen auf Landesebene zum Wohle der Kollegenschaft nach dem Kammerleitbild „Die Kammer – Ihr Partner“ einbringt.

Ende Oktober 2009 wird der neue BZK-Vorstand in einer 1 ½-tägigen Klausurtagung seine Strategie und Ziele für die nächsten drei Jahre diskutieren und vereinbaren.

In wichtigen Feldern, wie GOZ-Service, Qualitätsmanagement und Praxisführung sowie der Unterstützung im Bereich Abrechnung und allen anderen Fragen rund um die Zahnarztpraxis beabsichtigt der BZK-Vorstand, auch zukünftig geschätzter Ansprechpartner für die Kollegenschaft zu sein.

Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

Unter dem neuen Leitbild der Kammer präsentierte sich die BZK Stuttgart auch im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode wieder unter dem Motto „Von Kollegen für Kollegen“ als Dienstleister für die Zahnärzteschaft in Nord-Württemberg.

Die Kammer
IHR PARTNER

Schwerpunkte der Kammerarbeit

Schwerpunkt der Arbeit der BZK Stuttgart war insbesondere, wie auch in den vergangenen Jahren, den Kammermitgliedern Hilfestellung und Unterstützung bei der Führung ihrer Zahnarztpraxen zu geben. Über folgende Themen soll an dieser Stelle berichtet werden:

- die Fortbildung von Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie der zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen
- die Umsetzung eines neuen Konzepts zur Einbindung neu niedergelassener Kolleginnen und Kollegen in die Kammer
- die Betreuung von Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen

Fortbildung

Wie in den vergangenen Jahren war der 5. Stuttgarter Zahnärztetag am 19. und 20. Juni 2009 mit eigener Dentalausstellung im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Stuttgart, Highlight des Stuttgarter Fortbildungsjahres 2009.

Er widmete sich mit unter dem etwas provokanten Tagungsthema „Implantate - von allen (Zahnärzten) für alle (Patienten)?“ der Implantologie. Wie sich herausstellte – ein Treffer. Die inzwischen im Fortbildungskalendarium der Zahnarztpraxen im Groß-

raum Stuttgart und darüber hinaus fest etablierte Fortbildungsveranstaltung unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Einwag trug der Tatsache Rechnung, dass die Erfolgsprognose enossaler Implantate heute systemübergreifend über 95 Prozent liegt.



Hochkarätige Referenten aus Hochschule und Praxis zeigten Möglichkeiten und Grenzen der modernen Implantologie auf.

Der Stuttgarter Zahnärztetag begann am „Stuttgarter Morgen“ mit dem Thema „Kurzimplantate – einfache Lösungen für schwierige Fälle?“ Dr. Franck Renouard, ein Praktiker aus Paris, demonstrierte wie und in welchen Situationen er sieben Millimeter lange Kurzimplantate einsetzt. Die Diskussion um die Länge der Implantate, durch den ersten Referenten angestoßen, zog sich wie ein roter



VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER STUTT GART

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, stv. Vorsitzende
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach

Faden durch alle Beiträge der gut besuchten Tagung.

Die Fortbildung für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen stand unter dem Thema „Implantologische Assistenz“ Teamwork und Engagement – ein Medienthema, so der Tagungsleiter Dr. Helmut Schönberg. Strukturiert aufeinander aufgebaut spannten die Referenten einen weiten Bogen: Von den Grundlagen über Möglichkeiten und Grenzen der Implantologie, der wichtigen Assistenz-Rolle der Mitarbeiterinnen bis zur Abrechnung der erbrachten Leistungen.



Die Abendveranstaltung „Nacht der Legenden“ – inzwischen selbst legendär - machte ihrem Namen wieder einmal alle Ehre. Bei Unterhaltungs- und Tanzmusik vom Feinsten von Casino-Combo-Royal mit „Special-Guest“ und Band-Leader-Legende Jochen Brauer und den exklusivsten Pop-Klassikern aller Zeiten von MEMORIES & friends mit „Special-Guest“ Helen Forster war Entspannung vom Fortbildungstag angesagt.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements des 5. Stuttgarter Zahnärztetages 2009 wurde ein Beurteilungsbogen ausgeteilt, ausgefüllt und ausgewertet, um dem Vorstand der BZK Stuttgart Erkenntnisse darüber zu ermöglichen, ob Programm und Organisation bei den Teilnehmern ankommen, was ihnen bei



dieser Veranstaltung gefallen bzw. nicht gefallen hat und welche Vorschläge für künftige Stuttgarter Zahnärztetage bestehen. Abgefragt wurde Inhalt und Thema, Aktualität, wissenschaftliches Niveau, fachliche Kompetenz der Referenten, Verständlichkeit und Angemessenheit der Vermittlung, Praxisnähe und Praxisverwertbarkeit, aber auch Ablauf, Pausenregelung, Verpflegung und Räumlichkeiten. Das Ergebnis ist sehr erfreulich. Negative Bewertungen lagen im ein Prozent-Bereich. 99 Prozent der Teilnehmer/innen des Stuttgarter Zahnärztetages würden diese Veranstaltung weiterempfehlen – ein Ergebnis, das stolz macht.



Viele weitere Fortbildungsveranstaltungen haben das Fortbildungsjahr 2009 abgerundet. So konnten Zahnärztinnen und Zahnärzte bereits in den ersten acht Monaten in 45 Kreisversammlungen zu vielen Fort-

bildungsthemen, Sachgebieten, die für die Ausübung der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde sowie die Praxisführung von Bedeutung sind, „punkten“.

Wie immer ausgebucht war die Traditionsveranstaltung „KH-Symposium - Herbsttagung der BZK Stuttgart“, die zum 13. Mal in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Wissenschaftliche Zahnheilkunde Stuttgart/Katharinenhospital Klinikum Stuttgart zu dem brisanten Thema „Der Zahnärztliche Notfalldienst – was tun, was besser lassen?“ im Lindenmuseum Stuttgart stattfand.

Einbindung neu niedergelassener Kolleginnen und Kollegen in die Kammer



Das neue Leitbild der Kammer „Die Kammer – Ihr Partner“ wurde durch ein neues Konzept der BZK Stuttgart mit Leben gefüllt. Erstmals haben Vorstand und Verwaltung neu im Kammerbezirk niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte am Vorabend des Stuttgarter Zahnärztetages ins Stuttgarter Hotel Maritim eingeladen. Ziel dieser Veranstaltung ist es, junge Kolleginnen und Kollegen frühzeitig in die Kammer zu integrieren. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen stand die Vorstellung des Vorstandes der BZK Stuttgart und seiner Arbeit im Mittelpunkt des Abends.

Die Veranstaltung kam an. „Ich finde diese Premiere toll, sie erleichtert den Berufsanfang“, so ein Zahnarzt aus Dettingen.



Betreuung von Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen

Das Betreuungskonzept der LZK Baden-Württemberg ist in allen zwölf Kreisen der BZK Stuttgart angelaufen. Seit Anfang 2008 ist für jeden Kreis ein Senioren- und Behindertenbeauftragter (SuB) bestellt. Alle haben mit dem zuständigen Landratsamt, Fachdienst Gesundheit und Heimaufsicht, Verbindung aufgenommen und erhalten von dort mehr oder weniger gute Unterstützung bei der Implementierung von Betreuungszahnärzten in den Heimeinrichtungen.

Derzeit sind in den Kreisen zwischen zwei und 13 Betreuungszahnärzte in Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen tätig, wobei häufig ein Kollege mehrere Heime betreut. In allen betreuten Heimen fanden Mundhygieneschulungen des Pflegepersonals statt, wobei die von der LZK Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel (Schulungsvorträge auf CD, Pflege-DVD, Mundhygienekoffer) gerne und mit Erfolg eingesetzt wurden. Ein Phantomkopf mit UK-Modell wurde beim letzten Treffen der SuBs am 30.09.2009 an jeden Teilnehmer verteilt, ein OK-Übungsmodell mit Demo-Zahnersatzarbeiten folgt Ende des Jahres 2009.

Musteranschreiben für die Kontaktaufnahme mit den Heimen, Info-Flyer und zahnärztliche Erhebungsbögen wurden nur teilweise eingesetzt.

In sechs Kreisen organisieren die SuBs bis zu dreimal jährlich Treffen der Betreuungszahnärzte. Die BZK Stuttgart lädt seit Februar 2008 halbjährlich zu einem Erfahrungsaustausch der SuBs ein. Diese Treffen sind stets sehr gut besucht. Dr. Ludwig (Vorsitzender des AKABe) nimmt regelmäßig an diesen Treffen teil, was sich als hilfreich und sinnvoll erwiesen hat.

Fast alle SuBs haben inzwischen das Geriatrie-Curriculum des ZFZ Stuttgart besucht.

Die SuBs sind sehr motiviert, wenngleich die mangelnde Beteiligung der Kollegenschaft in einigen Kreisen zu einer gewissen Frustration geführt hat. Hier bedarf es der intensiven Unterstützung durch die Kreisvereinigung.

Fazit

„Die Kammer – Ihr Partner“ ist für die BZK Stuttgart Vision und Leitbild. Für alle Kolleginnen und Kollegen soll die Kammer die berufliche Heimat sein.

Mit Kompetenz, Effizienz, Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit will und wird man seinen Partnern zur Seite stehen.

Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Der Bericht erstreckt sich über den Zeitraum von Oktober 2008 bis Oktober 2009.

Im November 2008 fand die konstituierende Vertreterversammlung der Bezirkszahnärztekammer Tübingen statt. Neben einem Versammlungsleiter und stv. Versammlungsleiter wurden die Vertreter zur Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer, der neue Vorstand sowie Referenten und Delegierte zur Bundeszahnärztekammer gewählt.

Im Januar konstituierte sich der neue Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Tübingen. Neben den bisherigen Mitgliedern Dr. Wilfried Forschner (Vorsitzender), Dr. Dr. Heiner Schneider (stv. Vorsitzender) und Dr. Stoll (Beisitzer) gibt es

zwei neue „Köpfe“ als Beisitzer im Vorstand, die Kollegen Dr. Manfred Jooß und Dr. Elmar Ludwig. Die deutliche Verjüngung des Vorstandes zeigt, dass man in Tübingen auf Kontinuität in der Vorstandsarbeit setzt.

Im Berichtszeitraum fanden in den Monaten Dezember, März, Juni und September vier Vorstandssitzungen statt. Dazu eine Vertreterversammlung, die traditionell immer in Lindau anlässlich der Bodenseetagung im September stattfindet.

Auch die gemeinsame Sitzung des Umlageausschusses mit dem Vorstand und ein

Treffen der Kreisvorsitzenden wurden am Vortag der Bodenseetagung abgehalten.

Anlässlich der Vorstandssitzung im Juni wurden auch wieder die Kolleginnen und Kollegen geehrt, die auf fünfzig Jahre zahnärztliche Approbation zurückblicken konnten.

Bei den Fortbildungsveranstaltungen dominierte natürlich im Jahr 2009 die wie immer sehr gut besuchte 44. Bodenseetagung. Neben einem hervorragenden wissenschaftlichen Programm zum Thema „Kontroversen und Entscheidungsfindung in der Zahnmedizin“, kam auch die Pflege des Gemeinsinns nicht zu kurz. Ein Ehrengastessen und ein Gesellschaftsabend sind inzwischen gute Tradition.

Wie seit Jahren fand parallel zur Fortbildung für Zahnärzte die Tagung für zahnärztliche Mitarbeiterinnen in Lindau statt. Auch hier ist der steigende Zuspruch ungebrochen. Ein weiteres Seminar für Helferinnen zum Thema Abrechnung rundete die Veranstaltungen für Mitarbeiterinnen ab.

Im Juli fand der „Tübinger Praxistag“ in Weingarten statt, eine Fortbildungsveranstaltung, die vor Jahren von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Tübingen ins Leben gerufen wurde und seitdem von der Bezirksdirektion der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Tübingen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und der Bezirkszahnärztekammer Tübingen ge-



VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER TÜBINGEN

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender
Dr. Manfred JOOß, Ravensburg
Dr. Elmar LUDWIG, Ulm
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

meinsam abgehalten wird. Diese eintägige Veranstaltung zu verschiedenen Themen aus dem Praxisalltag findet immer mehr Zuspruch bei den Kolleginnen und Kollegen. Dieses Jahr waren es die Themen „Verfahrensprinzipien der Gutachterkommission“ (Vorsitzender Richter Dr. Müller), „Dokumentation in der Zahnarztpraxis“ (Dr. F. Schneider) und „Zahnärztliche Berufsausübung und Berufshaftpflicht“ (RA Wehn).

Mehrere Veranstaltungen, die von den Senioren- und Behindertenbeauftragten in den Kreisen in Pflegeheimen und bei ambulanten Pflegediensten abgehalten wurden, fanden regen Zuspruch. Auch die Kollegenschaft vor Ort engagiert sich außerordentlich in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit und zeigt so, dass sich ein Freier Beruf auch der Allgemeinheit verpflichtet fühlt.



Eine weitere, inzwischen auch schon traditionell gemeinsam von Kammer und Bezirksdirektion Tübingen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg im Herbst abgehaltene Veranstaltung ist die „Standespolitische Nachwuchstagung“. Diese Veranstaltung fand dieses Jahr in Biberach (Jordanbad) statt. Zu dieser Veranstaltung werden, wie der Name schon sagt, Kolleginnen und Kollegen eingeladen, die sich in den ersten Jahren ihrer Praxistätigkeit befinden. Sie sollen bei dieser zweitägigen

Veranstaltung an standespolitische Themen herangeführt werden. Den einführenden Vorträgen des Vorsitzenden von Kammer und des Vorsitzenden des Bezirksbeirates der Kassenzahnärztlichen Vereinigung stand das Thema „Qualitätsmanagement“ im Mittelpunkt. Dieses Thema wurde von Prof. Riegl, Augsburg, abgehandelt.



Satzungsausschuss

Auch in der 14. Kammerperiode stehen die Mitglieder des Satzungsausschusses der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg vor neuen Aufgaben: Immer mehr europarechtliche Vorgaben führen zu einem Anpassungsbedarf der rechtlichen Grundlagen des zahnärztlichen Kammerwesens in unserem Land.

Der Satzungsausschuss konstituierte sich unter der Leitung des Präsidenten, Dr. Udo Lenke, in seiner Sitzung im Mai dieses Jahres in der neuen Kammerperiode wie folgt: Der Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammer Tübingen, Dr. Wilfried Forschner, leitet als Vorsitzender den Ausschuss. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde die Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, Dr. Antoinette Röttele, gewählt. Als weitere Mitglieder wurden in den Ausschuss berufen: Der Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, Dr. Norbert Engel, Zahnarzt Holger Gerlach, Öhringen sowie Dr. Torsten Tomppert, Esslingen. Der neue Vorsitzende sieht die Aufgabe des Satzungsausschusses vor allem darin, die Satzungen so zu gestalten, dass sie dem Wohl der Kammermitglieder und damit der gesamten Zahnärzteschaft im Land nutzen.

Der Ausschuss beschäftigte sich in seiner Sitzung mit notwendigen Anpassungen in der LZK-Satzung, der Berufsordnung, der Gebührenordnung sowie der Meldeordnung der

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. Die Ausschussmitglieder befürworteten Klarstellungen in der LZK-Satzung im Hinblick auf die Wahl des Versammlungsleiters sowie die Sicherstellung der kontinuierlichen Tätigkeit von Referenten und Kreisvorsitzenden während des Übergangs in eine neue Kammerperiode.

In der Meldeordnung hat sich der Ausschuss dafür entschieden, den Meldebogen nicht mehr als Anhang zum Satzungstext aufzuführen, um erforderliche redaktionelle Änderungen wie z. B. die Aufnahme der Angabe „Berufsausübungsgemeinschaft“

schneller und einfacher durchführen zu können.

Auf Bundesebene entsteht gerade eine neue Musterberufsordnung, deren Verabschiedung abgewartet werden soll. Es ist zu erwarten, dass der Vorstand der Bundeszahnärztekammer diese zu Beginn

des nächsten Jahres verabschiedet. Der Ausschuss wird sich im nächsten Jahr erneut mit den Änderungen der Berufsordnung unter Berücksichtigung der Musterberufsordnung der BZÄK befassen.

Der Vorstand der Landeszahnärztekammer hat sich den Änderungsanträgen des Satzungsausschusses angeschlossen und wird diese der Vertreterversammlung im Dezember dieses Jahres zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.



MITGLIEDER

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, stv. Vorsitzende
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker
Holger GERLACH, Öhringen
Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen

ZUSTÄNDIGKEIT LZK- GESCHÄFTSSTELLE

Christine MARTIN

GOZ-Ausschuss

Am 18. Februar 2009 konstituierte sich der GOZ-Ausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg für die 14. Kammerperiode. Nachdem die Mitglieder des Ausschusses bereits durch die konstituierende Vertreterversammlung am 31. Januar 2009 gewählt wurden, galt es in der konstituierenden Sitzung, den Vorsitzenden und den stv. Vorsitzenden zu wählen und erste Eckpunkte für die Arbeit des Ausschusses in der kommenden Kammerperiode festzulegen.

Im Zuge der seit dem Jahr 2007 vonseiten des Bundesgesundheitsministeriums eingeleiteten Neufassung der GOZ rückte die kritische Verfolgung und Bewertung des Referentenentwurfs zur neuen GOZ zunehmend in den Mittelpunkt der Ausschussarbeit.

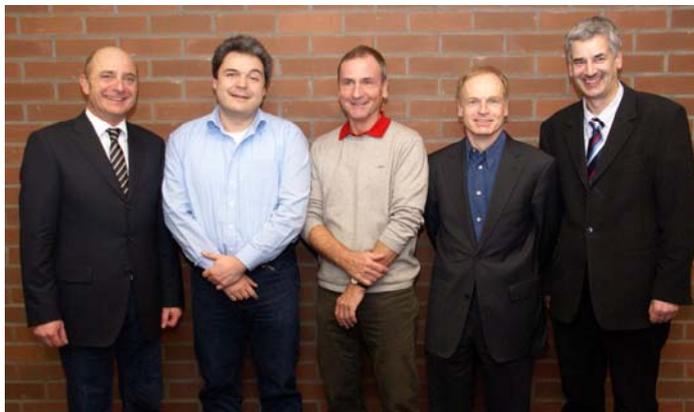
Bereits am 19. Oktober 2007 beschloss der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg einen Maßnahmenkatalog zur Novellierung der GOZ aufzustellen. Mit der Umsetzung wurde der GOZ-Ausschuss beauftragt. Ein wichtiger Punkt des Maßnahmenkataloges war die Erarbeitung eines Praxiskommentars zur neuen GOZ, welcher auch eine synoptische Gegenüberstellung zwischen derzeit geltender GOZ und der novellierten GOZ enthält. Der Praxiskommentar soll unter dem Namen „GOZ-INFORM“ allen Kammermitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Eine druckreife Fassung dieses Praxiskommentars konnte bereits der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg am 05. und 06.12.2008 vor-

gestellt werden. Inzwischen haben auch zahlreiche andere Länderkammern Interesse an der Übernahme des Praxiskommentars „GOZ-INFORM“ der LZK angemeldet. Die Initiative der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Schaffung eines bundeseinheitlichen Praxiskommentars für die neue GOZ hat inzwischen dazu geführt, dass vonseiten der Bundes Zahnärztekammer eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, die sich mit der Erarbeitung eines solchen bundeseinheit-

lichen Praxiskommentars beschäftigen soll. Der Arbeitsgruppe gehören u. a. die Vorsitzenden der GOZ-Arbeitsgruppen Süd, Mitte und Nord und aufgrund der großen Vorarbeit der Landes Zahnärztekammer

Baden-Württemberg auch der GOZ-Referent der Landes Zahnärztekammer, Dr. Jan Wilz, an.

Auch wenn die neue GOZ unter anderem auch aufgrund der Interventionen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg nicht mehr von der alten Bundesregierung umgesetzt wurde, ist der Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums bisher weder zurückgezogen, noch wurden Änderungen daran vorgenommen. Die neuen politischen Mehrheitsverhältnisse in Berlin nach der Bundestagswahl begründen jedoch die Hoffnung auf zumindest eine Überarbeitung, bestenfalls eine Neufassung des bisherigen Referentenentwurfes. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wird die Vorhaben der neuen Bundesregierung sehr genau verfolgen und die berechtigten Interessen des



MITGLIEDER

Dr. Jan WILZ, Mannheim, Vorsitzender
Dr. Dr. Alexander RAFF, Stuttgart, stv. Vorsitzender
Dr. Hartmut FALKENTHAL, Leonberg
Dr. Gert KRIEG, Freiburg
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe

Berufstandes auch gegenüber der neuen Bundesregierung mit Nachdruck vertreten. Deshalb wird auch in der kommenden Kammerperiode die Arbeit des Ausschusses durch die geplante Novellierung der GOZ geprägt sein.

Einrichtung einer landesweiten Datenbank

Ein Hauptthema der Arbeit des GOZ-Ausschusses im Laufe des Berichtsjahres war die Vorbereitung der Einrichtung einer landesweiten Datenbank mit Muster-schreiben und Urteilen zu gebührenrechtlichen Sachverhalten. Damit soll eine noch schnellere und effektivere Bearbeitung der eingehenden Anfragen bei den GOZ-Referenten der Bezirkszahnärztekammern sichergestellt werden. Die bei den Bezirkszahnärztekammern vorhandenen Muster-schreiben und Textbausteine wurden zu diesem Zweck von den Mitgliedern des GOZ-Ausschusses diskutiert und überarbeitet. Nach Fertigstellung werden die neugestalteten Mustertexte/ Textbausteine der Landes Zahnärztekammer als landeseinheitliche Textmodule in eine Datenbank eingestellt. Bei der Datenbank handelt es sich um ein dynamisches System, das regelmäßig aktualisiert und fortgeführt werden soll.

Überarbeitung des GOZ-Handbuches

Im Juni 2009 erschien eine Neuauflage der CD-ROM „PRAXIS-Handbuch“. Das Handbuch „Gebührenordnung für Zahnärzte“ ist auf dieser Aktualisierung nun nicht mehr enthalten. Dieser Teil ist nunmehr umfassend überarbeitet und neu gestaltet worden und als CD-ROM „GOZ-Handbuch“ verfügbar. Die einzelnen Kapitel wurden anhand der neusten Rechtsprechung aktualisiert, der Beschlusskatalog wurde um die neuesten Beschlüsse des GOZ-Ausschusses ergänzt, die Zahnarzt- und Patienteninformationsblätter wurden überarbeitet und die GOZ-Urteilssammlung wurde der Entwicklung in

der Rechtsprechung angepasst. Um die Bedienfreundlichkeit und die Arbeit mit der CD-ROM weiter zu erhöhen, sind alle Urteile jetzt auch im Volltext zugänglich. Umfangreiche Recherchen entfallen damit.

GOZ-Analyse

Ein weiteres Thema im GOZ-Ausschuss war das schon seit dem Jahre 1997 bestehende Gemeinschaftsprojekt „GOZ-Analyse“ der Bundeszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und des Instituts der Deutschen Zahnärzte. Bei diesem Projekt wurden von den teilnehmenden



Zahnärzten kontinuierlich anonym über einen Datentreuhänder die Liquidationen nach GOZ übermittelt. Erfasst werden sämtliche GOZ- / GOÄ-Positionen mit Häufigkeit, Multiplikator und Betrag

sowie Material und Laborkosten, getrennt nach Praxislabor und gewerblichem Labor. Die so erhobenen Daten zeigen eine fundierte Übersicht über die Abrechnungsvolumina nach der GOZ/GOÄ.

Gerade die im Rahmen der Diskussion über den Referentenentwurf zur GOZ vonseiten des Bundesministeriums für Gesundheit angebrachten Zahlen zur Erhöhung des Abrechnungsvolumens um angeblich 10 Prozent machen deutlich, wie wichtig es in der politischen Diskussion ist, belastbare Zahlen zur Verfügung zu haben.

Vor diesem Hintergrund haben die Bundeszahnärztekammer, die Kassenzahnärztliche

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stefan OSCHMANN
Kathrin MÖLLER-PRYS

Bundesvereinigung und das Institut der Deutschen Zahnärzte beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinschaftsvorhabens „GOZ-Analyse“ zu intensivieren. Zu diesem Zweck wurde mit Wirkung zum 01.01.2009 eine neue vertragliche Basis zwischen den Beteiligten geschaffen. Herausgestellt wurde dabei die besondere berufspolitische Bedeutung des Projektes.

Der Erfolg des Projektes, und damit auch die Untermauerung berechtigter zahnärztlicher Forderungen nach einer spürbaren Gebührenanhebung, hängen jedoch im Wesentlichen von der Mitarbeit der Kollegenschaft im Bundesgebiet ab. Den Zahnärzten wurden über Rundschreiben nähere Informationen über das Projekt „GOZ-Analyse“ gegeben, um eine größere Mitarbeit der Zahnarztpraxen an diesem Projekt zu erreichen.

Berechnungs- und Auslegungsfragen

Ein zentrales Aufgabengebiet des GOZ-Ausschuss war auch in diesem Jahr die Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen zur Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) und die Aktualisierung des Beschlusskataloges im Praxishandbuch „Gebührenordnung für Zahnärzte“ der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Neben telefonischen und schriftlichen Anfragen zur GOZ bereitet der GOZ-Ausschuss Abrechnungshinweise, Urteile, Listen von berechnungsfähigen Materialien und zahnmedizinische Bewertungen auf und vertrat so zahnärztliche Belange und Belange zum Allgemeinwohl in gleicher Hinsicht nach außen.

Die Beschlüsse sind immer aktuell im Internet eingestellt und können jederzeit abgerufen werden. Auf der Seite www.lzk-bw.de unter dem Menü: Zahnärzte – GOZ-Handbuch – Gebührenordnung für Zahnärzte – Beschlusskatalog, sind alle Beschlüsse themenspezifisch geordnet und erlauben

somit eine gezielte Suche nach dem gewünschten Schwerpunkt.

Veröffentlichungen im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Neben gebührenrechtlichen Beratungen in den jeweiligen Bezirken und der Abstimmung im GOZ-Ausschuss wurden auch bestimmte Sachverhalte im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg publiziert, um die zahnärztliche Kollegenschaft auf dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Entwicklungen (Praxisreife neuer Behandlungsmethoden etc.) und der gebührenrechtlichen Entscheidungen zu halten.

- ZBW 1/2009
Referentenentwurf
Dr. Hartmut Falkenthal, GOZ-Referent der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart

- ZBW 4/2009
Konstituierung des GOZ-Ausschusses
Stefan Oschmann, Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

- ZBW 5/2009
Erstattungsverweigerung wegen „Zielerleistungsprinzip“
Dr. Dr. Alexander Raff, stv. GOZ-Referent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

- ZBW 6/2009
Beratungs- und Aufklärungsleistungen
Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

- ZBW 7/2009
Ausgliedern eines geklebten Retainers
Dr. Wolfgang Grüner

- ZBW 8/2009
Gleiches Recht für alle?
Dr. Gert Krieg, GOZ-Referent der Bezirks Zahnärztekammer Freiburg

- ZBW 9/2009

Besondere Umstände

Dr. Hartmut Falkenthal, GOZ-Referent der
Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

- ZBW 10/2009

Gut kalkulierte HKP-Planung zahlt sich aus
Dr. Dr. Heinrich Schneider, GOZ-Referent
der Bezirkszahnärztekammer Tübingen

- ZBW 11/2009

Moderne Endodontie und die Schwierigkeiten
bei der Berechnung nach der GOZ 1988
Dr. Dr. Alexander Raff, stv. GOZ-Referent
der Landes Zahnärztekammer Baden-
Württemberg

- ZBW 12/2009

Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent der Landes-
zahnärztekammer Baden-Württemberg

Fortbildungsausschuss

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Fortbildungsausschusses wurden neben den Erfahrungsberichten aus der Fortbildung in den einzelnen Kammerbezirken auch mögliche Zukunftsmodelle angesprochen und diskutiert. Darüber hinaus fanden erste Vorarbeiten für den im Oktober 2010 stattfindenden Landeszahnärztetag Baden-Württemberg statt.

Zu Beginn der konstituierenden Sitzung des

Fortbildungsausschusses wurden der Vorsitzende, Prof. Dr. Johannes Einwag, Stuttgart, sowie dessen Stellvertreter, Dr. Bernhard Jäger, Mannheim, von den weiteren Mitgliedern, Prof. Dr. Bernd Haller, Ulm, Prof. Dr. Elmar Hellwig, Freiburg, und Dr. Torsten Tomppert, Esslingen,

sowie Prof. Dr. Winfried Walther (kooptiertes Mitglied), einstimmig in ihren Ämtern bestätigt, sodass die Sacharbeit entsprechend aufgenommen werden konnte.

Zukunft der Aus- und Fortbildung

In der ersten Sitzung der neuen Kammerperiode setzte sich der Ausschuss unter anderem mit der möglichen Zukunft der zahnärztlichen Aus- und Fortbildung auseinander. So fand beispielsweise die derzeit in der öffentlichen Diskussion befindliche Debatte um eine mögliche Umstellung des Zahnmedizinstudiums auf Bachelor- und Masterstudiengänge Einzug in die Sitzung und wurde entsprechend diskutiert. Der Ausschuss vertrat die Auffassung, dass der ein-

zige Gestaltungsspielraum der Kammer in der Weiterbildungsordnung liegt und künftige Konzepte auf dieser Basis entwickelt werden müssen.

Landeszahnärztetag am 29. und 30.10.2010

„Hightech und High-Touch“, unter diesem Motto wird sich der Landeszahnärztetag Baden-Württemberg vom 29. bis 30.10.2010 auf

der Landesmesse Stuttgart präsentieren.

Zeitgleich mit der Messe

Fachdental Südwest, bietet die LZK im angrenzenden

Internationalen Congresscenter (ICS) ein breites

Vortragsangebot für die Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie das gesamte Praxisteam an.

Die Balance zwischen Technologie und Mensch, Behandler und Patient, wird im Rahmen der Vorträge hinterfragt und beleuchtet. Über Gegenwart und Zukunft in der Zahnheilkunde, wird in zahlreichen Fachvorträgen, die sich mit der Prävention und Parodontologie, Prothetik und Chirurgie bis hin zur Kieferorthopädie beschäftigen, referiert, um dem hohen Anspruch der Tagungsteilnehmer gerecht werden zu können. Im Rahmen der ersten Sitzung des Ausschusses wurden die Konzepte hinsichtlich einer möglichen Programm- und Ablaufgestaltung erarbeitet und diskutiert. In den kommenden Wochen soll dies weiter konkretisiert werden, um den reibungslosen Ablauf des zahnärztlichen Großereignisses im Jahre 2010 sicherzustellen.



MITGLIEDER

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart, Vorsitzender
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, stv. Vorsitzender
Prof. Dr. Bernd HALLER, Ulm
Prof. Dr. Elmar HELLWIG, Freiburg
Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen

KOOPTIERTES MITGLIED

Prof. Dr. Winfried WALTHER, Karlsruhe

ZUSTÄNDIGKEIT LZK- GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN

Praxisführungsausschuss

Die Arbeit des Praxisführungsausschusses und der Abteilung Praxisführung der LZK BW in diesem Jahr war gekennzeichnet durch „alt bekannte Themen“ wie z. B. die „Hygiene in der Zahnarztpraxis“. Darüber hinaus wurde im Sinne des neuen Leitbildes „Die Kammer - Ihr Partner“ organisatorisches und fachliches „Neuland“ betreten, denn der Praxisführungsausschuss griff das konstant hohe Interesse der Kammermitglieder und des Praxisteams nach Fortbildungsangeboten im Themenbereich

der Praxisführung auf. Der Ausschuss erarbeitete in diesem Jahr schwerpunktmäßig zwei neue Fortbildungskonzepte. Neben diesen im Folgenden dargestellten neuen Fortbildungskonzepten beschäftigte sich der Praxisführungsausschuss

intensiv mit der Neuauflage der CD-ROM „PRAXIS-Handbuch“, die im Juni 2009 neu gebrannt wurde. Ein weiterer Themenschwerpunkt lag in dem Aufbau einer eigenen Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst in der LZK-Geschäftsstelle. Der Ausschuss beschäftigte sich außerdem mit einem weiteren neuen Serviceangebot der LZK BW, der individuellen Hygieneberatung in Zahnarztpraxen. Die bereits im letzten Jahr begonnenen Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg zur Thematik „Überwachung der Aufbereitung von Medizinprodukten“ wurden auch in diesem Jahr fortgesetzt. Parallel hierzu nahm der Ausschuss Fachgespräche mit Vertretern des Landesgesundheitsamts

Baden-Württemberg auf, um praktikable betriebsinterne Validierungsmöglichkeiten zu erarbeiten, die nach Fertigstellung dem Ministerium zur Abstimmung präsentiert werden sollen.

Neuauflage der CD-ROM „PRAXIS-Handbuch“

Die bewährte CD-ROM „PRAXIS-Handbuch“ wurde einer kompletten Runderneuerung unterzogen. Neben vielen technischen

Neuerungen, wie z. B. der neuen benutzerfreundlichen HTML-Programmierung, wurde nicht nur das Erscheinungsbild, sondern vielmehr die Bedienung der Handbücher der CD-ROM im Vergleich zur letzten Version aus 2006 übersichtlicher und für die Anwender praktikabler gestaltet.

Die im Juni 2009 erschienene Neuauflage enthielt zwei wichtige Neuerungen:

- Das bisherige LZK-Handbuch wurde in das Handbuch „Gesetze & Vorschriften“ umgewandelt.
- Das Handbuch „Gebührenordnung für Zahnärzte“ wurde der CD-ROM entnommen und wird auf einer separaten CD-ROM neu erscheinen.

Die einzelnen Handbücher wurden inhaltlich auf den neuesten Stand gebracht und es wurden zum Teil neue Kapitel entworfen. Die Neuauflage der CD-ROM „PRAXIS-



MITGLIEDER

Dr. Norbert Struss, Freiburg, Vorsitzender
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen, stv. Vorsitzender
Dr. Jürgen Carow, Flein
Dr. Christian Hoch, Reutlingen
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Norbert Engel, Mühlacker

Handbuch“ beinhaltet somit folgende Handbücher:

- Gesetze & Vorschriften
- Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis
- Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis: Anhang
- Verträge in der Zahnarztpraxis



Das Arbeiten mit der Neuauflage wurde durch eine Vielzahl an Änderungen und Optimierungen anschaulicher und einfacher gestaltet.

Die neu entworfene Bedienungsanleitung erläutert mithilfe graphischer Darstellungen der Installations- und

Programmfenster den Umgang mit dem „PRAXIS-Handbuch“ von der Installation, über die Inhalte der einzelnen Handbücher bis hin zur Durchführung eines Internet-Updates mit der aktuellen Handbuchversion.



Die obige Startseite wurde mit hilfreichen Buttons ausgestattet:

- „Suche“: wie bei Internet-Suchmaschinen
- „News“: Auflistung aller Neuerungen und Änderungen seit dem letzten Update
- „Anleitung“: Bedienungsanleitung
- „Update“: Der stets aktuellste Stand der Handbuch-Inhalte zum Herunterladen



Einen schnelleren Zugriff auf die gewünschten Inhalte bzw. einen übersichtlicheren inhaltlichen Einstieg in die Kapitel des Praxishandbuches „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“ bietet z. B. deren Aufbau in Form einer neuen Startseite mit den Inhalten:

- I Checkliste – Erste Bestandsaufnahme in der Praxis
- II Inhaltsverzeichnis
- III Zusammenfassung - Kurzinformation der Inhalte
- IV Inhalte – Detailinformationen
- V Gefährdungsbeurteilung – Jetzt noch mal alles überprüfen

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Christine MARTIN
Katja VEIT
Marco WAGNER

Die zukünftigen inhaltlichen Änderungen und Ergänzungen können über die monatlich veröffentlichten Updates durch Anklicken des Buttons „Update“ heruntergeladen werden. Eine tagesaktuelle Version der Inhalte des „PRAXIS-Handbuchs“ kann über den Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg unter www.lzk-bw.de aufgerufen werden.

BuS-Dienst „Kammermodell“– Aufbau einer eigenen Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst

Seit 01.09.2009 hat die eigene Zahnärztliche Stelle BuS-Dienst bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ihre Arbeit aufgenommen. Der stufenweise Aufbau der Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst beinhaltet schwerpunktmäßig:

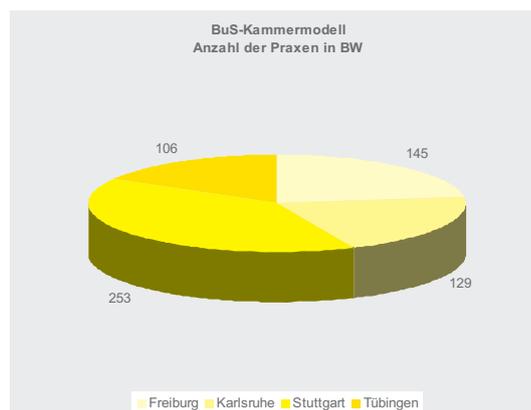
- die Suche nach einem Arbeitsmediziner bzw. Betriebsarzt und letztendlich die vertragliche Vereinbarung einer Betriebsärztin,
- den Aufbau einer neuen, das bisherige BuS-Handbuch ersetzenden, CD-ROM „BuS-Kammermodell“,
- die Ausarbeitung der Vorträge für die zukünftigen BuS-Dienst-Schulungen und
- die Entwicklung eines neuen betriebsärztlichen Fragebogens für die zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen der am BuS-Dienst „Kammermodell“ teilnehmenden Praxen.

Die eigene Zahnärztliche Stelle BuS-Dienst wird weiter unter dem Dach des Präventionskonzeptes der Bundeszahnärztekammer arbeiten. Durch die Implementierung dieser Stelle soll erreicht werden, den landestypischen Anforderungen besser gerecht zu werden, die Durchführung der BuS-Dienst-Schulungen durch Personal der Abteilung Praxisführung und der Betriebsärztin zu ge-

währleisten und eine bessere und nähere Betreuung der Kammermodell-Teilnehmer zu ermöglichen. Letztendlich führt der Aufbau dieser eigenen Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst zu einer deutlichen Reduzierung des finanziellen Aufwands und somit konnte ab diesem Berichtsjahr die jährliche Teilnahmegebühr für das BuS-Dienst-„Kammermodell“ deutlich auf einen Betrag in Höhe von EUR 59,- inkl. MwSt. gesenkt werden.



Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bietet seit Anfang 2007 das Modell der alternativen bedarfsorientierten Betreuung - das BuS-Dienst „Kammermodell“ - im Rahmen der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung ihren Kammermitgliedern an. Mit Stand 01.10.2009 sind 633 Teilnehmer dem Kammermodell der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg angeschlossen. Die Aufteilung auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern sieht wie folgt aus:



Dieses Jahr fanden am 26.06.2009 in Stuttgart und am 11.12.2009 in Mannheim die BuS-Dienst-Schulungen zum Kammermodell statt.

Fortbildung „Praxisführung im Team“

Der Vorstand hat mit seinem Beschluss den Weg für die neue Fortbildung „Praxisführung im Team“ frei gemacht. Der Ausschuss hat sich intensiv mit dem inhaltlichen Konzept und der Organisation dieses neuen Fortbildungsangebots durch die LZK BW auseinandergesetzt. Die Fortbildung wird voraussichtlich ab 2010 an den kammer-eigenen Fortbildungseinrichtungen in Karlsruhe und Stuttgart sowie in den Bezirken Freiburg und Tübingen angeboten. Die neue Fortbildung „Praxisführung im Team“ wird aus folgenden Kursen bestehen:

- Update A – Arbeitsschutz und Arbeitsmedizinische Vorsorge
- Update H – Hygiene / Praktische Hygienemaßnahmen in der Zahnarztpraxis
- Update F – Hygiene / Anforderungen an Organisation, Dokumentation und Freigabe
- Update Q – Qualitätssicherung in der Zahnarztpraxis

Zur Präsentation der neuen Fortbildung „Praxisführung im Team“ werden die entsprechenden Kommunikationsplattformen der LZK BW eingesetzt.

Neues Fortbildungsangebot für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“

Ein weiteres neues Fortbildungsangebot wurde in diesem Berichtsjahr auf den Weg gebracht. Der Ausschuss konzipierte in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung ein neues Fortbildungsangebot für

zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“. Diese Fortbildung besteht aus vier Einzelkursen, in denen folgende Themen durch Referenten aus der Abteilung Praxisführung der LZK BW präsentiert werden:

- Kurs 1: Gefahrstoffe / Abfallentsorgung / Brandschutz
- Kurs 2: Elektrische Anlagen und Betriebsmittel / Aktive Medizinprodukte
- Kurs 3: Hautschutz / Händehygiene / Persönliche Schutzausrüstung
- Kurs 4: Arbeitsmedizinische Vorsorge / Arbeitsunfall / Erste Hilfe

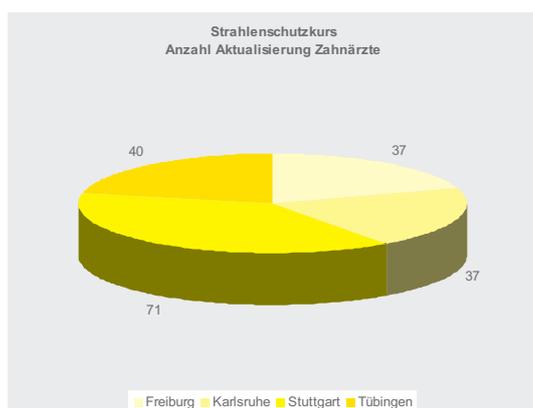
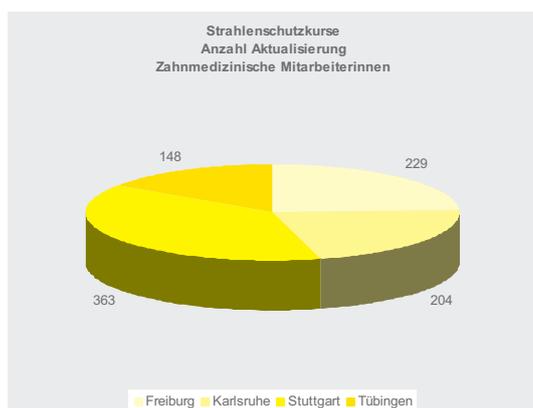
Ein Kurs geht über zwei Zeitstunden mit einer kurzen Pause. Grundsätzlich ist dieses Fortbildungskonzept so ausgelegt, das ein Kurs pro Quartal in jedem Bezirk angeboten wird, sodass alle vier Kurse in einem Jahr praxisnah besucht werden können. Es besteht auch die Möglichkeit, nur an einem der ausgeschriebenen Kurse teilzunehmen – die Kurse müssen nicht im Gesamtpaket gebucht werden. Die Organisation und den Ablauf der Fortbildungskurse, d. h. auch die Anmeldung, wird zentral von der Abteilung Praxisführung der LZK BW gesteuert.

Es wird für die Teilnahme einer Person eine Kursgebühr in Höhe von EUR 36,- erhoben. Der Startschuss für das neue Fortbildungsangebot für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“ fiel im 4. Quartal 2009 mit der Präsentation des Kurses 1 in den vier Bezirken.

Aktualisierung Strahlenschutz

Auch in diesem Jahr fanden wieder Aktualisierungskurse für Zahnärzte und Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen statt.

Insgesamt aktualisierten 185 Zahnärzte ihre Fachkunde im Strahlenschutz und 944 Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen ihre Kenntnisse im Strahlenschutz.



Nach Redaktionsschluss fanden am 20.11.2009 und 12.12.2009 im Bereich der BZK Karlsruhe noch ein Kurs für Zahnärzte und für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen statt. Diese sind in der Statistik nicht berücksichtigt.

Bundeszahnärztekammer

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sendet als Vertreter in den entsprechenden Ausschuss für Praxisführung

auf Bundesebene. Dr. Struß, Vorsitzender des Praxisführungsausschusses der LZK BW, Dr. Maager als stv. Vorsitzender sowie den Direktor der LZK BW. Sie bringen die Interessen der LZK BW auf Bundesebene ein. Die Ergebnisse werden im Praxisführungsausschuss diskutiert.

Service für die Kammermitglieder

Die telefonische Beratung zu allen Fragen der Praxisführung erfreut sich nach wie vor einer starken Nutzung durch die Kammermitglieder und das Praxisteam. Wie bereits in den vergangenen Jahren nutzt der Ausschuss neben persönlichen Vorträgen auf Abend- bzw. Fortbildungsveranstaltungen, die Kommunikationsplattformen Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, Praxisteam Aktuell, Internet, CD-ROM „PRAXIS-Handbuch“, Schriftenreihe der LZK BW und Rundschreiben um die Praxisführungsthemen aktuell, praxisnah und umsetzbar zu präsentieren.

Fachdental Südwest 2009

Die Abteilung Praxisführung der LZK BW präsentierte auf der Fachdental Südwest am 16. und 17.10.2009 die folgenden Themen:

- Neuauflage der CD-ROM „PRAXIS-Handbuch“ der LZK BW
- BuS-Dienst „Kammermodell“
- Leitfaden „Arbeitsschutz“ in der Schriftenreihe der LZK BW
- Neues Fortbildungskonzept der LZK BW für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“

Als Mitglied des Praxisführungsausschusses präsentierte Dr. Ullrich auf dem Forum der Fachdental Südwest 2009 das Thema „PRAXIS-Handbuch – Helfer in fast allen

Fragen“ vor einem zahlreichen interessierten Zuhörerkreis.

In persönlichen Gesprächen am Stand der LZK BW zeigte sich das große Interesse der Kammermitglieder und des Praxisteam an den „alt bekannten“ und den „neuen“ Aktivitäten des Praxisführungsausschusses und der Abteilung Praxisführung der LZK BW.

ZBW-Pinnwand

Die Ausschussmitglieder stellten auch in diesem Berichtsjahr monatlich in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung der LZK BW unter der bewährten Rubrik „Pinnwand“ im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg aktuelle Praxisführungsthemen vor. Ziel ist es, den Praxisinhabern zum Beispiel im Rahmen von Teambesprechungen einen Anknüpfungspunkt für eine Wiederholung von Routinesachverhalten zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der spezifischen Darstellung ist es auch möglich, die Artikel aus dem Zahnärzteblatt herauszutrennen und den betreffenden Mitarbeitern zur Kenntnis zu geben. Vor allem die am Ende einer jeden „Pinnwand“ stehenden Verweise auf die Fundstellen im „PRAXIS-Handbuch“ der LZK BW, wo die ausführlichen Informationen zu finden sind, machen sie zu einem praktischen Ratgeber und bieten konkrete Hilfestellung für die zahnärztliche Praxis.

Über folgende Themen wurde berichtet:

ZBW 1/2009
Konformitätserklärung für Sonderanfertigungen
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 2/2009
Aufbereitung von Medizinprodukten: Dokumentation der Freigabe zur Wiederverwendung
Dr. Norbert Struß, Freiburg

ZBW 3/2009
Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge – Was ändert sich?
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim

ZBW 4/2009
Arbeitskleidung versus Schutzkleidung
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 5/2009
Aufklärung und Dokumentation
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim

ZBW 6/2009
Speicherformat beim digitalen Röntgen
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen

ZBW 7/2009
Formulare als Praxishelfer im PRAXIS-Handbuch
Dr. Jürgen Carow, Flein

ZBW 8/2009
Patientenerhebungsbögen
Dr. Norbert Struß, Freiburg

ZBW 9/2009
Schutzhandschuhe in der Zahnarztpraxis
Dr. Christian Hoch, Reutlingen

ZBW 10/2009
Einsatz von Mundschutz in der Zahnarztpraxis
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim

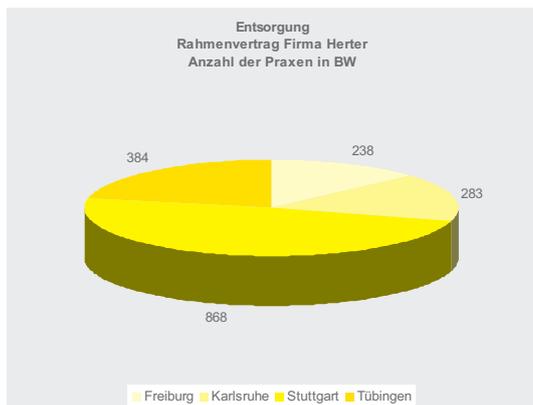
ZBW 11/2009
Surfen im Handbuch
Dr. Jürgen Carow, Flein

ZBW 12/2009
Der Teamgedanke in der Zahnarztpraxis
Dr. Norbert Engel, Mühlacker

Alle Pinnwand-Artikel sind im Internetauftritt der LZK BW unter www.lzk-bw.de in der Rubrik „Zahnärzte“ unter „Praxisführung“ archiviert und damit jederzeit abrufbar.

Zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Herter GmbH, Reutlingen, besteht seit dem Jahre 1989 ein Rahmenvertrag über die Entsorgung der in den Zahnarztpraxen anfallenden Abfall- und Reststoffe. Die Zusammenarbeit gestaltet sich sehr angenehm; insbesondere sind die Anpassungen an neue Gesetzeslagen immer schnell und einfach möglich.

Dem Rahmenvertrag sind 1.773 Zahnarztpraxen angeschlossen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke wie folgt:



Bereitstellung und Auswertung von Bioindikatoren für die Überprüfung von Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen

Der Rahmenvertrag zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und dem Landesgesundheitsamt Baden Württemberg über die Bereitstellung und Auswertung von Bioindikatoren für die Überprüfung von Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen in zahnärztlichen Praxen und Einrichtungen besteht seit 1998. Derzeit sind 5.876 Praxen dem Rahmenvertrag angeschlossen, was eine nahezu flächen-

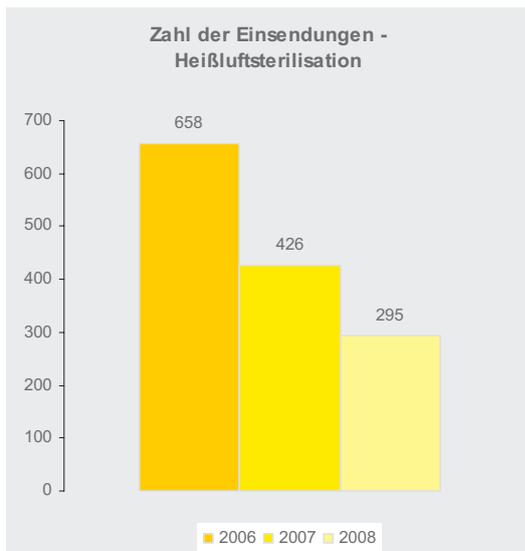
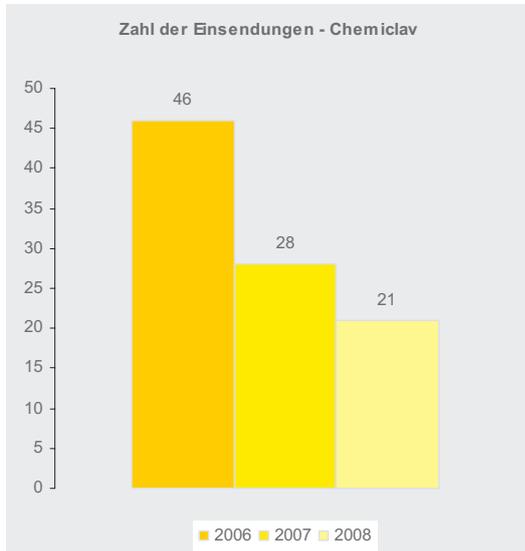
deckende Beteiligung bedeutet, die sich im Vergleich zum letzten Berichtsjahr deutlich gesteigert hat. Auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern aufgeteilt werden von 985 Praxen in Freiburg, von 1.136 Praxen in Karlsruhe, von 2.568 Praxen in Stuttgart und von 1.187 Praxen in Tübingen „Sporenstreifen“ eingesandt.

Im letzten Jahr wurden insgesamt 8.880 Rücksendungen (ein oder mehrere Verfahrensprüfungen) registriert, davon 7.245 Prüfungen der Dampfsterilisation (131 Beanstandungen), 295 mal der Heißluftsterilisation (11), 1.319 mal der Desinfektionsspülverfahren (11) und 21 mal der Sterilisation mit Chemiklaven (3).

Von den insgesamt nur 165 beanstandeten Ergebnissen waren in 50 Fällen sämtliche Prüfkörper der zurückgesandten Sets nicht vom jeweiligen Verfahren erfasst worden; d. h. die Testkeime waren von allen Prüfkörpern anzüchtbar („komplett beanstandet“).

Im letzten Bericht wurde darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Umsetzung der Medizinprodukte-Betreiberverordnung nur noch validierte Verfahren angewendet werden dürfen, deren Erfolg auch im Einzelfall nachvollziehbar gewährleistet ist. Die primär geeignete Technik ist somit die Dampfsterilisation. Die Aufbereitung mittels Chemiklaven und Heißluftsterilisation reicht somit nicht mehr aus.

Auch bei validierten Prozessen empfiehlt es sich, „Sporenstreifen“ halbjährlich bzw. bei Erreichen von 400 Aufbereitungszyklen einzusetzen. Neben der Chargendokumentation und Helixtests stellt der Einsatz der Sporenstreifen eine eigene halbjährliche Revalidierung des Gerätes dar.

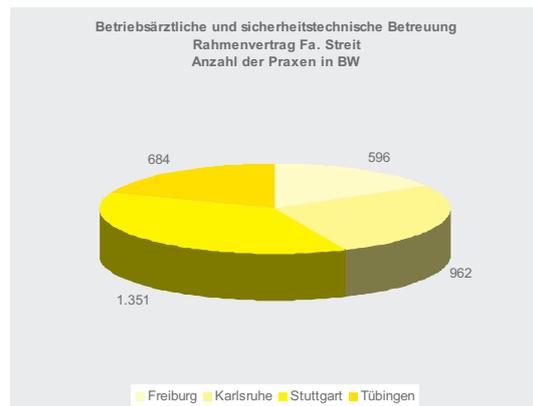


Rahmenvertrag Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung

Ein weiterer Rahmenvertrag für Kammermitglieder der LZK BW besteht seit 1998 zwischen der Firma Streit GmbH®, Bensheim und der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg über die betriebsärztliche und

sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxen.

Diesem Rahmenvertrag haben sich derzeit 3.593 Praxen angeschlossen. Die Aufteilung der beteiligten Praxen im Kammerbereich stellt sich wie folgt dar:



3.502 Praxen haben sich für die grund- und anlassbezogenen Betreuung entschieden. Das Betreuungsmodell der Regelbetreuung für Praxen mit mehr als 10 Vollbeschäftigten nehmen derzeit 91 Praxen in Anspruch.

Bei 2.207 Praxen wurde eine Gefährdungsbeurteilung nach den Vorgaben der Unfallverhütungsvorschrift BGV A 2 durchgeführt.

Rahmenverträge über die Anmietung von Fahrzeugen

Der seit 1. September 2003 bestehende Rahmenvertrag mit der Mietwagenfirma  Enterprise Rent-a-car, der für alle Kammermitglieder und deren Praxispersonal offen ist, hatte auch im Berichtsjahr Bestand.

Die Preisvorteile des Rahmenvertrages im Vergleich zum Privatkundentarif betragen je Fahrzeugkategorie bis zu 30 Prozent und umfassen sämtliche Mietwagenmodelle. Dar-

in enthalten sind eine Vollkaskoversicherung mit geringer Eigenbeteiligung, Zulassungsgebühren und alle gefahrenen Kilometer. Neben den besonders günstigen Wochenendpauschal-Tarifen wird ein kostengünstiger Abholservice im Radius von 15 Kilometern zur nächstgelegenen Zweigstelle angeboten.

Das Angebot des Rahmenvertrages mit den ermäßigten Konditionen sowie die dafür notwendige Identifikationsnummer zu erhalten, sind im Internetauftritt unter www.lzk-bw.de im geschlossenen Mitgliederbereich abrufbar.

Der Rahmenvertrag zwischen der Mietwagenfirma AVIS und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg besteht 2003. Rabatte, eine höherwertigere Ausstattung der Fahrzeuge ohne Aufpreis sowie ein sehr kostengünstiger Wochenendpauschaltarif stehen den

 Kammermitgliedern sowie dem Praxispersonal für das In- und Ausland zur Verfügung.

Kammermitglieder und ihr Praxispersonal profitieren von weltweit gültigen und günstigen Sonderkonditionen: Preissenkungen für Tagesstarife in allen Klassen bis 20 Prozent. Die Gebühren für Zustell- und Abholservice innerhalb der Grenzen des jeweiligen Stadtgebietes konnten um 25 Prozent gesenkt werden.

Detaillierte Informationen über die Konditionen des Rahmenvertrages sowie über die notwendige AWD-Nummer sind im Internet unter www.lzk-bw.de im geschlossenen Mitgliederbereich abrufbar.

Rahmenverträge Mobilfunk

Rahmenverträge der Landes Zahnärztekammer bestehen nach wie vor mit den Mobilfunkunternnehmern T-Mobile, e-plus+ und O2.

Spezielle Informationen zu allen Mobilfunk-Rahmenverträgen sind ebenfalls im ge-

schlossenen Bereich des Internetauftritts der LZK BW erhältlich. Aktuelle Monatsangebote im Bereich Mobilfunkgeräte und Zubehör sowie Tipps zur Abwicklung mit unseren Rahmenvertragspartnern sind ebenso wie Formulare zur An- oder Ummeldung eines bestehenden Mobilfunkvertrages in dieser Rubrik zu finden.

Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie

Haupthemen, mit denen sich der Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie im Berichtsjahr in seinen insgesamt zwei Sitzungen neben den Fachgesprächen beschäftigte waren insbesondere:

- die Genehmigung von Unterbrechungszeiten während der Weiterbildung sowie
- die Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung.

Auch das Thema Änderung der Muster-Weiterbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer wurde regelmäßig von den Mitgliedern des Weiterbildungsausschusses für Kieferorthopädie mit dem Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der Mitglied der Arbeitsgruppe der Geschäftsführer auf Bundesebene ist, die sich aus rechtlicher Sicht mit der Überarbeitung der Muster-Weiterbildungsordnung beschäftigt, diskutiert.



MITGLIEDER

Dr. Gabriele GÜDE, Freiburg, Vorsitzende
Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe, stv. Vorsitzender
Dr. Lutz ABEL, Stuttgart
Prof. Dr. Dr. Gernot GÖZ, Tübingen, Vorsitzender
Dr. Frauke JOOß, Ravensburg

Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 19.10.2009)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	96	109	170	75	450
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	12	15	18	5	50
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	2	3	1	6	12
ohne zahnärztliche Tätigkeit	33	43	27	23	126
Gesamt	143	168	215	109	635

Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Kieferorthopädie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2009)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	23
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	28
Gesamt	51

Ermächtigte niedergelassene „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 10/2009)

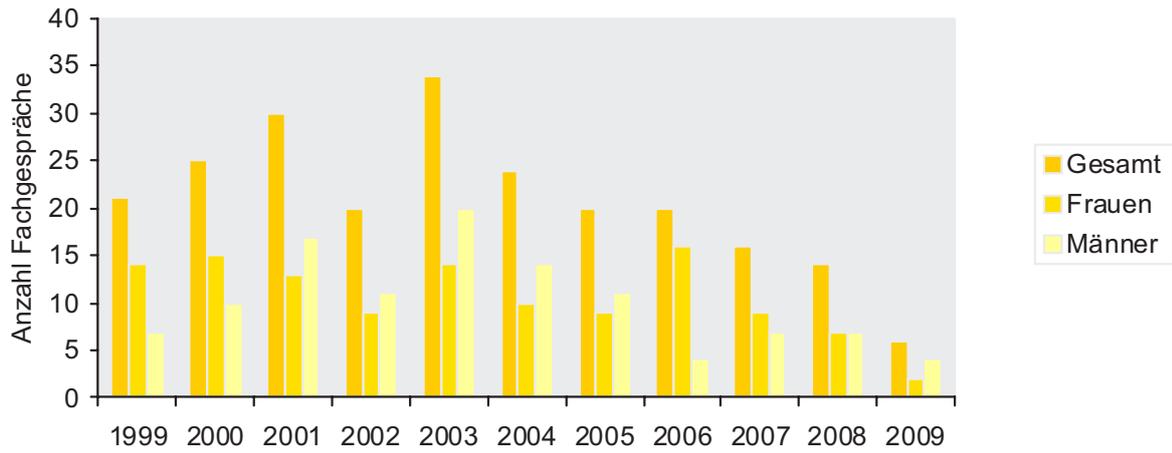
	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 2-jähriger Ermächtigung	17	27	33	21	98
mit 3-jähriger Ermächtigung				1	1

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN

Durchgeführte Fachgespräche seit 1999

Frauen-/Männeranteil
durchgeführte Fachgespräche



Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie

Neben den zahlreich durchgeführten Fachgesprächen zur Erlangung der Gebietsbezeichnung „Fachzahnarzt/ Fachzahnärztin für Oralchirurgie“ beschäftigte sich der Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie in seinen sechs Sitzungen auch mit folgenden Themen:

- Anerkennung von zahnärztlichen Tätigkeiten in Drittstaaten als allgemein-zahnärztliches Jahr gemäß der Weiterbildungsordnung.
- Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung
- Genehmigung von Unterbrechungszeiten während der Weiterbildung und Anerkennungen der abgeleisteten Weiterbildungszeiten
- Erarbeitung des Operationskataloges der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg
- Änderung der Muster-Weiterbildungsordnung
- Aktualisierung des Antrags auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung

Anerkennung von zahnärztlichen Tätigkeiten in Drittstaaten

Die Gleichwertigkeit dieser allgemein-zahnärztlichen Tätigkeiten wird im Rahmen

von „fachlichen Gesprächen“ vom Weiterbildungsausschuss überprüft.

Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung

Gemäß der Weiterbildungsordnung können Anträge auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung für zwei oder drei Jahre gestellt werden. Nach Prüfung der formalen Voraussetzungen durch Vorlage des schriftlichen Antrages wird die Antragstellerin oder der Antragsteller zu einem „kollegialen Gespräch“ eingeladen. Es wurden drei Anträge formal überprüft, zwei für die Weiterbildungsermächtigung für zwei Jahre und ein Antrag auf die Weiterbildungsermächtigung für drei Jahre. Im Berichtsjahr wurde ein „kollegiales Gespräch“ geführt, ein weiteres steht noch aus.



OP-Katalog

Zur Konkretisierung der Zulassungsvoraussetzungen zum Fachgespräch hat der Weiterbildungsausschuss einen

Operationskatalog mit Mindestanforderungen erarbeitet, um damit den hohen Standard der fachspezifischen Weiterbildung zu bewahren und dem Vorstand vorzuschlagen, die Erfüllung des Operations-Katalogs als Zulassungsvoraussetzung für die Ableistung des Fachgesprächs zu verankern.

Der Vorstand der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich der Empfehlung des Weiterbildungsausschusses angeschlossen, künftig die Zulassung zum

MITGLIEDER

Dr. Frank KEHRER, Backnang, Vorsitzender
Dr. Dr. Hans Thomas EICHE, stv. Vorsitzende
Prof. Dr. Dr. Hannes SCHIERLE, Karlsruhe
Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN, Freiburg
Dr. Angelika VOGEL, Tübingen

Fachgespräch von der Vorlage des vorgenannten Operationskataloges abhängig zu machen. Der Nachweis über die Durchführung der Eingriffe nach dem Operationskatalog ist somit künftig zwingende Voraussetzung für die Zulassung zum Fachgespräch. Der Operations-Katalog der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ist auf der Internetseite www.lzk.de/Zahnärzte/Weiterbildung abrufbar.

Des Weiteren lagen der Abteilung Aus-, Fort- und Weiterbildung der LZK-Geschäftsstelle auch elf Anträge von Mund-Kiefer-Gesichtschirurgen auf Erteilung der Fachgebietsbezeichnung „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ vor. Nach Sichtung der Unterlagen konnte den Antragstellern die Anerkennung „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ ausgesprochen werden.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN

Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 19.10.2009)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	79	76	145	57	357
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	5	16	15	4	40
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	3	4	9	9	25
ohne zahnärztliche Tätigkeit	10	12	21	15	58
Gesamt	94	108	189	85	867

Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Oralchirurgie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2009)

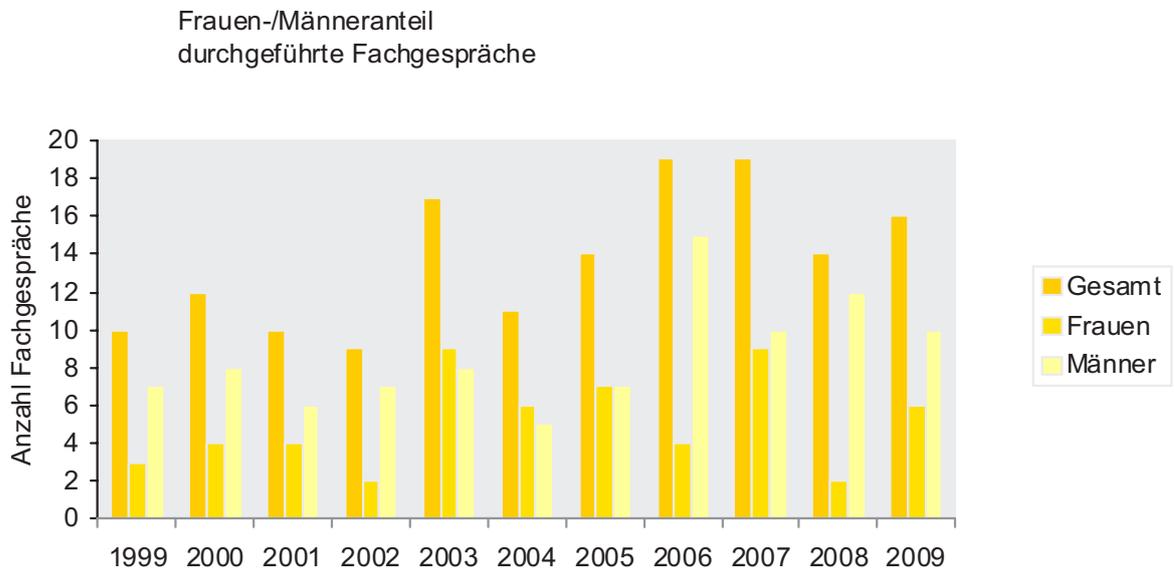
bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	30
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	*67
Gesamt	97

* In dieser Zahl sind teilweise auch Weiterbildungsassistenten enthalten, die die ärztliche Weiterbildung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ absolvieren

Anzahl der ermächtigten niedergelassenen „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 10/2009)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 1-jähriger Ermächtigung		1	10	2	13
mit 2-jähriger Ermächtigung	4	10	18	5	37
mit 3-jähriger Ermächtigung	1	1	6	1	9

Durchgeführte Fachgespräche



Anträge auf Ermächtigung

	Anzahl
a)	
2-jährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags	
Überprüfung der formalen Voraussetzungen	2
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Erteilung der Ermächtigung	1
b)	
3-jährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags	
Überprüfung der formalen Voraussetzungen	1
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Empfehlung an den LZK-Vorstand zur Erteilung der Ermächtigung	
Ein „kollegiales Gespräch“ steht im Berichtsjahr 2009 noch aus.	

Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen

Zu Beginn der 14. Kammerperiode konstituierte sich der Ausschuss im Rahmen seiner Sitzung am 5. März 2009 in Karlsruhe. Neben dem Vorsitzenden, Dr. Klaus-Peter Rieger, Reutlingen, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Bernd Stoll, Albstadt, verstärken Dr. Robert Heiden, Karlsruhe, Dr. Helmut Schönberg, Fellbach und Dr. Peter Riedel den Ausschuss in altbewährter Manier, sodass die konstruktive Sacharbeit in unveränderter Weise aufgenommen werden konnte.

Themenschwerpunkte rund um den Bereich der Aus- und Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gesundheits- und

Arbeitsmarktpolitik, die sich unmittelbar auf die Aus- und Fortbildung auswirken, standen im Berichtsjahr im Mittelpunkt des Ausschusses. So beschäftigte sich der Ausschuss beispielsweise mit der Thematik der Ausbildungsabbrüche im Bereich der dualen Ausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten. Hierzu wurde vonseiten des Bundesministeriums für Forschung und Bildung ein Projekt ins Leben gerufen, das derzeit in der Testregion München anläuft und Mitte des Jahres 2010 auf weitere Großstädte in Süddeutschland ausgeweitet werden soll. Der Bundesverband der Freien Berufe, der an diesem Projekt vonseiten der Freien Berufe federführend teilnimmt, warb in diesem Zusammenhang bei seinen Mitgliedern um eine entsprechende Unterstützung auf regionaler Ebene. Die Modellregion München, die Mitte des Jahres startete, stellt neuen Auszubildenden sogenannte Senior Experten zur Verfügung, die

eine zusätzliche Serviceleistung zu den Ausbildungsberatern in den Bezirken darstellen sollen. Senior Experten sollen Auszubildende beispielsweise im Rahmen der Sozialkompetenz und Lernmotivation führen und fördern und im Rahmen der Prüfungsvorbereitung unterstützend tätig sein. Diese Maßnahmen sollen nicht zuletzt Ausbildungsabbrüche in den dualen Berufsausbildungen verhindern, sodass ein erfolgreicher Berufsausbildungsabschluss erreicht

werden kann. Das definierte Ziel auf Bundesebene lautet, ein Mehr an Qualifikation durch Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen um so mehr Menschen zu qualifizieren und diesen durch die erworbenen Kenntnisse und

Fertigkeiten auf dem Arbeitsmarkt größere Chancen einzuräumen. Die Ausschussmitglieder kamen im Rahmen der Sitzung zu dem Ergebnis, dass diese Thematik bei den Auszubildenden zur/zum Zahnmedizinischen Fachangestellten eher von untergeordneter Bedeutung ist, da Ausbildungsabbrüche in diesem Berufsbild meist erfolgen, wenn Auszubildende beispielsweise einen anderen Beruf erlernen wollen. Dennoch wurde dem Bundesverband der Freien Berufe die Unterstützung zugesagt, sodass der Vorsitzende des Ausschusses künftig als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Stiftung Begabtenförderung ausgebaut

Die Attraktivität des Berufsbildes Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r spiegelt sich in den zahlreichen Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten wieder, die vom Bereich der Verwaltung (Zahnmedizinische Verwaltungs-



MITGLIEDER

Dr. Klaus Peter RIEGER, Reutlingen, Vorsitzender
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, stv. Vorsitzender, Referent BZK Tübingen
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent BZK Karlsruhe
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Referent BZK Freiburg
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, Referent BZK Stuttgart

assistentin, ZMV) auch alle Facetten im Bereich der Stuhlassistenz, von der Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP) bis zur Dentalhygienikerin (DH) abdeckt. Diese und weitere Fortbildungsmöglichkeiten stehen den Auszubildenden mit dem erfolgreichen Absolvieren der Ausbildungsabschlussprüfung zur Verfügung.



Als zusätzlicher Motivationsschub zählt nunmehr die Möglichkeit in das Programm „Begabtenförderung berufliche Bildung“ aufgenommen werden zu können. Die Stiftung Begabtenförderungswerk berufliche Bildung (SBB) arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und führt das Förderprogramm durch. Die zur Verfügung stehenden Fördermittel erlauben es, dass sich junge Zahnmedizinische Fachangestellte, die einen Berufsausbildungsabschluss mit der Note 1,9 und besser erzielt haben und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Förderungen für Aufstiegsfortbildungen erhalten können. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg verwaltet als zuständige Stelle die Fördermittel und möchte auch mit diesem Anreiz die Attraktivität des Berufsbildes Zahnmedizinische Fachangestellte steigern. So stehen für das laufende Jahr für Zahnmedizinische Fachangestellte in Baden-Württemberg finanzielle Mittel bereit, um insgesamt 35 Stipendiatinnen und Stipendiaten zu fördern, wobei jedes Jahr rund 30 Neuaufnahmen erfolgen können. Gute und motivierte Zahnmedizinische Fachangestellte erhalten somit die Möglichkeit sich für das Programm zu bewerben, um nach einer möglichen Aufnahme Fördergelder für bis zu drei Jahre, erhalten zu können. Mit der Eingliederung der Bearbeitung bei der Abteilung für Zahnmedizinische Fachangestellte wurde die Abwicklung optimiert.

zur Verfügung stehenden Fördermittel erlauben es, dass sich junge Zahnmedizinische Fachangestellte, die einen Berufsausbildungsabschluss mit der Note 1,9 und besser erzielt haben und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Förderungen für Aufstiegsfortbildungen erhalten können. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg verwaltet als zuständige Stelle die Fördermittel und möchte auch mit diesem Anreiz die Attraktivität des Berufsbildes Zahnmedizinische Fachangestellte steigern. So stehen für das laufende Jahr für Zahnmedizinische Fachangestellte in Baden-Württemberg finanzielle Mittel bereit, um insgesamt 35 Stipendiatinnen und Stipendiaten zu fördern, wobei jedes Jahr rund 30 Neuaufnahmen erfolgen können. Gute und motivierte Zahnmedizinische Fachangestellte erhalten somit die Möglichkeit sich für das Programm zu bewerben, um nach einer möglichen Aufnahme Fördergelder für bis zu drei Jahre, erhalten zu können. Mit der Eingliederung der Bearbeitung bei der Abteilung für Zahnmedizinische Fachangestellte wurde die Abwicklung optimiert.

Berufsbild bewerben

Regelmäßig finden vor Beginn eines Ausbildungsjahres regionale Ausbildungsmessen statt, bei denen Kurzporträts verschiedener Ausbildungsberufe vorgestellt werden. Schulabgängerinnen und Schulabgängern wird hier eine Orientierung geboten, um die Auswahl des richtigen Berufsbildes zu erleichtern und Möglichkeiten und Perspektiven für den Start ins Berufsleben aufzuzeigen. Der Ausschuss diskutierte in diesem Zusammenhang verschiedene Möglichkeiten, die Attraktivität des Berufsbildes Zahnmedizinische/r Fachangestellte hervorzuheben und kam zu dem Ergebnis, dass vonseiten des Informationszentrums für Zahngesundheit (IZZ) verstärkter Kontakt zu den Printmedien aufgenommen werden soll. So kann bereits im Vorfeld von Ausbildungsmessen eine Bewerbung des Berufsbildes Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r erfolgen.



Dezentrale Fortbildung

Die dezentrale Fortbildung für Zahnmedizinische Fachangestellte komplettiert in Baden-Württemberg das Angebot der kamereigenen Fortbildungsinstitute, sodass im gesamten Kammerbezirk eine hohe Dichte an Fortbildungsmöglichkeiten besteht. Im Rahmen der dezentralen Fortbildung können bestimmte Aufstiegsfortbildungen in dafür

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Thorsten BECK
Annerose HAUBER

ermächtigten Zahnarztpraxen absolviert werden. Für diese Zahnarztpraxen finden regelmäßig Ermächtigungsveranstaltungen statt, in denen über die Fortbildungsinhalte und Fortbildungsregelungen informiert wird. Aufgrund stetiger Veränderungen im Bereich der Fortbildung war es dem Ausschuss ein besonderes Anliegen, die Veranstaltung künftig praxisorientierter zu gestalten, um so verstärkt den Ansprüchen der zahnärztlichen Kolleginnen und Kollegen Rechnung zu tragen.

Einsatzrahmen Zahnmedizinische Fachangestellte

Eine Überarbeitung des „Einsatzrahmen Zahnmedizinische Fachangestellte“, der als Bundeskonsens in der Vergangenheit von allen Länderkammern anerkannt und mithin als Handlungsempfehlung für das Einsatzgebiet der aus- und fortgebildeten Zahnmedizinischen Fachangestellten herangezogen wurde, verabschiedete der Vorstand der Bundeszahnärztekammer im September dieses Jahres nach vorausgegangener kontroverser Diskussion. Der geänderte Einsatzrahmen zeigt die Grundlagen, individuellen Voraussetzungen und Konsequenzen von Delegationen im Rahmen des Zahnheilkundengesetzes auf und lässt einen sehr weiten Interpretationsspielraum zu. Bereits im Vorfeld hatte der LZK-Vorstand auf Anraten des Ausschusses bei der Bundeszahnärztekammer interveniert und eingebracht, dass der vorgelegte Entwurf vonseiten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg nicht zustimmungsfähig sei, da sich der bisher bestehende Delegationsrahmen im Kammerbezirk der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg seit vielen Jahren bewährt habe



und mehrere Eckpunkte in dem neuen Einsatzrahmen unberücksichtigt blieben. So gewährleistete der bisherige Bundeskonsens beispielsweise eine kurze und prägnante Übersicht anhand eines Matrixrasters, in welchen Bereichen die fortgebildete Zahnmedizinische Fachangestellte eingesetzt werden konnte. Der vorgelegte Entwurf enthalte dieses Matrixraster nicht mehr und überlasse die Einschätzung, welche Leistungen delegiert werden können der Eigenverantwortung des Praxisinhabers. Darüber hinaus wurde der Einsatzrahmen schriftlich formuliert und erweitert, sodass nunmehr die rechtlichen Voraussetzungen ausführlich und



mithin nicht zuletzt über ein ausreichendes Maß hinaus erläutert werden. Hierdurch wird die bisher kurz und prägnant gefasste Information für den zahnärztlichen Behandler intransparent und gerät in den Hintergrund. Der Ausschuss empfahl dem Vorstand, das bewährte Prozedere des baden-württembergischen Einsatzrahmens mit Matrixraster

beizubehalten und keine Öffnung, die lediglich zur Verwirrung in den Praxen führen würde, durchzuführen. Das Ziel, ein funktionierendes und anerkanntes Einsatz-/Delegationsschema für die Zahnärztlichen Mitarbeiter/innen zu erhalten wurde als hohes Gut gesehen, das sich in der Praxis hinreichend bewährt hat. Diese Vorgehensweise erlaube der Einsatzrahmen der Bundeszahnärztekammer grundsätzlich, da

es den einzelnen Länderkammern frei steht, auf Grundlage der vermittelten Fortbildungsinhalte im Rahmen der im jeweiligen Kammerbereich gültigen Fortbildungsordnungen, zusätzliche Empfehlungen abzugeben. Allerdings wird damit dem ursprünglichen Gedanken, einen bundesweit einheitlichen Einsatzrahmen als Bundeskonsens zu erhalten, nicht entsprochen, da jeder Länderkammer nunmehr die Ausgestaltung des Einsatzrahmens offen steht und somit die deutsche Zahnärzteschaft nicht mit einer Stimme spricht.

Gerostomatologie

Im letzten Jahresbericht wurde das anstehende Pilotprojekt vorgestellt und die geplante Vorgehensweise kurz erläutert. Vor dem Hintergrund, spezielle zahnmedizinische



Themen auch in der Altenpflegeausbildung zu vermitteln, um so die Pflegebedürftigen im Rahmen der häuslichen Grundpflege - zu der auch die Zahnpflege zählt - optimal betreuen zu können, arbeitete der Vorsitzende des Ausschusses dem Arbeitskreis Alters- und Behindertenzahnheilkunde entsprechend zu. Als weiterer wichtiger Baustein der die stetig ändernden Umweltbedingungen,

Stichwort: demografische Entwicklung der Bevölkerung, berücksichtigt, wird ein Pilotkurs „Alters- und Behindertenzahnheilkunde“ für Zahnmedizinische Fachangestellte am kammereigenen Fortbildungsinstitut eingeführt. Mit diesem Kurs wurde das Ziel formuliert, eine optimale Mundhygiene-Betreuung von immobilen Patienten in den Pflegeheimen auch zukünftig zu garantieren

und im Hinblick auf die demografische Entwicklung zu erhalten.

BZÄK-Koordinierungskonferenz

Im Herbst des Jahres fand die diesjährige Koordinierungskonferenz der Referenten für Zahnmedizinische Fachangestellte bei der Bundeszahnärztekammer statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene diskutiert, die den Bereich der Aus- und Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten tangieren. So wurde über den aktuellen Sachstand zum Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen durch den Geschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe berichtet. Bereits im Jahre 2006 haben sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz darauf verständigt, gemeinsam einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR) zu entwickeln. Mit dem DQR wird erstmals eine umfassende, bildungsübergreifende Matrix zur Einordnung von Qualifikationen erstellt werden, die die Orientierung im deutschen Bildungssystem erheblich erleichtern soll. So beschreibt der DQR auf acht Niveaustufen fachliche und personale Kompetenzen, an denen sich die Einordnung der Qualifikationen orientiert, die in der allgemeinen, der Hochschulbildung und der beruflichen Bildung erworben werden. Ausgangspunkt für diese Entscheidung ist der Europäische Qualifikationsrahmen, der als Referenzinstrument zum Vergleich der landesunterschiedlichen Aus- und Fortbildungen herangezogen werden soll. Ziel ist es, diese landesunterschiedlichen Aus- und Fortbildungen anhand eines Punktesystems und einer Bewertungsskala vergleichbar (er) zu machen. Derzeit sind die Arbeitsgruppen damit beschäftigt, die verschiedenen Niveaustufen zu definieren und entsprechend zu gewichten. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Koordinierungskonferenz aktuelle Sachverhalte aus den

einzelnen Ländern behandelt und kontrovers diskutiert. Ziel der Koordinierungskonferenz ist die konsensfähige Verabschiedung von entsprechenden Handlungsempfehlungen an den Vorstand der Bundeszahnärztekammer sowie die einzelnen Referenten aus den Länderkammern, sodass die Zahnärzteschaft im Bereich der Aus- und Fortbildung nach Möglichkeit mit einer Stimme spricht.

Landeszahnärztetag 2010

Unter dem Tagungsthema „High Tech - High Touch“ wird der Landes Zahnärztetag 2010 am 29. und 30. Oktober auf der Landesmesse Stuttgart stattfinden und auch ein interessantes Fortbildungsprogramm für die Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen enthalten. Vorträge zum Thema Kommunikation und Motivation, zielgruppenorientierte Präphylaxestrategien sowie Themen, die durch die stetig ändernden Rahmenbedingungen und die hiermit einhergehenden neuen Anforderungen an die Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen notwendig werden, stehen auf der Agenda und wurden vom Ausschuss in diesem Jahr erstmals beraten. Das bewährte Tagungscluster von Freitagmittag bis Samstagmittag soll auch im kommenden Jahr bei der alle zwei Jahre turnusmäßig stattfindenden Veranstaltung zum Einsatz kommen.

Berufsbildungsausschuss

Am 22. Oktober 2009 fand die konstituierende Sitzung des Berufsbildungsausschusses statt. Er ist das bedeutendste bildungspolitische Gremium der Kammer, das jetzt seine über vier Jahre laufende Amtsperiode begann. Als Vertreter der Arbeitnehmerseite wurde Ingeborg Scheble als Vorsitzende und von der Arbeitgeberseite Dr. Klaus-Peter Rieger als stv. Vorsitzender gewählt.

Aufgaben

Der Berufsbildungsausschuss ist gemäß dem Berufsbildungsgesetz in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung durch die Kammer zu unterrichten und zu hören. Alle von der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg beabsichtigten Regelungen zur Steuerung der Aus- und Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten sind von ihm zu beschließen und werden der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist dabei die Qualitätsüberwachung in der Aus- und Fortbildung. Bei der Vielzahl der beruflichen Bildungsaktivitäten im Kammerbezirk hat der Berufsbildungsausschuss eine wichtige Funktion im Rahmen der zahnärztlichen Selbstverwaltung. Die besondere Bedeutung wird auch durch seine paritätische Besetzung deutlich. Ihm gehören jeweils sechs von der Vertreterversammlung gewählte Kammermit-

glieder sowie sechs Arbeitnehmervertreter und sechs Lehrervertreter aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen an. Die Entwicklung von allen Seiten zu akzeptierender Regelungen verlangt von allen Beteiligten den unbedingten Willen zur Kooperation.

Fortbildungsordnungen novelliert

Erlassende Rechtsvorschriften bedürfen einer stetigen Novellierung um die aktuellen Entwicklungen im Bereich des beruflichen Tätigkeitsgebietes der Zahnmedizinischen Fachangestellten entsprechend abzubilden. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich der Berufsbildungsausschuss im Rahmen seiner Sitzung mit der Änderung von insgesamt sechs Ordnungen, darunter die

ZFA-Abschlussprüfungsordnung, ZFA-Prüfungsordnung für den fachkundlichen Nachweis, ZMP-Prüfungsordnung, ZMF-Prüfungsordnung, ZMV-Prüfungsordnung sowie der DH-Prüfungsordnung die im Sommer des kommenden Jahres der Vertreterversammlung

der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Verabschiedung vorgelegt werden sollen.

Weitere Schwerpunkte

Neben der Umsetzung des lernfeldorientierten Unterrichts an den Berufsschulen



ARBEITGEBERVERTRETER

Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen, stv. Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN

Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen, Vorsitzende
Renata FRECH Neckartenzlingen,
Margret REICHERT-SCHMID, Steinenbronn
Stefanie TEIFEL, Schrozberg
Elke HERBIG, Ludwigshafen
Annelie SCHWADERER, Stuttgart

sowie Fragen die im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten in der täglichen Praxis auftreten, wurden statistische Entwicklungen zu den Ausbildungszahlen und konjunkturellen Entwicklungen diskutiert.



Hier sah es der Ausschuss als wichtige Aufgabe an, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten entsprechend zu bewerben um die Attraktivität deutlich zu machen. Nicht nur die breit gefächerten Fortbildungsmöglichkeiten, auch die Arbeit im Team und mit Menschen spricht nach Ansicht des Ausschusses nach wie vor für ein attraktives Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten.

LEHRKRÄFTE AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

OStD Karlheinz KÄRPFER, Heilbronn
StDin Eva LEDERER, Ludwigsburg
StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg
StR Roland HEIDLER, Rastatt
StD Albert MERGELSBERG, Freiburg
OStR Helmut HAGMEIER, Tübingen

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Thorsten BECK
Annerose HAUBER

Fachausschüsse für ZFA

Zwischen- und Abschlussprüfung

Die **Fachausschüsse für die Zwischen- und Abschlussprüfung** haben im Wesentlichen die Aufgabe, die in den Prüfungsordnungen formulierten Regelungen entsprechend anzuwenden um Aufgaben für die Zwischen- und Abschlussprüfung zu erarbeiten. Darüber hinaus wird im Rahmen der jährlich stattfindenden Sitzung der Prüfungsablauf reflektiert, um mögliche aufgetretene Mängel künftig zu vermeiden. Auch die bereits gestellten Prüfungsaufgaben sind dabei Gegenstand der Diskussion. Durch die überregionale Erstellung der Prüfungsaufgaben werden Kritik- und Verbesserungsvorschläge im Rahmen der Sitzungen besprochen. Somit sind die **Fachausschüsse** um die Auswahl der profilgebenden Qualifikationen im Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten und die stetige Weiterentwicklung praxisnaher Prüfungsaufgaben sehr bestrebt. Unverzichtbare Merkmale der Qualität dieser Prüfungsaufgaben sind Objektivität, Validität, Reliabilität und Wirtschaftlichkeit. Prüfungsaufgaben sind dann objektiv, wenn sie zu Prüfungsergebnissen führen, die vom Prüfungsausschuss, der die Zwischen- oder Abschlussprüfung abnimmt, unabhängig sind. Prüfungsfragen sind somit gültig, wenn sie Qualifikationen – berufsfachliche Kompetenz – messen. Dass Prüfungsaufgaben auch wirtschaftlich sein sollten, braucht in einer Zeit wachsenden Kostendrucks in der Arbeitswelt nicht betont zu werden. Somit werden die fachlichen und beruflichen Interessen der Arbeitgeber/innen und der Arbeitnehmer/innen entsprechend berücksichtigt.

Der **Fachausschuss Zwischenprüfung** für Zahnmedizinische Fachangestellte führte im März dieses Jahres seine Sitzung durch.

Leichte Zunahme an Prüflingen zu verzeichnen

An der Zwischenprüfung 2009 haben insgesamt 1.429 Prüflinge teilgenommen, was im Vergleich zum Jahr 2008 (1.365 Prüflinge) eine Zunahme von 4,7 % bedeutet.

Der Gesamtnotendurchschnitt lag in 2009 in Behandlungsassistenz bei einer Note von 2,0 (Vorjahr 2,4), in Abrechnungswesen bei 2,5 (Vorjahr 2,3) und in Praxisorganisation und -verwaltung bei 3,8 (Vorjahr 2,7).

Notendurchschnitt im Vergleich zu allen Berufsschulen

In diesem Zusammenhang zeigt die nachstehende Grafik auf, dass in allen 25 Berufsschulen ähnliche Ergebnisse erzielt werden. Der Gesamtnotendurchschnitt bewegt sich im Mittel zwischen 2,0 und 2,6.

Der **Fachausschuss Abschlussprüfung** für Zahnmedizinische Fachangestellte führte im Berichtsjahr zwei Sitzungen durch.

An der Sommer-Abschlussprüfung 2009 haben insgesamt 1.283 Prüflinge teilgenommen, was im Vergleich zu den beiden vorausgegangenen Jahren einen Rückgang um 4,1 Prozent zum Jahr 2008 (1.338 Prüflinge) bzw. 12 Prozent zum Jahr 2007 (1.458 Prüflinge) bedeutet.

Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung

Die nachstehende Tabelle zeigt die einzelnen Ergebnisse des jeweiligen Prüfungsteils detailliert auf.

**FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG
ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN**
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Vorsitzender
Dr. Elisabeth HILLERICH, Ulm
ZA Dieter Lorenz, Ludwigsburg
ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN
Johanna KAPP, Tübingen, stv. Vorsitzende
Nadja PFISTER, Herxheim
Jacqueline MÜLLER, Stuttgart

**FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG
LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**
StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach,
StR Roland HEIDLER, Ettlingen
StR Jürgen ZINSER, Stuttgart

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSTELLE
Thorsten BECK
Annerose HAUBER

**Zwischenprüfung Zahnmedizinische Fachangestellte
Notenstatistik vom 25. Juli 2009**

Durchschnittsnote je Fach in Baden-Württemberg im Vergleich zu allen Berufsschulen.

Berufsschulen in BW	Anzahl Azubis	Durchschnittsnote
Freiburg	97	2,4
Konstanz	51	2,3
Offenburg	50	2,3
Rheinfelden	34	2,4
Rottweil	56	2,4
Waldshut	24	2,3
Heidelberg	65	2,4
Karlsruhe	101	2,3
Mannheim	46	2,6
Pforzheim	37	2,4
Rastatt	32	2,3
Heilbronn	100	2,3
Ludwigsburg	71	2,5
Nürtingen	50	2,4
Schorndorf	83	2,5
Stuttgart	93	2,4
Sindelfingen	52	2,6
Aulendorf	87	2,3
Tübingen	105	2,2
Ulm	82	2,2
Horb	22	2,3
Mosbach	13	2,2
Ellwangen	30	2,3
Bad Mergentheim	18	2,0
Geislingen	30	2,1
Baden-Württemberg gesamt	1.429	2,3

**FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG
ARBEITGEBERVERTRETER/ BEISITZER**

Dr. Meinhard GEORG, Ladenburg, Vorsitzender
 Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, stv. Vorsitzender
 Dr. Susanne HANDTMANN, Tübingen
 Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe
ARBEITNEHMERVERTRETER
 Gabriele DAVID-GREUNKE, Weingarten
 Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

**FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG
LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**

StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg
 StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach
 LiA Waltraud GORZAWSKI-ECKERT, Freiburg
 StR Katja REIFFER, Karlsruhe

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSTELLE
 Thorsten BECK
 Annerose HAUBER

Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung 2009

Bezirkszahnärztekammer	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	BW
Gesamtergebnis Schriftlicher Teil					
Behandlungsassistenz	2,7	2,8	2,6	2,8	2,7
Praxisorganisation und -verwaltung	2,7	2,7	2,8	3,0	2,8
Abrechnungswesen	3,0	3,1	3,2	3,1	3,1
Wirtschafts- und Sozialkunde	3,0	3,2	3,0	3,1	3,1
Gesamtergebnis Praktischer Teil					
	2,3	2,3	2,2	2,4	2,3
Zahl der Teilnehmer	295	293	446	249	1.283
Bestanden	287	282	429	239	1.237
Nicht bestanden	8	11	17	10	46
RÖV-Punkte (von max. 14 ausgehend)					
Zahl der Teilnehmer	295	294	445	249	1.283
Bestanden	281	261	394	213	1.149
Nicht bestanden	14	33	51	36	134

Prophylaxeausschuss

Am 14. Mai 2009 konstituierte sich der Prophylaxeausschuss der Landes-zahnärztekammer Baden-

Württemberg. Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Böblingen, wurde wieder zur Vorsitzenden gewählt und ist somit auch Prophylaxereferentin der LZK BW für die 14. Kammerperiode. Als stellvertretende

Vorsitzende wurde Dr. Carla Tornier, Emmendingen, in ihrem Amt bestätigt.

Verweisungsverfahren

Bereits 2006 wurde sowohl von der Landes-arbeitsgemeinschaft für Zahn-gesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) als auch vom Prophylaxeaus-schuss die Empfehlung zur zahnärztlichen

Vorsorgeuntersuchung entsprechend der Richtlinien zur Durchführung der Jugendzahn-pflege des Sozialministeriums BW überarbeitet. Ziel war es, mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales abzuklären, ob zur Verbesserung der Akzeptanz des Verweisungs-scheins unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben ein Bestätigungsvermerk der Zahnarztpraxis auf dem Vordruck möglich ist. Das Ministerium für Arbeit und Soziales BW hat mitgeteilt, dass im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendzahn-pflege das Verweisungsverfahren verlassen wird, da dieses einen zu hohen Aufwand erfordert bei einer wenig funktionierenden Rückkoppelung des „grünen Scheines“ (Vordruck 1 der Richtlinien zur Durchführung der Jugendzahn-

pflege des Sozialministeriums BW); hinzu kommen datenschutzrechtliche Aspekte.

Der Prophylaxeausschuss hat erneut die Thematik aufgegriffen, das Verweisungsverfahren in Anlehnung an den Vordruck 1 der Richtlinien zur Durchführung der Jugend-

zahn-pflege des Sozial-ministeriums BW vom 15.11.2004 weiter durchzuführen. Dies auch deshalb, weil im Rahmen der Neuordnung der Gruppenprophylaxe eine Vielzahl von Kindern aufgrund reduzierter Reihenunter-suchungen nicht mehr erfasst werden. Die Prophylaxereferentin der LZK BW wurde beauftragt, sich in der LAGZ-

Vorstandssitzung für die weitere Durchführung des Verweisungsverfahrens einzusetzen.

Zahnärztlicher Kinderpass

Auch im Berichtsjahr hat sich der Prophylaxeausschuss mit dem vom Informationszentrum Zahngesundheit BW herausgegebenen Zahnärztlichen Kinderpass beschäftigt. Der Zahnärztliche Kinderpass wendet sich an junge Eltern und sieht zwei Zahnvorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft sowie zwei weitere Vorsorgeuntersuchungen des Kindes im 6. und 20. Lebensmonat vor. Ziel des Kinderpasses ist es, die stagnierend hohe Milchzahnkariesrate durch bessere Information der



MITGLIEDER

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, Vorsitzende

Dr. Carla TORNIER, Emmendingen, stv. Vorsitzende

Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH, Karlsruhe

Dr. Manfred JOOß, Ravensburg

Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Guido Elsässer, Kernen-Stetten

Eltern und frühzeitiges Überwachen der Kinderzähne zu senken.

Neben der bereits erfolgten Verteilung des Passes an Frauenärzte, Hebammen, Entbindungskassen, Kinderärzte und Krankenkassen sollten vor allem auch Zahnärzte diesen Pass an schwangere Patientinnen

verteilen. Der Pass kann kostenlos über die Versandstelle des jeweiligen Zahnärzthauses angefordert werden.

Zahnrettungsbox

Nachdem bekannt wurde, dass die Unfallkasse in Hessen sämtliche Schulen und Bäder mit Zahnrettungsboxen ausgestattet hat, hat der Prophylaxeausschuss beschlossen, die Unfallkasse in Baden-Württemberg auf diese sinnvolle Aktion hinzu-

weisen, um eine flächendeckende Verteilung von Zahnrettungsboxen in Schulen und Schwimmbädern auch in Baden-Württemberg anzustreben.

Darüber hinaus informiert auch das Zahnunfallposter über das richtige Vorgehen nach einem Zahnunfall. Dieses Poster kann kostenlos beim Informationszentrum Zahngesundheit angefordert werden.

Gewinnung von Patenzahnärzten

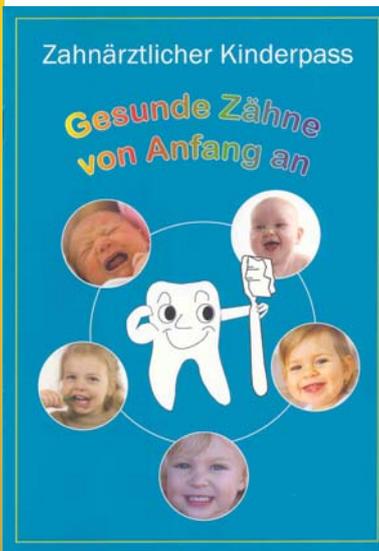
Ein weiteres Thema war die Gewinnung von Patenzahnärzten in der Gruppenprophylaxe. So gibt es in zehn von 37 Arbeitsgemeinschaften keine oder nur wenige Zahnärzte, die sich in der Gruppenprophylaxe in Kinder-

gärten oder Schulen engagieren. Um mehr Zahnärzte für die Mitarbeit als Patenzahnärzte im Rahmen der Gruppenprophylaxe zu gewinnen, hat der Prophylaxeausschuss vorgeschlagen, sowohl auf den Sitzungen der Kreisvereinigungen als auch bei Informationsveranstaltungen für neue niedergelassene Zahnärzte die Möglichkeit der Mitwirkung in der Gruppenprophylaxe vorzustellen.

Hygienekette

Bereits 2008 hat die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) Hygiene-Fortbildungsmaßnahmen für Prophylaxemitarbeiterinnen der 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit sowie für die Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes durchgeführt. Die angebotenen Schulungsmaßnahmen umfassten nach den Richtlinien des Robert-Koch-Institutes neben dem Hygienemanagement die Bereiche Arbeitsschutz und Arbeitsmedizinische Vorsorge, um die Qualität der Zahngesundheitsförderung in Kindergärten und Schulen sicherzustellen. In 2009 wurden Update-Hygienekurse für den gleichen Personenkreis angeboten.

In diesem Zusammenhang hat der Prophylaxeausschuss die Initiative der LAGZ-Mitgliederversammlung befürwortet, einen Leitfaden „Hygiene“ für die Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit zu entwickeln. Der LZK-Vorstand hat dem vom Praxisführungsausschuss der LZK BW erstellten Beiblatt zum Hygiene-Leitfaden für die Gruppenprophylaxe zugestimmt, über das der LAGZ-Vorstand im November 2009 beraten wird.



ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Annerose HAUBER

Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart

Das Jahr 2009 ist gekennzeichnet durch eine enorme Nachfrage nach zahnärztlicher Fortbildung. Die Rekordteilnehmerzahlen im Bereich der Fortbildung aus dem vergangenen Jahr konnten in 2009 nochmals um mehr als 20 Prozent gesteigert werden.

Mit knapp 450 Teilnehmern an der Winter-Akademie und mehr als 1.000 Teilnehmern an der Sommer-Akademie (in beiden Fällen mussten Teilnehmer wegen der begrenzten Raumkapazität zurückgewiesen werden) wurden neue Dimensionen für Großveranstaltungen des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart erreicht.

Ca. 25 Prozent mehr Teilnehmer registrierte das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart bei der strukturierten Fortbildung.

Um mehrmonatige Wartezeiten für die Kollegen zu vermeiden und größtmögliche Praxisnähe zu gewährleisten wurden erneut - wo möglich - reine Theoriekurse ausgelagert und die Kurse mit überwiegend praktischen Inhalten im ZFZ durchgeführt. Dem Wunsch der Kolleginnen und Kollegen sowie ihrer Mitarbeiter nach einer orts- und zeitnahen Fortbildung (der Freitagvormittag soll für die Praxistätigkeit genutzt, Kosten für Fahrten und externe Übernachtungen gespart werden) konnte somit weitgehend entsprochen werden. Der im März fertiggestellte „Hightech“- Phantomraum (mit OP-Mikroskop

und Monitoren an jedem Arbeitsplatz) speziell nutzbar für parodontologische, implantologische und endodontische Fortbildung erfreut sich bereits großer Beliebtheit. Etwa die Hälfte der Umsatzsteigerung im Fortbildungsbereich ist auf diese Maßnahme zurückzuführen.

Mit dem vermehrten Angebot an praktischen Kursen, gestützt auf im Praxisalltag erfahrene Referenten, wurde ganz bewusst ein Gegenpol zu den immer intensiver angebotenen und massiv erworbenen theorieelastigen Fortbildungsangeboten der Industrie, des Handels, wissenschaftlicher Vereinigungen und der Universitäten (Masterstudiengänge) geschaffen.

Ungebrochen ist auch der Zustrom an Fortbildungs-

willigen im Bereich der Kurse nach der Fortbildungsordnung (Fachkundliche Nachweise, Zahnmedizinische Prophylaxeassistentin, Zahnmedizinische Verwaltungsassistentin). Bereits Mitte des Jahres waren alle Kurse ausgebucht.

Erste, äußerst positive, Erfahrungen sammelte das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart mit einem neuen Fortbildungsformat, der so genannten „Online-Präsenz-Fortbildung“. Im Rahmen dieses Fortbildungstyps wird ein Großteil der theoretischen Fortbildung online abgearbeitet. In den Präsenzphasen im ZFZ kann man sich dann auf die praktischen Kursinhalte konzentrieren.



VERWALTUNGSRAT

Dr. Konrad BÜHLER, Eisingen, Vorsitzender
Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen, Stv. Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

Fortbildungspraxis

Das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart wird von immer mehr Kollegen als Überweisungspraxis für die Bereiche Prophylaxe, Kinderzahnheilkunde, Parodontologie, Endodontie, und teilweise auch für Implantologie angesehen. Die entsprechenden Kompetenzen konnten durch Fortbildung der Mitarbeiter und Integration eines erfahrenen Oralchirurgen weiter gestärkt werden. Die Gesamtumsätze der Praxis waren rückläufig (zwei Zahnarztstellen nicht besetzt, eine wegen Schwangerschaft, eine aus strukturellen Gründen); die Umsätze pro Behandler konnten gesteigert werden.



Vortragstätigkeit

Die allgemein vermehrte Nachfrage nach Fortbildung führte erneut zu häufigen Anfragen nach Referententätigkeit durch den Direktor und Mitglieder seines Lehr-Teams am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart. Insgesamt wurden - neben den routinemäßigen Vortragsverpflichtungen am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart und für die Winter-/Sommer-Akademie im Jahre 2009 erneut etwa 30 Veranstaltungen durch den Personenkreis allein für die Landeszahnärztekammer und die verschiedenen Bezirkszahnärztekammern bestritten. Die dabei abgehandelten Themen betrafen insbesondere Alterszahnheilkunde,

Hygiene, Kinder- und Jugendzahnheilkunde, Prophylaxe, Parodontologie, den Komplex der Fort- und Weiterbildung, Qualitätsmanagement sowie die Mitarbeiterschulung.

Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde (GPZ e.V.)

Die Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V. am ZFZ Stuttgart hat – in Zusammenarbeit mit dem Verein Zahngesundheit Tirol erneut eine Frühjahrsakademie auf Mallorca organisiert – mit gutem Erfolg. Zusätzlich wurde erstmalig ein Siegel für bewährte Produkte zur häuslichen Zahnpflege vergeben. Die Zeitschrift „Prophylaxe – Impuls, die auflagenstärkste Fachzeitschrift für den Bereich der oralen Präventivmedizin im deutschsprachigen Raum, fungiert seit dem vierten Quartal 2004 als Mitgliederzeitschrift. Die Zusammenarbeit verläuft weiterhin reibungslos.



Baumaßnahmen und Investitionen

Im Jahre 2009 wurden ca 700.000 Euro investiert: Im Vordergrund standen Investitionen für den Fortbildungsbereich (neuer Phantomraum, zusätzliche Umkleieräume, Neugestaltung des Treppenhauses). Zusätzliche Mittel flossen in die Sanierung der Haustechnik (Auslagerung des Kamins, Klimatisierung des Server-Raumes) sowie die Teilsanierung des Parkplatzes. Für die Fortbildungspraxis wurden – neben der üb-

DIREKTOR

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Axel MAAG, Stuttgart

lichen ständigen Erneuerung von Verbrauchsgegenständen insbesondere investiert in

- Neue Server, Rechner und Bildschirme
- Neue Bezüge für die Behandlungseinheiten
- Neue Praxismöbel

Dienstleister für Kammer und Kassenzahnärztliche Vereinigung

In seiner Funktion als Fortbildungsreferent der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, als Fortbildungsreferent der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart und Mitglied im Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist der Leiter des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart in die aktuellen standes- und berufspolitischen Aktivitäten eingebunden. Weitere Mitarbeiter des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (Dentalhygienikerinnen und Zahnmedizinische Verwaltungsassistentinnen) nehmen Tätigkeiten bei der Realisierung verschiedenster Aufgaben der Landeszahnärztekammer (im Rahmen der Fortbildung der zahnärztlichen Mitarbeiter oder der Landesarbeitsgemeinschaft, Prüfungstätigkeit) wahr.

Zudem werden die Räumlichkeiten des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart neben ihrer originären Bestimmung für den Bereich der Fortbildung und der Patientenbehandlung auch für diverse Aktivitäten der Landeszahnärztekammer (z. B. Überprüfung der Gleichwertigkeit nach § 13), der Bezirkszahnärztekammer (Patientenberatung, Begutachtung) sowie der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (Prothetik-Einigungsausschuss) zur Verfügung gestellt.

Haushalt

Das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart wird in diesem Jahr erneut mit einem positiven operativen Abschluss rechnen können. Auch im zwölften Jahr nach dem Auszug der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer konnten alle satzungsgemäßen Aufgaben des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart einschließlich der Gebäudesanierung ohne Zuschüsse seitens der Landeszahnärztekammer erledigt werden.

Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Unter dem Vorsitz von Dr. Norbert Engel nahm der Verwaltungsrat der Akademie im laufenden Geschäftsjahr in vier Sitzungen seinen statutengemäßen Auftrag wahr.

Fortbildung

Fortbildung – richtig verstanden – schafft in der Praxis des Teilnehmers die Voraussetzung, das Neue erfolgreich einzuführen. Dies gelingt nur unter ganz bestimmten Bedingungen. Die Probleme der Praxis müssen berücksichtigt werden. Das Neue muss verständlich dargestellt werden, sodass seine Umsetzung keine Rätsel aufwirft. Und außerdem, sollte in der Fortbildung eine offene kollegiale Atmosphäre herrschen, die es möglich macht, auch Schwierigkeiten und Ängste zu thematisieren und von allen Kollegen Rat und Beistand zu erfahren. Dies zusammengefasst stellt die „Kultur der Fortbildung“ dar, der sich die Akademie verpflichtet fühlt. Sie setzt sich somit zur Aufgabe, die Professionalität der Fortbildungsteilnehmer zu fördern und das zahnärztliche Team zu stärken, die Aufgaben, die die Zukunft an uns stellt, beherrschbar zu machen. Sie begreift sich als Partner der Kolleginnen und Kollegen.

Fortbildungskurse

Das Programm der Akademie wird in jedem Jahr sorgfältig revidiert und weiter entwickelt. So wurde auch im Jahr 2009 Innovationen aufgenommen, die den Kursbetrieb bereicherten. Besondere Erwähnung soll auch die Continuing Professional Development (CPD) CPD-Kursreihe „Praxishygiene“ und „Praxis führen und erneuern“ finden, die ein neues Format der gemeinsamen Fortbildung von Zahnärzten/innen und Zahnmedizinischen Fachangestellten begründeten.

Unter den zahlreichen neuen Referenten wurde Prof. Dr. Lorenzo Vanini aus San Fedele (Italien) mit besonderer Spannung er-

wartet, da er nur wenige Vorträge in Deutschland gibt. Sein Kurs kann als ein ganz besonderer Erfolg dieses Fortbildungsjahres gewertet werden. Die Fortbildung „Implantologie“ lief erstmals in vollkommen revidierter Form, wobei die Implantation am Implantationssimulator als neues didaktisches Konzept der praktischen Arbeitskurse aufgenommen wurde. Diese Kursform wurde mit Begeisterung angenommen. Auch der neu konzipierte Kurs „Die Anatomie des Kiefers – Grundlage der erfolgreichen Implantation“ lief außerordentlich erfolgreich. Er fand in der Anatomie der Universitätsklinik Heidelberg statt und ermöglichte erstmals den Teilnehmern die Implantation am Humanpräparat mit anschließender Kontrolle in der 3 D-Rekonstruktion.



Insgesamt stellt sich das Jahr 2009 als erfolgreiches Fortbildungsjahr dar, in dem bewährte und innovative Konzepte glücklich zusammenwirkten.

Programmentwicklung

Das in diesem Jahr vorgelegte Kursprogramm 2009/2010 enthält zahlreiche neue

VERWALTUNGSRAT

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Vorsitzender
Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender
Alfred BRAIG, Biberach
Prof. Dr. Dr. Gernot R. Göz, Tübingen
Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart
Dr. Wilfried WOOP, Neustadt

Angebote im Bereich des Einzelkurses und der Strukturierten Fortbildung. Erstmals wird in der Strukturierten Fortbildung „Funktion und Schmerz“ ein in sich schlüssiges Konzept für die Behandlung der craniomandibulären Dysfunktion und der begleitenden Schmerzsymptomatik angeboten. Das Themenspektrum reicht von der Funktionstherapie über die medikamentöse und physiotherapeutische Therapie bis zur diagnostischen Berücksichtigung psychotherapeutischer Effekte. Ebenfalls neu ist die Strukturierte Fortbildung „Zahnärztliche Chirurgie“, die den chirurgischen Eingriff und seine Organisation in der zahnärztlichen Praxis thematisiert. Wichtige Aspekte wie die hygienische Organisation und die Zusammenarbeit mit dem Narkosearzt werden vorgestellt. Die Begegnung mit der chirurgischen Praxis wird – wie in der implantologischen Reihe – durch Hospitationen ermöglicht.

Continuing Professional Development (CPD)

Eine besondere Leistung der Akademie ist der Einsatz von Kursen nach den didaktischen Prinzipien des Continuing Professional Development.

In diesen Kursen analysieren die Teilnehmer ihre eigene Praxis und bereiten in kleinen Arbeitsgruppen die Umsetzung neuer Ideen und Verfahren vor Ort vor. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass

es den Teilnehmern gelingt, durch diese Kurse erhebliche Fortschritte in der Entwicklung ihrer Praxis zu erreichen. 2009 wurde dieses Konzept erstmalig unter Einbeziehung des ganzen Praxisteam erprobt. In den Fortbildungsreihen „Praxishygiene“ und „Praxis führen und erneuern“ waren die



Praxismitarbeiterinnen in die Arbeitsgruppen integriert. Dieser Ansatz hat sich sehr bewährt und soll intensiviert werden.

Die Strukturierte Fortbildung „Endodontie“ erhält erstmalig CPD-Kursanteile und unterstützt somit die Teilnehmer gezielt bei der Umsetzung der vermittelten Lerninhalte in der eigenen Praxis.

Masterstudiengang „Integrated Practice in Dentistry“

Im Oktober 2009 fand das Abschlusskolloquium der 4. Matrikel des Masterstudienganges „Integrated Practice in Dentistry“ statt. Wiederum wurden von allen Absolventen sehr gute wissenschaftliche Leistungen vorgelegt, die auf naturwissenschaftlicher oder auch auf geisteswissenschaftlicher Methodik basierten. Zahlreiche Masterarbeiten der vorausgegangenen Matrikel sind inzwischen in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht worden, so dass der wissenschaftliche Ertrag aus dem Masterstudiengang eindrucksvoll dokumentiert werden kann. Im November begann das Studium der 6. Matrikel des Masterstudienganges.



DIREKTOR

Prof. Dr. Winfried WALTHER, Karlsruhe

Karlsruher Konferenz

Die 24. Karlsruher Konferenz fand am 5. März 2009 statt. Sie widmete sich dem Thema "Implantate für alle?". Die Referenten waren:

- Prof. Dr. Winfried Walther, Karlsruhe
- Prof. Dr. Dr. Wilfried Wagner, Mainz
- Dr. Georg Bayer, Landsberg am Lech
- Prof. Dr. Mauro Marincola, Rom
- Prof. Dr. Axel Zöllner, Witten

Die Veranstaltung stieß auf eine sehr große Resonanz und war gekennzeichnet von lebhaften Diskussionen auf hohem Niveau. Wie im Vorjahr berichtete wieder ein/e Student/in des Masterstudienganges „Integrated Practice in Dentistry“ von den Ergebnissen seiner/ihrer Masterarbeit. In diesem Jahr sprach ZA Wolfram Uhrig über das Thema: „Das Anforderungsprofil von Richtern in Baden-Württemberg an das zahnärztliche Sachverständigengutachten im Arzthaftungsprozess“. Der gleichzeitige „Karlsruher Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten“ stand unter der Moderation von Dr. Robert Heiden, Karlsruhe. Es referierten:

- Priv.-Doz. Dr. Dr. Christof Hofele, Heidelberg
- Christine Baumeister, Haltern
- Priv.-Doz. Dr. Axel Spahr, Ulm
- Dr. Robert Heiden, Karlsruhe
- Dr. Tilman Günther, Karlsruhe
- Anne-Katrin Fensterer-Lamott, Annweiler

Karlsruher Vortrag

Der Karlsruher Vortrag 2009 wurde von Prof. Dr. Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin 2004 aus Kenia und Vorsitzende des Greenbelt Movements International, gehalten. Sie beeindruckte die ca. 1.200 geladenen Gäste im Weinbrennersaal des Karlsruher Kongresszentrums durch eine sehr lebendige Schilderung der Konflikte

zwischen Politik und Natur- und Klimaschutz, nicht nur in Afrika. Ihr Thema lautete: „Umwelt, Demokratie und Frieden: Eine entscheidende Verbindung“.



Walther-Engel-Stipendium

Auf Vorschlag des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie nach Beschlussfassung durch den Vorstand der Landes Zahnärztekammer erhielt Priv.-Doz. Dr. Axel Spahr, Ulm, den Walther-Engel-Preis 2009. Priv.-Doz. Dr. Spahr ist ein begnadeter Kliniker, der über ein besonderes Talent darin verfügt, klinische Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Expertise und im exemplarischen Einzelfall darzustellen.



Master's Day und Herbstkonferenz

Die Akademie hat im Jahr 2009 erstmalig eine zweite große Veranstaltung ins Leben gerufen, die in den kommenden Jahren fortgesetzt werden wird. Konzeptionell fußt sie auf dem Master's Day, der in den vergangenen Jahren Themen der Masterstudenten des Masterstudienganges „Integrated Practice in Dentistry“ vorstellte. Da die Themen der Masterarbeiten in aller Regel einen starken Praxisbezug aufweisen, entsteht hier eine neue wissenschaftliche Kompetenz, die einem großen Publikum vermittelt werden soll. Deswegen wurde der Rahmen des Master's Day erheblich ausgebaut und öffentlich beworben. Thematisch soll die Herbstveranstaltung der Akademie von der Karlsruher Konferenz abgegrenzt werden, in dem hier die zahnärztliche Praxis selbst und der Prozess ihrer Weiterentwicklung dargestellt und diskutiert werden soll. Die erste Veranstaltung fand am 03. Oktober 2009 in der Stadthalle in Ettlingen statt. Sie richtete sich an Zahnärztinnen, Zahnärzte und Zahnärztliche Fachangestellte. Sie stand unter dem Thema „Das Patientengespräch – Schlüssel zum Vertrauen, Schlüssel zum Erfolg“. Sechs Referenten, darunter zwei Masterstudenten, stellten Aspekte dieses Themas vor einem großen Kreis interessierter Praxisteams dar.

Es referierten:

- Prof. Dr. Michael Dick, Olten (CH)
- Prof. Dr. Anne Wolowski, Münster
- Dr. Michael Korsch, M.A., Karlsruhe
- Dr. Hinrich Burfeind, M.A., Groß-Gerau
- Axel Thüne, Kieselbronn
- Wolfgang Marschall, Triboltingen (CH)

Online-Fortbildung

Die Online-Fortbildung an der Akademie wird kontinuierlich weiter entwickelt. In strukturierten Fortbildungen und dem Masterstudien-

gang finden Netmeetings Anwendung. Die offene psychosomatische Sprechstunde von Prof. Dr. Egle kann von interessierten Kollegen/innen in voller Länge über das Internet rezipiert werden. Der ZMP/ZMF-Kurs wurde unter Verwendung von Online-Modulen neu eingerichtet. Die Präsenzanteile wurden verringert und durch Online-Beiträge ersetzt. Hierbei fanden Schrift-, Video- und interaktive Medien Anwendung.

Zusammenarbeit mit Gremien der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

In den Räumen der Akademie findet seit Oktober 2009 die Patientenberatung der Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe für die Stadt Karlsruhe statt. Für das Jahr 2010 sind mehrere Projekte in Zusammenarbeit mit der Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg geplant, darunter auch eine landesweite Veranstaltung zum Training der Patientenberater.

Ausstellungsstand beim Sommerfest der Firma Pluradent

Das Fortbildungsteam der Akademie informierte im Juni des Berichtsjahres die Ausstellungsbesucher über die Fortbildungsmöglichkeiten an der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.



Fachdental Südwest

Die Akademie präsentierte sich auf der Fachdental Südwest in Stuttgart im Oktober des Berichtsjahres zum zweiten Mal zusammen mit dem Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart.

Wissenschaft – internationale Kontakte

Der wissenschaftliche Ertrag des Masterstudienganges fand auch im Jahr 2009 wieder Niederschlag in wissenschaftlichen Publikationen. Wegen der hohen Qualität der Beiträge sollen die Masterarbeiten in Zukunft verstärkt veröffentlicht werden.

Die Listung der Themen ist in der Anlage und auf der Internetpräsenz der Akademie abrufbar.

Sehr eng sind die Kontakte der Akademie zwischen dem International College of Prosthodontics. Beim diesjährigen Jahreskongress in Kapstadt wurde die Akademie von zwei Vorträgen und einem wissenschaftlichen Poster vertreten. Die Beiträge fanden gute Resonanz.

Die Verbindung zur Medizinischen Fakultät der Universität des Saarlandes wurde durch Vorlesungen des Direktors der Akademie an der Universitätsklinik Homburg weiter gefestigt.

Sehr stabil sind auch die Kontakte zur Universität Sarajevo, an deren Lehrbetrieb auch die Akademie durch Videokonferenzen beteiligt ist. Im Oktober fand der Bosnische Zahnärztetag statt, an dem eine Implantation mit Augmentation aus dem OP der Akademie direkt nach Sarajevo übertragen wurde. Operateur war Dr. Michael Korsch.

Zahnärztliche Poliklinik

Die Zahnärztliche Poliklinik hat ihre Aktivität im Berichtsjahr insgesamt verstärkt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Gewinnung von Unterrichtsmaterial für die

eigenen Kursaktivitäten. Dies konnte erheblich ausgebaut und technologisch auf den neuesten Stand gebracht werden.

Als Leitende Zahnärzte sind tätig:

- Dr. Andreas Bartols, Leitung der Poliklinik
- Dr. Michael Korsch, Oralchirurgie
- Dr. Florian Weber, Kieferorthopädie



Alle leitenden Zahnärzte sowie eine große Anzahl der zahnärztlichen Assistenten sind aktiv in der zahnärztlichen Fortbildung tätig. Durch mehrere Masterarbeiten werden die Fallverläufe und die klinischen Prozesse in der Poliklinik Gegenstand klinischer Versuche, die auch in die Fortbildung einfließen werden. Die Anzahl von klinischen Live-Demonstrationen aus dem OP hat sich im Jahr 2009 durch neue Kurse erhöht. Bei der Suche nach geeigneten Patienten steht die Poliklinik deswegen vor immer größeren Herausforderungen, die aber bislang sehr gut bewältigt wurden.

Das zahntechnische Labor der Akademie hat im Berichtsjahr verstärkt Fortbildungsleistungen angeboten. Es steht unter der Leitung von Zahntechnikermeister Berthold Steiner und ist für den Betrieb der zahnärztlichen Poliklinik sowie für die Ausarbeitung innovativer Fortbildungskonzepte von großer Bedeutung.

Auch im Berichtsjahr ist wieder feststellbar, dass die Arbeit der Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung, die für Patienten und Kammermitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt wird, ein wirksames Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit ist und große Akzeptanz genießt.

Im Bereich Tübingen stieg die Zahl der eingehenden Anträge im Vergleich zum Vorjahr von 36 auf 53. Ein großer Anteil der eingehenden Anträge konnte jedoch relativ schnell wegen Verfahrenshindernissen gemäß § 5 Abs. 2 des Statuts der Gutachterkommission beendet werden. Dadurch erklärt sich die relativ hohe Zahl von den im Berichtsjahr 27 aufgeführten Erledigungen „auf sonstige Weise“.

Im Bereich Stuttgart ist der Geschäftsanfall gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen. Aus den Anträgen wird ersichtlich, dass die ratsuchenden Patienten vielfach von Nachbehandlern oder Krankenversicherern/Krankenkassen auf die Möglichkeit des Gutachtenverfahrens hingewiesen werden. Soweit die Patienten über Alternativen zum Gutachtenverfahren (z. B. Privatgutachten) informiert werden, entscheiden sie sich, soweit dies beurteilt werden kann, vielfach aus Kostengründen für das Gutachtenverfahren. Nur in relativ wenigen Fällen sind im Berichtsjahr Anträge an die Gutachterkommission nach vorheriger Erstattung eines vertragszahnärztlichen Mängelgutachtens gestellt worden.

Das Verhältnis der antragstellenden Patientinnen zu den antragstellenden Patienten beträgt unverändert etwa 2:1. Der Ausländeranteil bei den antragstellenden Patienten ist gegenüber dem Vorjahr von 20 auf ca. 25 Prozent gestiegen. Gestiegen ist auch der Anteil der von einem Rechtsanwalt vertretenen Patienten von etwa 33 Prozent auf ca. 40 Prozent.

Nach wie vor versucht die Gutachterkommission im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart insbesondere den Patienten im Rahmen einer mündlichen Erörterung des Sachverhalts ihre Beurteilung nicht nur bekanntzugeben, sondern diese auch zu erläutern und Fragen der Patienten hierzu zu beantworten. Dadurch erübrigt sich in vielen Fällen die Erstattung eines schriftlichen Gutachtens, was eine deutliche Arbeits erleichterung für die Gutachterkommission bedeutet.

Gemeinsame Privat- und Gerichtsgutachtertagung von LZK und KZV

Am Samstag, den 8. November 2008 fand die erste gemeinsame landesweite Gutachtertagung der Landes Zahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg statt, an der über 350 Kammer- und KZV-Gutachter begrüßt werden konnten.

Thema und Intention der gemeinsamen Gutachtertagung waren die Qualitätssicherung und die Qualitätsverbesserung zahnärztlicher Gutachten.

Die nächste Gutachtertagung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, die künftig im 2-jährigen Turnus durchgeführt werden soll, ist bereits für den 13. November 2010 terminiert.

Gutachterforum

Noch in diesem Jahr wird im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im geschlossenen Bereich für Kammergutachter ein „Gutachterforum“ eingerichtet. In diesem geschlossenen Gutachterforum besteht für die Kammergutachter die Möglichkeit, gutachterliche Fragen und Umstände mit anderen Kammergutachtern zu diskutieren.

		FR	KA	S	TÜ	LZK BW
I.	Allgemeines					
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr gestellten Anträge	21	52	85	53	211
2.	Zahl der zu Beginn des Berichtsjahres noch offenen Anträge aus dem Vorjahr	28	51	26	18	123
3.	Zahl der im abgelaufenem Berichtsjahr erledigten Anträge	28	51	78	41	198
4.	Wie haben sich die Anträge nach Ziffer 3 erledigt?					
	a) durch schriftliches Gutachten	20	33	8	9	70
	b) durch Vergleich		2	6	5	13
	c) Sonstige Weise (z. B. Widerspruch, Rücknahme, Fristablauf, Abgabe, etc.)	8	16	64	27	115
5.	Zahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Anträge	21	52	33	30	136
II.	Durch Kommissionsgutachten entschiedene Fälle					
	Gesamtzahl der im Berichtsjahr erstatteten Gutachten, davon	20	33	8	9	70
	Aufklärungsfehler bejaht		2			2
	Behandlungsfehler und Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt bejaht	4	8	4	4	20
	Behandlungsfehler bejaht, Gesundheitsschaden verneint	1	3			4
	Behandlungsfehler bejaht, Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt verneint					
	Behandlungsfehler/Aufklärungsfehler verneint	15	20	4	5	44
III.	Häufigste Ursache der Behandlungsfehler bzw. geltend gemachten Fehler					
	Aufklärung		1	3		4
	Chirurgie	2		1	1	4
	Implantologie		6	3		9
	Kieferorthopädie		1		1	2
	Parodontologie		3	4		7
	Zahnerhaltung	1	15	7	1	24
	Zahnersatz	2	7	10	1	20

Zahnärztliche Röntgenstelle Baden-Württemberg

Die Landes Zahnärztekammer hat am 06.02.1988 mit dem damaligen Sozialministerium, dem heutigen Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, eine „Vereinbarung über die Einrichtung einer zahnärztlichen Stelle gem. § 16 Abs. 3 RÖV“ abgeschlossen, nach der jährlich ein Arbeitsbericht der vier zahnärztlichen Stellen der LZK BW abzugeben ist. Nach der RÖV vom 30.04.2003 bestimmt sich die Qualitätssicherung durch die zahnärztlichen Stellen nach § 17a RÖV. Die Arbeitsberichte im Zeitraum 01.01.2008 – 31.12.2008 weisen folgende Ergebnisse auf:

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	LZK BW
erfasste Zahnärzte	1.978	2.158	2.707	1.328	8.171
erfasste Geräte/ Anzahl der Zahnärzte	3.937/ 1.976	4.600/ 2.145	5.809/ 2.700	2.695/ 1.321	17.041/ 8.142
Zahnärzte ohne erfasste Rö-Geräte	2	13	7	7	29
erfasste Aufnahmen	978	1.515	882	669	4.044
Anzahl der Mängelrügen (Ur-/Konst.-/Patientenaufnahmen)	insg. 128 (2/126/44)	insg. 107 (1/106/8)	insg. 40 (8/32/2)	insg. 79 (5/74/8)	insg. 354 (16/338/62)
Rö-Geräte geprüft ohne Be- anstandung/ Anzahl der erfassten					
Urprüfkörper	334 / 336 (99,40 %)	682 / 683 (99,85 %)	302 / 310 (97,42 %)	182 / 187 (97,33 %)	1.500 / 1.516 (98,94 %)
Konstanzprüfung	516 / 642 (80,37 %)	726 / 832 (87,26 %)	540 / 572 (94,41 %)	408 / 482 (84,65 %)	2.190 / 2.528 (86,63 %)
Patientenaufnahmen	598 / 642 (93,15 %)	824 / 832 (99,04 %)	570 / 572 (99,65 %)	474 / 482 (98,34 %)	2.466 / 2.528 (97,55 %)
Zahl der Zahnärzte, deren Unter- lagen angefordert sind (Stichtag): 1. Anforderung/2. Anforderung	19.03.2009	19.03.2009	19.03.2009	19.03.2009	
Anzahl der Zahnärzte	46	101	84	63	294
1. Mahnung	54	81	59	31	225
2. Mahnung	13	11	6	7	37
Meldung beim Ministerium	2	0	0	0	2

Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 Zahnheilkundengesetz

Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 des Zahnheilkundengesetzes (ZHG) haben Zahnärztinnen und Zahnärzte, die außerhalb von Deutschland eine abgeschlossene Ausbildung für die Ausübung der Zahnheilkunde erworben haben, die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nachzuweisen. Ist die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben, muss ein gleichwertiger Kenntnisstand nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wird durch das Ablegen einer Kenntnisprüfung erbracht, die sich grundsätzlich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung des Zahnmedizinstudiums erstreckt. Für EU-Ausländer besteht eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass sich die Überprüfung auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung beziehen soll. Die Prüfung (Defizitprüfung) hat sich vielmehr auf diejenigen Bereiche zu beschränken, in denen die zahnmedizinische Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurückbleibt.

Die Durchführung der oben genannten Prüfungen erfolgt nach den mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vereinbarten Verfahrensgrundsätzen aus dem Jahre 2004 und wird im Auftrag der Approbationsbehörde des Landes Baden-Württembergs, dem Regierungspräsidium Stuttgart, von den beiden durch die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg eingerichteten Prüfungskommissionen abgenommen.

Die Anzahl der durchgeführten Kenntnisprüfungen, die aus einem praktischen und einem theoretischen Teil bestehen, ist im Vergleich zu den Zahlen aus den Vorjahren stark rückläufig. Im Gegenzug ist die Zahl der Defizitprüfungen im Berichtsjahr angestiegen. Dies begründet sich durch den Beitritt neuer Staaten zur Europäischen Union sowie der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG, welche auch die Anerkennung einer Aus-

bildung regelt, auch wenn diese nicht alle Anforderungen an eine der deutschen Ausbildung gleichgestellten Ausbildung erfüllt. Hierzu muss eine ununterbrochene dreijährige Tätigkeit in einem Fünf-Jahres-Zeitraum innerhalb der Europäischen Union bescheinigt werden. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit einer Ausbildung in einem EU-Ausland ist somit auch ohne Kenntnis-/Defizitprüfung möglich, was zur Folge haben wird, dass die Zahl der durchgeführten Defizitprüfungen wieder sinken wird.

Ergebnisse der Überprüfungen

Nach wie vor zeigen die Ergebnisse der Kenntnisprüfungen und der Defizitprüfungen, dass sie zu Recht sowohl im Interesse des Patientenschutzes als auch der Zahnärzteschaft durchgeführt werden.

Von insgesamt vier Kandidaten hat keiner den praktischen Teil der Kenntnisprüfung in 2009 erfolgreich absolvieren können; somit wurde auch kein Kandidat zum theoretischen Teil zugelassen.

Bei 15 Kandidaten wurde die praktische Defizitprüfung durchgeführt. Dabei konnte bei fünf Kandidaten die Gleichwertigkeit des Kenntnisstandes festgestellt werden.

PRÜFUNGSKOMMISSION 1

OA Dr. Martin GROTEN, Tübingen
Dr. Hans-Henning HOLFELD, Deizisau
Dr. Iris KNOBLAUCH, Freiburg

PRÜFUNGSKOMMISSION 2

Prof. Dr. Andreas SCHULTE, Heidelberg, Vorsitzender
Dr. Martin BRAUN, Tuttlingen, stv. Vorsitzender
Dr. Carsten ULLRICH, Mannheim

Nachfolgend einige statistische Angaben:

Anzahl der Kenntnisprüfungen seit 2003

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2003	17	4	13
2004	20	7	13
2005	17		17
2006	37	13	24
2007	10	1	9
2008	12*	3	7
2009	4**	0	2

* Zwei theoretische Überprüfungen sind noch durchzuführen

** Zwei praktische Überprüfungen sind noch durchzuführen

Anzahl der Defizitprüfungen seit 2009

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2009	13	4	9

Durchgeführte Kenntnisprüfungen 2009

Ausbildungen in	Praxis		Theorie	
	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Ukraine	1			
Libyen	1			
Gesamt	2			

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN

Durchgeführte Defizitprüfungen 2009

Ausbildungen in	Praxis		Theorie	
	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Kasachstan	2			
Rumänien	5	4		1
Polen	1			
Tschechien	1			
Gesamt	9	4		1

Arbeitskreis Gesundheits- und Sozialpolitik

Der Arbeitskreis tagte im Berichtsjahr in zwei Sitzungen.

In seiner ersten Sitzung am 22. Mai 2009 in Stuttgart diskutierte der Arbeitskreis Gesundheits- und Sozialpolitik (AK GuS) allgemeine Grundsätze und Zielrichtungen zahnärztlicher Berufsausübung der Zukunft.

Dabei kristallisierte sich heraus, dass die individualisierte zahnmedizinische Dienstleistung am Patienten und die zunehmende Patientenbeteiligung im Rahmen einer bedürfnisorientierten zahnmedizinischen Versorgung im Vergleich zur anonymisierten krankheitsorientierten Versorgung der Ärzteschaft zukünftig eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

Absolut einig waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises darin, dass die zahnärztliche Freiberuflichkeit als Grundvoraussetzung zahnärztlicher Berufsausübung auch in Zukunft erhalten bleiben muss, um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung nachhaltig gewährleisten zu können und dass diese Zielstellung und die Vorteile der Freiberuflichkeit für die gesamte Gesellschaft in Politik und Öffentlichkeit daher stärker und verständlicher als bisher kommuniziert werden müssen.

Zuvor gilt es jedoch, im Prozess der Selbstreflexion innerhalb des Berufsstandes Antworten auf folgende Fragen zu eruiieren: Was zeichnet das Wesen der Freiberuflichkeit per Definition aus? Welche besonderen Merkmale und Werte zahnärztlicher Freiberuflichkeit sind unbedingt zu erhalten unter allen Umständen zu „verteidigen“ bzw. auf welche Faktoren kann verzichtet werden? Wie kann und wie muss sich der zahnärztliche Berufsstand den gesellschaftlichen Veränderungen hinsichtlich seiner demographischen Struktur und seinen verschiedenen Möglichkeiten der Berufsausübung verändern und anpassen?

Für die Mitglieder des Arbeitskreises besitzen diese Fragen als erster Schritt im Prozess der Selbstreflexion und Entscheidungsfindung absolute Priorität. Im Rahmen einer Klausurtagung des Vorstandes sollten deshalb wegweisende Ziele und Werte definiert und Positionen geklärt werden.

Schwerpunkte der zweiten Arbeitskreissitzung Mitte September in Lindau waren der Rückblick und die Bewertung der kurz zuvor durchgeführten Klausurtagung.

Dabei wurde festgestellt, dass in der Klausurtagung zwar wesentliche Merkmale zahnärztlicher Freiberuflichkeit herausgearbeitet worden sind, ein verbindliches Ranking der Kernelemente aber fehlte. Vor diesem Hintergrund empfahl der Arbeitskreis dem Vorstand, dass als wesentliche Kernelemente der Freiberuflichkeit die vertrauensvolle Arzt-Patientenbeziehung unter Wahrung ärztlicher Ethik und frei von äußeren Einflüssen unter allen Umständen zu erhalten sei, ebenso wie die verantwortungsvolle, fachlich kompetente und fachlich unabhängige Erbringung einer geistig-individuellen Dienstleistung im Interesse des Patienten und in der Summe betrachtet, im Interesse des Gemeinwohls. Nur auf Basis dieser Faktoren wird die zahnärztliche Freiberuflichkeit auch in Zukunft Bestand haben.

Nach Auffassung der Mitglieder des Arbeitskreises werden in Zukunft – das wurde in den Statements der LZK-Klausurtagung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht – vor allem die Themenkomplexe „Europapolitik“ und „Neue Kooperationsformen“ für die zukünftige zahnärztliche Berufsausübung entscheidend an Einfluss gewinnen.

Vor allem die gegenwärtige Europapolitik muss, - so die Empfehlung des Arbeitskreises Gesundheits- und Sozialpolitik an den Vorstand, besonders beobachtet werden, um mit antizipativen Maßnahmen

MITGLIEDER

Dr. Udo LENKE, Vaihingen
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker

rechtzeitig eingreifen zu können. Mit den derzeitigen Diskussionen, die innerhalb der europäischen Kommission und des europäischen Parlaments geführt werden, ziehen schwarze Wolken am freiberuflichen Firmament herauf, die eine existenzielle Gewitterfront auslösen können. So wird derzeit in Brüssel der Ruf nach Abschaffung der Freien Berufe bzw. ihrer Privilegien wie zum Beispiel der Gebührenordnungen laut. Geprüft werde auch die Delegierbarkeit ärztlicher Leistungserbringung auf „arztnahe“ Berufe oder die Gleichstellung und damit Gleichbehandlung freiberuflicher Dienstleistungen mit unternehmerischen Dienstleistungen.

Ein zweiter Themenkomplex, der intensiv diskutiert werden muss, sind die neuen Kooperationsformen zahnärztlicher Berufsausübung, die mit der Änderung des Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) bei der Kollegenschaft zunehmend Anwendung finden. Dabei wird es von entscheidendem Interesse sein, geeignete Lösungen zu finden, die sowohl die zahnärztliche Berufsausübung in selbstständiger Tätigkeit beinhalten, als auch den sich ändernden Ansprüchen und Interessen der nachrückenden Zahnärztergenerationen gerecht werden, die sich in einer zunehmenden Feminisierung des Berufsstandes und dem Wunsch nach geregelter Arbeitszeit sowie risikoärmerer Tätigkeit in Form von Angestelltenverhältnissen widerspiegeln.

Um den hohen Anspruch zahnärztlicher Berufsausübung auf freiberuflicher Wertebasis nicht nur theoretisch zu formulieren, muss es nach Auffassung der Arbeitskreismitglieder für jeden Zahnarzt und jede Zahnärztin Aufgabe und Verpflichtung zugleich sein, die genannten Elemente der Freiberuflichkeit als Ausdruck innerer Überzeugung tagtäglich mit Leben zu erfüllen.

Der Arbeitskreis GuS stellt sich das Ziel und die Aufgabe, im Laufe der 14. Kammer-

periode ein Gesamtkonzept zur zahnärztlichen Berufsausübung der Zukunft – vorausschauend bis zum Jahr 2020 – zu konzeptionieren, das dem Vorstand bei seinen weiteren Klausurtagungen, die der Arbeitskreis ebenfalls vorbereiten wird, als Arbeitsgrundlage und roter Faden dienen kann, um die Entscheidungsfindung im Vorstand zu erleichtern.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Rocco NEMITZ

Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung

Mit Beginn der neuen Kammerperiode hat sich die Zusammensetzung im Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung geändert. Dr. Konrad Bühler hat den Vorsitz von Dr. Antoinette Röttele übernommen, die jedoch weiterhin als LZK-Vorstandsmitglied im Arbeitskreis vertreten ist. Zweiter LZK-Vertreter ist Dr. Bernd Stoll. Der Arbeitskreis ist paritätisch mit Vertretern der Landeszahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung besetzt. Die Vertreter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) sind die Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW, Dr. Ute Maier und der stv. Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW, Christian Finster. Ständiger Gast im Arbeitskreis ist der Leiter des IZZ, Johannes Clausen.

Im Berichtszeitraum führte der Arbeitskreis eine Sitzung in der Zusammensetzung der 13. Kammerperiode im Januar 2009 durch, da im Jahr 2008 keine Sitzung stattgefunden hatte. In neuer Besetzung tagte der Arbeitskreis einmal im Juli 2009.

In seiner Sitzung im Juli hat der Arbeitskreis eine interne Arbeitsgruppe – bestehend aus dem Vorsitzenden Dr. Konrad Bühler und Christian Finster – eingerichtet und mit der Ausarbeitung einer Kooperationsvereinbarung mit der Beratungsstelle der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) in Trägerschaft des VdK beauftragt. Die Arbeitsgruppe traf sich einmal intern zu einem Gespräch und führte die Ergebnisse dann in einer weiteren Gesprächsrunde mit den Vertretern der UPD und des VdK zusammen.

Kooperation mit der UPD

Der VdK Baden-Württemberg e. V. hat sich an die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg gewandt, um das Beratungsteam der Unabhängigen Patientenberatungsstelle Stuttgart vorzustellen und die Möglich-

keiten eines zukünftigen Informationsaustausches oder einer Kooperation zu besprechen. Der VdK ist Träger der Beratungsstelle der UPD in Stuttgart. Dr. Bühler hat den zuständigen Referenten für Sozialpolitik und Sozialrecht des VdK, Stefan Pfeil, daraufhin in die Sitzung des Arbeitskreis eingeladen. Begleitet wurde er von einer Mitarbeiterin der Beratungsstelle Stuttgart der UPD, Fatima Neszmélyi, die die Beratungsstelle vorgestellt hat. Der Arbeitskreis sprach sich daraufhin für eine Kooperation mit der Beratungsstelle Stuttgart der UPD in Trägerschaft des VdK aus und hat mit der Festlegung der Eckpunkte einer schriftlichen Kooperationsvereinbarung Dr. Konrad Bühler und Christian Finster beauftragt. Auch seitens der Bundesgeschäftsstelle der UPD bestanden keine Einwände gegen die Vereinbarung. Der Entwurf der Vereinbarung wurde im November mit den Verantwortlichen der UPD und des VdK beraten. Die Vereinbarung ist noch nicht unterzeichnet. Die Kooperation könnte unter anderem die regelmäßige Teilnahme im Arbeitskreis seitens der UPD beinhalten.

Schulungskonzept für die Beratungszahnärzte in BW

Bereits seit mehreren Sitzungen berät der Arbeitskreis als Pilotprojekt einen Fortbildungsstag der Patientenberatung für die Zahnärzte, die im Rahmen der allgemeinen Patientenberatung und Zweitmeinung tätig sind, durchzuführen. Nachdem in der Sitzung des Arbeitskreis im Januar alle Leiter der baden-württembergischen Fortbildungseinrichtungen zu Gast waren, verständigte sich der Arbeitskreis darauf, den Leiter der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung in Karlsruhe, Prof. Dr. Winfried Walther, zu bitten, ein Konzept für das Pilotprojekt als Vorlage für die Vorstände von LZK und KZV auszuarbeiten. In der Sitzung im Juli stellte Prof. Walther dem Arbeitskreis das Konzept „Beratertraining – Optimierung und Weiter-

MITGLIEDER

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, LZK BW, Vorsitzender
Christian FINSTER, Stuttgart, KZV BW
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, LZK BW
Dr. Ute MAIER, Stuttgart, KZV BW
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, LZK BW

entwicklung der körperschaftseigenen Beratung zahnärztlicher Patienten“ vor. Die Vorstände von Kammer und KZV haben der Durchführung der für Oktober dieses Jahres geplanten Schulung aus haushalterischen und organisatorischen Gründen eine Absage erteilt. Prof. Walther wurde jedoch für das erste Halbjahr 2010 gebeten, eine zweitägige Fortbildung auf der Grundlage des vorgelegten Konzeptes anzubieten.

Statistische Auswertung

Der Arbeitskreis hat sich in seiner letzten Sitzung auf Anregung aus dem LZK-Vorstand auch mit den statistischen Auswertungen der allgemeinen und individuellen Patientenberatung mittels der entwickelten Erhebungs- und Erfassungsbögen beschäftigt. Der LZK-Vorstand war der Meinung, dass vorrangig inhaltlich-fachliche Aspekte des Beratungsgesprächs erfasst werden, aber die subjektive Zufriedenheit der Patienten, die Erfüllung ihrer Erwartungen sowie ihr Wohlbefinden mit der Beratungssituation nicht ermittelt werden. Der LZK-Vorstand hat den Arbeitskreis gebeten, entsprechende Vorschläge für eine künftige Handhabung dieser Problematik zu unterbreiten. Der Arbeitskreis hat sich darauf verständigt, diese Aspekte künftig in einem kurzen zusätzlichen Fragenbogen mit maximal vier Fragen bei den ratsuchenden Patienten abzufragen. Der Arbeitskreis wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Fragebogen im Detail beschäftigen.

Service-Hotline

Seit 2006 gibt es eine gebührenfreie landeseinheitliche Servicehotline für die Zahnmedizinische Patientenberatung in Baden-Württemberg, die durch das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) realisiert wurde. Unter der Rufnummer 08 00/ 4 74 78 00 wird die Hotline jeden Mittwoch von 15 bis 18 Uhr nach einem festen Plan von den vier Zahnärzتهäusern bedient. Im Falle die Hot-

line aufgrund der Vielzahl der Anrufe belegt ist, weist eine Sprechanzeige auf das Online-Patientenberatungsangebot der baden-württembergischen Zahnärzteschaft unter www.patientenberatung-bw.de hin. Auf den Internetauftritten der Kammer unter www.lzk-bw.de und der KZV BW unter www.zahnforum.de besteht zudem die Möglichkeit auch online Fragen an die Patientenberatungsstellen zu richten.

Auf der Grundlage der vom IZZ vorgelegten Auswertung zur Frequentierung der Hotline für das Jahr 2008 hat der Arbeitskreis festgestellt, dass die Erfolgsquote der Gespräche zu gering ist und hat daraufhin empfohlen, die Anzahl der Beratungszahnärzte, die während der Hotline-Zeiten zur Verfügung stehen, zu erhöhen. In den Zahnärzتهäusern wurde diese Anregung aufgenommen, so dass sich nunmehr die Erfolgsquote der Anrufer auf die Hotline deutlich erhöhen müsste.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Andrea MADER

STÄNDIGER GAST

Johannes CLAUSEN, Leiter IZZ

Die Zahnmedizinische Patientenberatung der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel für einen hervorragenden Service, der Vertrauen schafft und die Glaubwürdigkeit des zahnärztlichen Berufsstandes in der Öffentlichkeit stärkt.

Nachfolgend finden sich die statistische Auswertungen der in den Zahnärzتهäusern stattgefundenen allgemeinen Patientenberatungen und der Zweitmeinungsberatungen, deren Dokumentation und Auswertung die Bezirkszahnärztekammern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg monatlich übermitteln. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit wertet die monatlichen Erhebungsbögen aus und führt sie jährlich in der nachfolgenden Auswertung zusammen:

Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2008 bis 30.09.2009)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÛ	LZK BW
Beratungen	bisher durchgeführt					
	● davon persönlich			142	29	171
	● davon schriftlich				1	1
	● davon telefonisch	224	175	270	195	864
2. Ratsuchende/r						
weiblich	Insgesamt	152	138	260	143	693
	● zwischen 0 – 15 Jahre	8		13	7	28
	● zwischen 16 – 30 Jahre	10	6	16	8	40
	● zwischen 31 – 40 Jahre	23	21	86	11	141
	● zwischen 41 – 50 Jahre	23	32	44	26	125
	● zwischen 51 – 60 Jahre	23	33	62	26	144
	● älter als 60 Jahre	60	46	93	65	264
männlich	Insgesamt	71	55	152	81	359
	● zwischen 0 – 15 Jahre	3		14	6	23
	● zwischen 16 – 30 Jahre	3	1	9	7	20
	● zwischen 31 – 40 Jahre	9	10	16	9	44
	● zwischen 41 – 50 Jahre	14	18	32	14	78
	● zwischen 51 – 60 Jahre	13	7	30	11	61
	● älter als 60 Jahre	29	19	51	34	133

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche aus den Regierungsbezirken	Anzahl				Gesamt
	S	KA	FR*	TÜ	BW
3. Herkunft Ratsuchende/r					
Regierungsbezirk Freiburg					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	1	3	9	1	14
Landkreis Emmendingen	5		1	1	7
Stadtkreis Freiburg	15	21	27	4	67
Landkreis Konstanz	10	6	11		27
Landkreis Lörrach	6	7	16		29
Ortenaukreis	10	8	160		178
Landkreis Rottweil	5	3	2	1	11
Schwarzwald-Baar-Kreis	3	6	8		17
Landkreis Tuttlingen	4	3	1		8
Landkreis Waldshut	5	14	3	1	23
Regierungsbezirk Karlsruhe					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt	1	8	8		17
Landkreis Calw	6	3	1		10
Landkreis Freudenstadt	2	2	1		5
Stadtkreis Heidelberg	3	11	2	1	17
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe	9	25	10	1	45
Stadtkreis Mannheim	3	12	4	3	22
Neckar-Odenwald-Kreis	2	13	1		16
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	4	13	2		19
Tauberkreis					
Rhein-Neckar-Kreis	5	9	3		17

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche aus den Regierungsbezirken	Anzahl				Gesamt
	S	KA	FR*	TÜ	BW
Regierungsbezirk Stuttgart					
Landkreis Böblingen	3	2	13	7	25
Landkreis Esslingen	7	4	11	5	27
Landkreis Göppingen	6	2	5	4	17
Heidenheim	1	3	7	2	13
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	8	6	5	3	22
Hohenlohekreis	1	3	1	5	10
Landkreis Ludwigsburg	13	10	15	11	49
Ostalbkreis	3	4	2	3	12
Rems-Murr-Kreis	10	1	8	7	26
Landkreis Schwäbisch Hall	6	4	3	1	14
Stadtkreis Stuttgart	24	33	27	25	109
Tauberkreis	1	2		3	6
Regierungsbezirk Tübingen					
Alb-Donau-Kreis	2	1	3	1	7
Landkreis Biberach	4		2	3	9
Bodenseekreis	5	5		9	19
Landkreis Ravensburg	4	5	11	3	23
Landkreis Reutlingen	9	4	13	17	43
Sigmaringen		1	2	1	4
Landkreis Tübingen	10	9	8	19	46
Stadtkreis Ulm	7	5	2	5	19
Zollernalbkreis	2		2	6	10
Bayern	1				1
Gesamt BZK Stuttgart	226				
Gesamt BZK Karlsruhe		271			
Gesamt BZK Freiburg			410		
Gesamt BZK Tübingen				153	
Gesamt LZK BW					1060

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÜ	LZK BW
4. Schwerpunkte der Beratung						
	● Ästhetische Zahnheilkunde		3	11	3	17
	● Allg. zahnärztliche Fragen	10	11	39	8	68
	● Amalgam	5	3	8	1	17
	● Chirurgie	19	11	14	9	53
	● Festzuschüsse	2	1	1	1	5
	● Funktionslehre, Kiefergelenke	6	5	12	5	28
	● Honorarhöhe	28	11	4	5	48
	● Hypnose	7		1		8
	● Implantologie	58	31	79	51	200
	● KFO	17	16	35	20	88
	● Kinderzahnheilkunde	4	9	11	3	27
	● KONS/Füllungstherapie	28	22	52	27	129
	● PAR	12	8	23	11	54
	● Prophylaxe	5	1	22	8	36
	● Versiegelung	1	1	2		4
	● Zahnarztwechsel	21	1	21	3	46
	● Zahnersatz	95	83	130	105	413
	● Sonstiges	69	9	59	31	168
5. Reaktion						
	● positiv	201	184	328	198	911
	● negativ	4	2	1	1	8
	● keine Reaktion	17	8	29	25	79

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÜ	LZK BW
6. Verweis auf						
6.1 Zweitmeinungsmodell	In wie viel Fällen erfolgt?	58	88	42	26	214
6.2 Gutachterverfahren	In wie viel Fällen erfolgt?	30	13	18	35	96

* Ergänzung BZK Freiburg: Zusätzliche persönliche Patientenberatungsgespräche wurden geführt auf der Messe Oberrhein vom 27.09.08 bis 05.10.08.

Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2008 bis 30.09.2009)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Beratungen	Bisher durchgeführt	331	69	125	79	604
	● davon persönlich	331	69	125	79	604
	● davon schriftlich					
	● davon telefonisch					
Anlass	● Zweitmeinung	299	68	110	81	558
	● Erläuterung Behandlungsplan	20	17	47	7	91
	● Erläuterung Honorarplan	11	5	9	6	31
2. Untersuchung						
	In wie vielen Fällen erfolgt?	331	62	122	81	596
3. Angaben zum Patienten						
Weiblich	Insgesamt	212	47	87	53	399
	● zwischen 0 - 15 Jahre	17	10	21	14	62
	● zwischen 16 - 30 Jahre	10	9	4	5	28
	● zwischen 31 - 40 Jahre	14	1	3	5	23
	● zwischen 41 - 50 Jahre	17	6	9	10	42
	● zwischen 51 - 60 Jahre	30	15	14	8	67
	● älter als 60 Jahre	105	8	37	10	160
Männlich	Insgesamt	119	22	38	29	208
	● zwischen 0 - 15 Jahre	7	7	12	6	32
	● zwischen 16 - 30 Jahre	6		4	4	14
	● zwischen 31 - 40 Jahre	7	1		3	11
	● zwischen 41 - 50 Jahre	15	3	1	3	22
	● zwischen 51 - 60 Jahre	12	4	8	6	30
	● älter als 60 Jahre	62	7	16	7	92

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Regierungsbezirk Freiburg					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald			13		13
Landkreis Emmendingen			16		16
Stadtkreis Freiburg			42		42
Landkreis Konstanz			15		15
Landkreis Lörrach			13		13
Ortenaukreis			6		6
Landkreis Rottweil			2		2
Schwarzwald-Baar-Kreis			4		4
Landkreis Tuttlingen			3		3
Landkreis Waldshut			1		1
Regierungsbezirk Karlsruhe					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt		11			11
Landkreis Calw	2	1			3
Landkreis Freudenstadt					
Stadtkreis Heidelberg		1			1
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe		32			32
Stadtkreis Mannheim		13			13
Neckar-Odenwald-Kreis		3			3
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis					
Rhein-Neckar-Kreis		4			4

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt LZK BW
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Regierungsbezirk Stuttgart					
Landkreis Böblingen	39			1	40
Landkreis Esslingen	38			1	39
Landkreis Göppingen	7				7
Landkreis Heidenheim					
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	5				5
Hohenlohekreis	1				1
Landkreis Ludwigsburg	41				41
Ostalbkreis	1				1
Rems-Murr-Kreis	54				54
Landkreis Schwäbisch Hall	2				2
Stadtkreis Stuttgart	139				139
Tauberkreis					
Regierungsbezirk Tübingen					
Alb-Donau-Kreis				3	3
Biberach				1	1
Bodenseekreis				4	4
Landkreis Ravensburg			1	3	4
Landkreis Reutlingen				29	29
Sigmaringen				1	1
Landkreis Tübingen			7	40	47
Stadtkreis Ulm			1	2	3
Zollernalbkreis			1	6	7
Unterallgäu / Schwaben	1				1
Gesamt BZK Stuttgart	330				
Gesamt BZK Karlsruhe		65			
Gesamt BZK Freiburg			125		
Gesamt BZK Tübingen				91	
Gesamt LZK BW					611

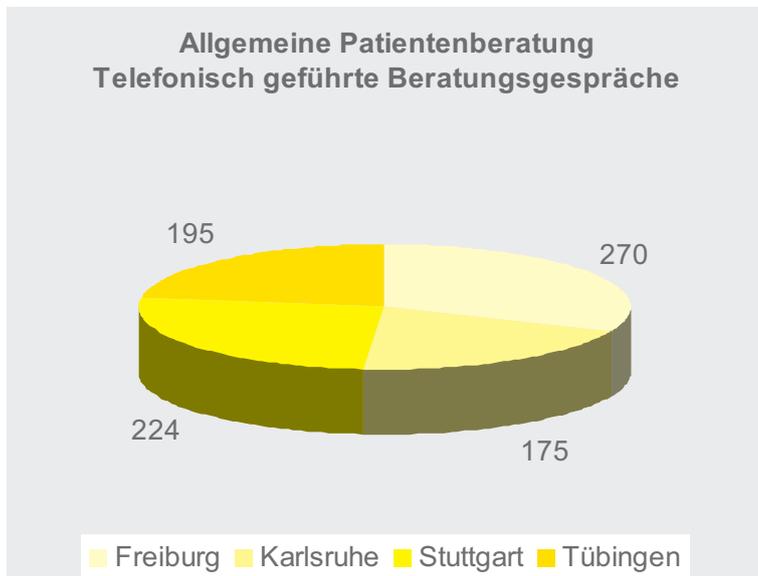
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
5. Woher ist die Zweitmeinung bekannt?						
	● Krankenkasse	117	28	63	34	242
	● Zeitung	31	4	18	5	58
	● Zahnärztin/ Zahnarzt	48	13	8	19	118
	● Sonstiges	136	25	36	31	228
6. Unterlagen						
	Vom Patienten vorgelegt	269	53	58	66	446
	Beim Behandler angefordert	3	11			14
7. Themenbereiche						
	● Ästhetische Zahnheil- kunde	8	2	1		11
	● Allgemeine zahnärztliche Fragen	16	1	6		23
	● Amalgam	1				1
	● Chirurgie	25		5	8	38
	● Festzuschüsse	2				2
	● Funktionslehre, Kiefer- gelenke	7	1	1	7	16
	● Honorarhöhe	32	5	28	1	66
	● Hypnose	1				1
	● Implantologie	118	17	52	24	211
	● KFO	41	25	37	24	127
	● Kinderzahnheilkunde					
	● KONS/ Füllungstherapie	16	1	5	11	33
	● PAR	43		10	6	59
	● Prophylaxe	10	1			11
	● Versiegelung					
	● Zahnersatz	209	36	76	42	363
	● Zahnarztwechsel	8	6	2		16
	● Sonstiges	17			1	18

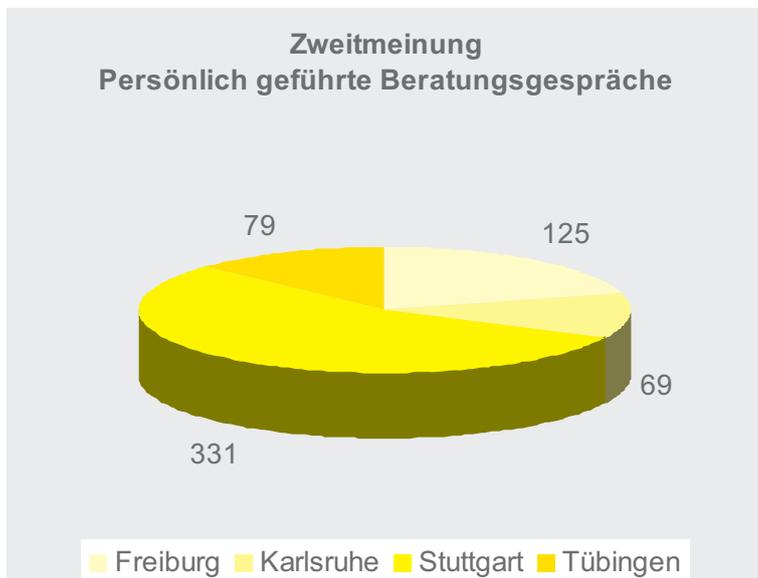
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW	
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ		
8. Antworten des Zweitmeinungszahnarztes							
Schriftlich			12	115	74	201	
Mündlich		331	65	125	82	603	
Reaktion Patientin/ Patient	● positiv	295	68	122	59	544	
	● negativ	2				2	
	● keine Reaktion	4	1	3	22	30	
9. Zweitmeinung übereinstimmend mit Behandlungsplanung							
		● ja, übereinstimmend	234	50	41	51	376
		● nein, nicht übereinstimmend	59	15	9	25	108
10. Kontaktaufnahme mit Zahnarzt?							
		● Ja	11	11		6	28
		● Nein	290	53	8	75	426
Reaktionen der Behandlerin/ Behandler	● positiv		8	5	1	15	29
	● negativ						
	● keine Reaktion			2	9	51	62
11. Verweis auf Gutachterverfahren							
		In wie viel Fällen erfolgt?	15	8	3	8	34

Anzahl der telefonisch geführten Patientenberatungsgespräche in der Allgemeinen Patientenberatung in den vier Regierungsbezirken



Anzahl der persönlich geführten Patientenberatungsgespräche in der Zweitmeinungsberatung in den vier Regierungsbezirken



Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung

Mit Beginn der 14. Kammerperiode hat sich die Zusammensetzung im Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung geändert: Dr. Elmar Ludwig hat den Vorsitz im Arbeitskreis von Dr. Bernhard Jäger übernommen. Wie in den Vorjahren, bestellte der Vorstand erneut Dr. Renate Lüllwitz-Hoch und Dr. Guido Elsässer in den Arbeitskreis. Als neue Mitglieder wurden Dr. Ulrike Heiligenhaus-Urmersbach und Dr. Carla Tornier, gewählt. Bisheriges ständiges Arbeitskreismitglied, Prof. Dr. Johannes Einwag, ist in der 14. Kammerperiode kooptiertes Mitglied.

Der Arbeitskreis hat im Berichtsjahr zwei Sitzungen abgehalten.

Die bereits im vergangenen Jahr eingerichtete interne Arbeitsgruppe ‚Altenpflegeausbildung‘ – bestehend aus Dr. Guido Elsässer, Dr. Elmar Ludwig und Dr. Klaus-Peter Rieger – hat ihre Arbeit fortgesetzt und tagte einmal im März dieses Jahres, um die Konzeption der Schulungsmodul zur Unter- richtung von Lehrkräften und Auszubildenden an Altenpflegeschulen abzuschließen.

Der Arbeitskreis hat im Berichtsjahr eine weitere interne Arbeitsgruppe eingerichtet – bestehend aus Prof. Dr. Johannes Einwag, Dentalhygienikerin Ulrike Kremer, Dr. Ludwig und Dr. Rieger – mit dem Auftrag, ein Konzept für einen Pilotkurs ‚Alters- und Behindertenzahnheilkunde für ZFA‘. Es fand ein Treffen der Arbeitsgruppe im September statt. Das vorgelegte Konzept wird jetzt in den zuständigen Gremien beraten.

Agenda 14. Kammerperiode

Mit der Übernahme des Vorsitzes im Arbeitskreis hat Dr. Ludwig eine Agenda für die laufende Kammerperiode mit zahlreichen Arbeitsschwerpunkten aufgestellt. Die Agenda unterstreicht die Zielsetzung des Arbeitskreises, ein schlüssiges zahnärztliches Betreuungskonzept für den Bereich der Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege in Baden-Württemberg zu entwickeln, um die Lebensqualität pflegebedürftiger älterer Menschen sowie Menschen mit Behinderungen zu steigern und Schmerzen im Mundbereich zu reduzieren. Ebenso ist die Prophylaxe von Allgemeinerkrankungen Zielsetzung des Betreuungsprojektes.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, hat der Arbeitskreis verschiedenste Maßnahmen ergriffen. Dazu zählen:

- Entwicklung von Schulungsmaterialien für die Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege
- Schulung der Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie der zahnärztlichen Mitarbeiterinnen
- Schulung des Pflegepersonals vor Ort und in der Ausbildung
- Aufbau einer Infrastruktur zur kompetenten zahnärztlichen Betreuung Pflegebedürftiger durch gezielte Maßnahmen der Beauftragten zusammen mit den Betreuungsteams.



MITGLIEDER

Dr. Elmar LUDWIG, Ulm, Vorsitzender
Dr. Guido ELSÄSSER, Kernen-Stetten
Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH, Karlsruhe
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen
Dr. Carla TORNIER, Emmendingen

KOOPTIERTES MITGLIED

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart

In allen Bereichen hat der Arbeitskreis im Berichtsjahr große Fortschritte erzielt.

Schulungsmaterialien

Mit Beginn der neuen Kammerperiode wurden auch die Senioren- und Behindertenbeauftragten (SuB) neu bestellt. In jeder der 38 Kreisvereinigungen des Landes gibt es einen Senioren- und Behindertenbeauftragten. Für die Stadtbereiche Stuttgart und Freiburg wurden jeweils zwei Beauftragte seitens der zuständigen Bezirkszahnärztkammer bestellt, um die Vielzahl an Pflegeeinrichtungen abzudecken. Im Rahmen des Betreuungskonzeptes

nehmen die Senioren- und Behindertenbeauftragten eine Schlüsselstellung

ein, fungieren sie doch als entscheidende Koordinatoren vor Ort. Die Beauftragten sind erste Anlaufstelle für zahnärztliche Kolleginnen und Kollegen, die sich gerne in einer Pflegeeinrichtung engagieren möchten oder bereits engagieren. Die Beauftragten sind auch Ansprechpartner für Pflegeeinrichtungen, die die Mundhygiene der Bewohner in ihrem Haus verbessern möchten und für ihre Einrichtung einen Betreuungszahnarzt suchen. Es fällt zudem in den



Aufgabenbereich der Senioren- und Behindertenbeauftragten, bei Bedarf

praxisnahe Schulungsveranstaltungen für das Pflegepersonal und pflegende Angehörige zu vermitteln. In erster Linie für diesen Zweck steht den Beauftragten die um-



fangreiche und sich ständig erweiternde Palette an pädagogischen Hilfs- und Demonstrationsmaterialien zur Verfügung. Dazu gehören ein Pflegekoffer, ein neu realisierter Pflegefilm auf DVD, Powerpoint-Vortrag auf CD-ROM, eine Diashow und viele weitere im Internetauftritt der LZK BW unter www.lzk-bw.de in einem eigenen Bereich zur Verfügung gestellte Formulare und Broschüren.

In Kürze wird diese Palette um ein weiteres sehr wertvolles Arbeitsmittel ergänzt. Jeder/jedem Senioren- und Behindertenbeauftragten wird dann ein Demonstrationsmodell (Oberkiefer-teilbezahnt mit Zahnersatz und Unterkiefer vollbezahnt) und fast in jedem Kreis zusätzlich eine Phantomkopfeinheit für Schulungen in Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen zur Verfügung stehen. Die Kosten zur Anschaffung dieser Demonstrationsmodelle sind vom Vorstand der Landes Zahnärztekammer bewilligt worden und werden von den Bezirks Zahnärztekammern übernehmen. Noch im Herbst dieses Jahres wird das neue Material im Rahmen der halbjährlichen Treffen zum Erfahrungsaustausch in jedem Bezirk an die Senioren- und Behindertenbeauftragten überreicht.



Handbuch für den SuB

Das Betreuungskonzept steht und fällt mit dem Engagement der Senioren- und Behindertenbeauftragten. Um diesen eine systematische Orientierungshilfe für ihre

AG ALTENPFLEGEAUSBILDUNG

Dr. Guido ELSÄSSER, Kern-Netten
Dr. Elmar LUDWIG, Ulm
Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen

Arbeit vor Ort zu geben, gibt es seit September ein „Handbuch für den SuB“, das die bisherigen Erfahrungen aus den einzelnen Kreisen zusammenfasst. Inhalt des Handbuches ist die Vorstellung des Betreuungsprojekts, die Darstellung der Verfahrensabläufe sowie die Beschreibung aller Arbeitsmittel einschließlich ihres Einsatzes.

SuB INFORM und Mailingliste SuB-bw@zobw.de

Für den schnellen Informationsaustausch zwischen den Senioren- und Behindertenbeauftragten wurde eine eigene Mailingliste eingerichtet. Zusätzlich gibt es inzwischen einen eigenen Newsletter nur für Senioren- und Behindertenbeauftragte „SuB INFORM“ mit aktuellen Meldungen und anderen wertvollen Tipps und Empfehlungen für die tägliche Arbeit. Es wurden bereits zwei Ausgaben per Mail versendet. Alle Ausgaben einschließlich der Anlagen stehen ebenfalls im Internetauftritt der LZK BW zur Verfügung.

Schulung von Zahnärzten und zahnärztlichen Mitarbeiterinnen

Die Schulung der Zahnärztinnen und Zahnärzte, die sich im Rahmen des Betreuungsprojektes als Senioren- und Behindertenbeauftragte oder als Betreuungszahnärzte engagieren, erfolgt über das ZFZ Stuttgart, das ein eigenes Curriculum Geriatrie entwickelt hat. Das Curriculum wird gut angenommen und geht im Herbst dieses Jahres in die dritte Runde. Ein 4. Geri- Curriculum ist ebenfalls bereits terminiert für



das Frühjahr 2010. Die Inhalte des Curriculums werden ständig verbessert und dem Bedarf der Zahnärztinnen und Zahnärzte in den Praxen angepasst. Vor allem die bisherigen Abschlussgespräche haben sich als überaus konstruktiver Erfahrungsaustausch erwiesen, der die Alterszahnheilkunde in allen ihren Facetten beleuchtet. Senioren- und Behindertenbeauftragte können einmalig zu vergünstigten Konditionen am Curriculum teilnehmen.

Um auch die Schulung der zahnärztlichen Mitarbeiterinnen im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde voranzutreiben, hat der Arbeitskreis eine interne Arbeitsgruppe, eingesetzt und mit der Erarbeitung eines Konzeptes für einen Pilotkurs „Alters- und Behindertenzahnheilkunde“ für Zahnmedizinische Fachangestellte beauftragt. Dem Arbeitskreis lag ein erster Entwurf eines solchen Pilotkurses in seiner Sitzung im Oktober vor. Ziel des 30-stündigen Kurses ist es, qualifizierte Mitarbeiter/innen (Zahnmedizinische Prophylaxeassistentin/ Zahnmedizinische Fachangestellte/ Dentalhygienikerin) zu befähigen, die bisher ausgeübten Tätigkeitsprofile unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Delegationsgrundsätze auch innerhalb und außerhalb der Praxis durchzuführen. Das Programm liegt nunmehr dem Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen zur Beratung vor.

Schulung des Pflegepersonals, der Fachlehrer und der Auszubildenden

Die Schulung des Pflegepersonals ist ein zentraler Baustein innerhalb des Betreuungskonzeptes. Dabei geht es sowohl um die zahnmedizinische Schulung des bereits seit vielen Jahren in den Einrichtungen tätigen Pflegepersonals als auch um die Schulung der sich in Ausbildung befindlichen Schülerinnen und Schüler und deren Lehrkräfte. Um diese Aufgabe flächen-

AG ALTERS- UND BEHINDERTENZAHNHEILKUNDE FÜR ZFA

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart
DH Ulrike KREMER, Stuttgart
Dr. ELMAR LUDWIG, Ulm
Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen

deckend durchführen zu können, wurden unter anderem die Senioren- und Behindertenbeauftragten bestellt.

Da der Beauftragte in den meisten Fällen die Betreuung sämtlicher Einrichtungen einschließlich Schulungen nicht alleine bewältigen kann, empfiehlt es sich ein Netz an Betreuungsteams aufzubauen. Die Betreuungsteams können sich die Demonstrations- und Hilfsmaterialien vom zuständigen Senioren- und Behindertenbeauftragten in ihrem Kreis entleihen. Die meisten Betreuungszahnärzte wurden aber bereits mit eigenen Exemplaren des Pflegefilms und des Powerpoint-Vortrages versorgt.

Pilotschulung für Lehrkräfte an Altenpflegeschulen

Ein weiterer Ansatzpunkt des Betreuungsprojektes beinhaltet die enge Zusammenarbeit mit den privaten Altenpflegeschulen des Landes, um durch die Aufnahme zahnmedizinischer Inhalte in den Rahmenlehrplan eine Verbesserung der Ausbildung und eine Sensibilisierung der Pflegekräfte für die Mundgesundheit der Bewohner zu erreichen.



Eine interne Arbeitsgruppe hat drei zahnmedizinische Module „Präventive Zahnheilkunde in der Altenpflegeausbildung in Theorie und Praxis: Lebensqualität,

Schmerzfreiheit und Infektionsprophylaxe“ erarbeitet, die den Lehrkräften von zehn privaten Altenpflegeschulen im Land in einer Fortbildungsveranstaltung im Mai dieses Jahr vorgestellt wurden. Jedes Modul ist mit einem zeitlichen Umfang von ungefähr acht Schulstunden

kalkuliert und umfasst drei Blöcke. Die Module beinhalten theoretisches Wissen sowie Anregungen für praktische Übungen mit den aus dem Arbeitskreis für die Senioren- und Behindertenbeauftragten konzipierten pädagogischen Hilfs- und Demonstrationsmaterialien.

Ebenfalls an der Pilotveranstaltung nahmen die Mitglieder eines Referentenpools teil. Aus jedem Kammerbezirk finden sich in der Alters- und Behindertenzahnheilkunde engagierte Betreuungszahnärztinnen und Betreuungszahnärzte in diesem Referentenpool. Der Referentenpool wurde gebildet, um möglicherweise flächendeckend Schulungen an Altenpflegeschulen anbieten zu können. Da es sich bei den Mitgliedern des Referentenpools in den meisten Fällen um bestellte Senioren- und Behindertenbeauftragte handelt, stehen die Hilfs- und Demonstrationsmaterialien der Beauftragten bei Schulungen stets zur Verfügung.



Die Pilotveranstaltung stieß bei den Lehrkräften auf großes Interesse. Die Lehrkräfte zeigten grundsätzlich Bereitschaft, die vorgestellten Module im Rahmen ihres Unterrichts einzusetzen. Nach dieser Übergangsphase eines gemeinsamen Unterrichts sehen die Lehrkräfte keine Bedenken, die Lehrinhalte mithilfe der vorgestellten Hilfs- und

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Andrea MADER
Annerose HAUBER

Demonstrationsmaterialien selbstständig zu unterrichten.

In der Folge der Pilotveranstaltung führten Dr. Klaus-Peter Rieger und Dr. Elmar Ludwig im Juni ein Gespräch mit dem Vorsitzenden, Wolfgang Hahl, und dem stv. Vorsitzenden, Wolfgang Haug, der Konferenz der privaten Altenpflegeschulen in Baden-Württemberg. Bei dem Gespräch galt es, die Möglichkeiten, an privaten Pflegeschulen zahnmedizinische Lehr- und Lerninhalte sinnvoll zu integrieren sowie die Frage der Honorierung abzuklären. Es war ein sehr konstruktives und offenes Gespräch und es wurde eine Weiterführung der Kooperation mit den privaten Pflegeschulen vereinbart. Die Gesprächspartner einigten sich darauf, dass die Landeszahnärztekammer ein Schulungsprogramm für 16 Unterrichtsstunden konzipieren wird, das an den Schulen der fünf Vorstandsmitglieder der Konferenz der privaten Altenpflegeschulen in Ravensburg/ Wangen, Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg als Pilotveranstaltung durchgeführt wird. Das Programm ist für das 2. und 3. Ausbildungsjahr konzipiert und soll in einem Zeitraum von 4-5 Wochen entweder in 2 Blöcken (2 x 8 Stunden) oder in vier Blöcken (4 x 4 Stunden) abgehalten werden. Die Gesprächsrunde verständigte sich weiterhin darauf, dass im Anschluss an diese fünf Pilotveranstaltungen die gleichen Referenten an den genannten Standorten 1-2 tägige Schulungen für examinierte Pflegekräfte und für Praxisanleiter anbieten. Für interessierte Fachlehrer wird eine 1-tägige Schulung Ende Januar 2010 stattfinden.

Bewerbung Qualitätsförderpreis Gesundheit Baden-Württemberg

Um das Betreuungsprojekt des Arbeitskreises auch dem Ministerium für Arbeit und Soziales bekannt zu machen, hat die Landeszahnärztekammer das Projekt für den diesjährigen Qualitätsförderpreis Gesundheit Baden-Württemberg beworben. Das Ministe-

rium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg und die im Gesundheitsforum Baden-Württemberg beteiligten Institutionen loben den mit insgesamt 15.000 EUR dotierten Qualitätsförderpreis Gesundheit Baden-Württemberg aus.

Leider teilte das Ministerium im September mit, dass die Bewerbung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg nicht berücksichtigt werden konnte, da der Nachweis der eigenen Qualitätsverbesserung fehlt und die derzeit nur teilweise erfüllten Preiskriterien des LZK-Projektes für eine Einreichung zu früh erscheinen. Das Ministerium regte jedoch an, ggf. zu einem späteren Zeitpunkt, wenn ausreichend Daten bzw. aussagekräftige Erkenntnisse vorliegen, das Projekt erneut für den Qualitätsförderpreis Gesundheit BW einzureichen.

Der Arbeitskreis hat die Absage des Ministeriums zum Anlass genommen, Instrumente zur Messung der Qualitätsverbesserung des Projektes zu entwickeln. Mit dem Nachweis der Qualitätsverbesserung soll das Projekt 2012 erneut für den Qualitätsförderpreis beworben werden.

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Mit Beginn der neuen Kammerperiode hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) einen neuen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit bekommen. Ansprechpartner und Verantwortlicher in allen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit der Kammer ist nunmehr Dr. Bernhard Jäger als gewählter stellvertretender Präsident der Landes Zahnärztekammer für die 14. Kammerperiode. Er verantwortet die gesamte externe wie interne Öffentlichkeitsarbeit. In der LZK-Geschäftsstelle arbeitet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation dem Referenten für Öffentlichkeitsarbeit zu. In Abstimmung und im Auftrag des Direktors der LZK BW und des Öffentlichkeitsreferenten führt die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation alle laufenden Geschäfte in der internen Öffentlichkeitsarbeit.

Mit den Worten Henry Fords „Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ein Erfolg“ appellierte Dr. Jäger bei seinem Amtsantritt für eine vertrauensvolle kollegiale Zusammenarbeit und eine gute Zusammenarbeit von Ehrenamt und Verwaltung. Mit den Themen Freiberuflichkeit, neue Berufsausübungsformen und den Veränderungen des Gesundheitsmarktes benannte er Arbeitsschwerpunkte und Herausforderungen, die er sowohl in die Arbeit als Öffentlichkeitsreferent als auch als stellvertretender Präsident einfließen zu lassen beabsichtigt.

Nach nur kurzer Einarbeitungszeit konnten Öffentlichkeitsreferent und Verwaltung nahtlos an ihren Auftrag anknüpfen, den Kammermitgliedern – die über 11.000 Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg und ihre zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen – im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ein Höchstmaß an Information und Service zu bieten. Dem bewährten Mix an Kommunikationsinstrumenten, um diesen

Service- und Informationsverpflichtungen nachzukommen, ist das Referat Öffentlichkeitsarbeit treu geblieben – auch wenn verschiedene interne Verfahrensabläufe modifiziert und weiter optimiert wurden. In einem Arbeitsgespräch haben der Öffentlichkeitsreferent, die Kommunikationsassistentin und der Direktor der LZK BW den redaktionellen Ablauf und die Zusammenarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit geregelt. Verantwortlichkeiten und Freigaben für das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (ZBW) haben hier ebenso eine Regelung erfahren wie die Abstimmung der externen und internen Öffentlichkeitsarbeit. Im Folgenden sollen die wichtigsten Maßnahmen und Umsetzungen in den einzelnen Kommunikationsbereichen dargestellt werden.

Layoutüberarbeitung und Relaunch des Onlineauftritts

Zu den Aufgaben des Referats Öffentlichkeitsarbeit gehörte im Berichtsjahr die organisatorische Abwicklung, Koordination und Planung der Überarbeitung des Onlineauftritts der LZK BW gemeinsam mit der EDV-Abteilung.



Die Initiative zur Überarbeitung des Internetauftritts der Kammer ging von den Geschäftsführern aus, die dem LZK-Vorstand nach 7-

REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Andrea MADER, Kommunikationsassistentin Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Sandy STEINIGER, Sachbearbeiterin Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

jährigem Bestehen des Internetauftritts eine Überarbeitung empfohlen haben. Der Web-auftritt soll grundsätzlich einen moderneren, offeneren und ansprechenderen ‚touch‘ erhalten, der sich sowohl im visuellen Erscheinungsbild als auch in der Funktionalität, der Benutzerfreundlichkeit und der Menüführung wiederfindet. Bei der grafischen Optimierung geht es vordergründig um die Berücksichtigung der internen Corporate Identity-Vorgaben und des neuen Kammer-

Die Kammer
IHR PARTNER

leitbildes. Es sind keine inhaltlichen Änderungen geplant, die Inhalte werden jedoch neu

strukturiert und überarbeitet.

Der LZK-Vorstand hat sich der Empfehlung der Geschäftsführer angeschlossen und den EDV-Beauftragten, Dr. Forschner, sowie den Öffentlichkeitsreferenten, Dr. Jäger, beauftragt, die Überarbeitung standespolitisch zu begleiten und dem LZK-Vorstand bis zum Herbst dieses Jahres Vorschläge zu unterbreiten. Die LZK-Geschäftsstelle hat daraufhin eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet und ein Pflichtenheft erarbeitet. Mit der Überarbeitung des Onlineauftritts wurde dieselbe Firma, wsp design, beauftragt, die bereits den Internetauftritt in seiner jetzigen Form realisiert hat.

In seiner Sitzung im September hat der LZK-Vorstand der vorgestellten Internetüberarbeitung und insbesondere dem ansprechenden Layout zugestimmt.

Anfang Oktober hat die Firma wsp design die programmierten Vorlagen und Seiten an die LZK BW geliefert. Nach diversen technischen Vorarbeiten seitens der EDV-Abteilung übernehmen die Fachabteilungen derzeit die Inhalte des alten Auftritts in den neuen Auftritt und überarbeiten die Inhalte. Der neue Onlineauftritt der Landes Zahnärztekammer soll Anfang 2010 freigeschaltet werden.

Kammerpräsenz im ZBW stärken

Als Referent für Öffentlichkeitsarbeit vertritt Dr. Bernhard Jäger die Landes Zahnärztekammer im Geschäftsführenden Ausschuss des Informationszentrums für Zahngesundheit (IZZ) und wirkt über dieses Gremium gemeinsam mit dem Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW), Dr. Hans-Hugo Wilms, an den laufenden Geschäften des IZZ beratend und koordinierend mit. Als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des IZZ wirkt Dr. Jäger auch in der Arbeit der Redaktion des ZBW beratend mit und ist an der Planung und Koordination des Zahnärzteblattes beteiligt.

Die ZBW-Kammerredaktion, die aus dem Öffentlichkeitsreferenten und der Kommunikationsassistentin der LZK BW besteht, hat sich zum Ziel gesetzt, die Präsenz der Kammer im Zahnärzteblatt deutlich zu verstärken und die Kammer in der Wahrnehmung ihrer Mitglieder noch deutlicher zu positionieren. Dieses Ziel versuchte die Kammerredaktion durch eine verstärkte Berichterstattung kammer-spezifischer Themen und Initiativen zu erreichen.

Mit einem gemeinsamen Leitartikel haben LZK-Präsident Dr. Udo Lenke und sein Stellvertreter Dr. Bernhard Jäger die 14. Kammerperiode in der Märzausgabe des ZBW

eingeleitet und ihre berufspolitischen Ziele für die anstehende Kammerperiode formuliert.



Auch im Berichtsjahr hielt das ZBW-Redaktionsgremium daran fest, in jeder Ausgabe ein spezielles Titel- und Schwerpunktthema zu bearbeiten, das dann von Kammer wie von KZV-Seite durch weiterführende Beiträge beleuchtet wird. Die Bundestagswahl sowie die ihr vorangehende Europawahl bot in diesem Zusammenhang zahlreiche Möglichkeiten für Interviews mit den sich zur Wahl stellenden Politikern und dem Vergleich der gesundheitspolitischen Aussagen der Parteien.

Zwei Klausurtagungen des LZK-Vorstandes zu den Themen Kammerleitbild und Freiberuflichkeit fanden ebenfalls Eingang in die ZBW-Berichterstattung.

Das neue Kammerleitbild „Die Kammer – Ihr Partner“ wurde von Dr. Jäger in einem Leitartikel im Juni vorgestellt und durch ein Interview mit dem LZK-Präsidenten Dr. Udo Lenke in derselben Ausgabe flankiert. Das Thema Freiberuflichkeit wurde in einem gemeinsamen Titelthema in der Oktoberausgabe bearbeitet und von Dr. Lenke in seinem Leitartikel eingeführt. Die Berichterstattung über die Ergebnisse der Klausurtagung ergänzte ein Kommentar des Öffentlichkeitsreferenten. Die ZBW-Redaktion nutzte zudem die Teilnahme des Präsidenten der Bundeszahnärztekammer Dr. Peter Engel an der Klausurtagung für ein Interview, das der Öffentlichkeitsreferent führte.

Die Berichterstattung über kammer-spezifische Themen und Initiativen im Zahnärzteblatt versuchte die Kammerredaktion zu forcieren. Dazu gehört das Angebot einer Hygieneberatung durch die LZK BW, deren Ab-



lauf in der Dezemberausgabe dargestellt wird. Auch über das neue Schulungsangebot der Kammer für zahnmedizinische Mitarbeiterinnen im Bereich Praxisführung erschienen mehrere ausführliche Berichte im ZBW. Die erfolgreiche und engagierte Arbeit der Landes Zahnärztekammer im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde wurde ebenfalls in verschiedenen ZBW-Beiträgen beleuchtet. Ein Sachstandsbericht über den Heilberufekammerausweis, der von den Kammern ausgegeben wird, erschien in der Novemberausgabe. Mit einer Übersicht der Förder- und Subventionsprogramme und Möglichkeiten für Zahnärzte in der Oktoberausgabe kam die Kammer ihrem Serviceanspruch nach. Der Parlamentarische Abend auf Einladung zweier CDU-Bundestagsabgeordneter und der BZÄK am 21. April in Berlin rückte das Thema der zahnärztlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen in den Blickpunkt. Wie die zahnärztliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen verbessert werden kann, darüber sprach die Kammerredaktion mit dem Referenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg für Behindertenzahnheilkunde, Dr. Guido Elsässer, und dem stv. Vorsitzenden für Körper- und Mehrfachbehinderte BW, Dr. Ulrich Noll.

Die Kammerberichterstattung runden regelmäßige Beiträge aus den Ausschüssen und Arbeitskreisen sowie juristische Fachbeiträge zu aktuellen, die Zahnärzteschaft betreffende Urteile ab.

Praxisteam Aktuell – das Magazin für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen der LZK BW

Die Landes Zahnärztekammer BW gibt im Vierteljahresrhythmus das Magazin Praxisteam Aktuell als Beilage zum ZBW heraus. Die Redaktion besteht aus dem Referenten für Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikationsassistentin. Heftplanung, Redaktion,

Layout und alle weiteren Schritte bis zur Drucklegung werden über die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation abgewickelt.

Im Berichtsjahr hat die LZK BW im Mai, im September und im Dezember ein Praxisteam Aktuell herausgegeben. In bewährter Manier wurde jedes Heft mit einem Editorial des Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Klaus-Peter Rieger, eingeleitet. Die Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung ist ein fester und unerlässlicher Bestandteil der redaktionellen Arbeit geworden, um wichtige Themen aus dem Bereich der Praxisführung an die zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen zu transportieren. In der Maiausgabe gab das Praxisteam Aktuell einen Überblick zum Thema Gefahrstoffe, sodass die Mitarbeiterinnen in die Lage versetzt wurden, sicher mit Gefahrstoffen in der Praxis umzugehen. Die Septemberausgabe widmete sich ausführlich der Werbung für das neue Fortbildungsangebot der Kammer für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen. Tipps zur professionellen Reinigung von

Implantaten häuslich und in der Praxis gab DH Miriam Heyne in einem 2-teiligen Fortbildungsbeitrag. Beiträge über die Fortbildungstagungen für Mitarbeiterinnen in den Bezirken wie in der Maiausgabe über die Schluchsee-Tagung sowie Artikel zu Gesundheits- und Ernährungsfragen runden das Praxisteam Aktuell ab.

Jede Printausgabe des Praxisteam Aktuell findet sich zeitgleich auch im Internetauftritt der LZK unter www.lzk-bw.de.



Kammer INFORM

Bereits etabliert ist der E-Newsletter Kammer INFORM als Verstärkung der berufspolitischen Kommunikation im ZBW für den engen Kreis der Ehrenamtsträger von Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Bezirks Zahnärztekammern sowie für opinion leader in Berufsvertretung, Politik und Gesellschaft auf Landes- wie auf Bundesebene. Der Adressatenkreis des Kammer INFORM wurde in diesem Jahr um die Kreisvereinigungspräsidenten und deren Stellvertreter erweitert, sodass die LZK mit ihrem Newsletter nun auf Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene präsent ist und mit Interesse gelesen wird, worauf die zahlreichen Rückmeldungen nach Versand des Newsletters schließen lassen. Bis zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichtes hat die LZK BW 20 Ausgaben des Kammer INFORM herausgegeben.



Zuständig für die Erstellung des Kammer INFORM ist die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der LZK-Geschäftsstelle. Diese Entscheidungsstrukturen mit ihren kurzen Abstimmungswegen ermöglichen stets eine zeitnahe und aktuelle Bereitstellung von Hintergrundinformationen.

In diesem Jahr nutzte auch der LZK-Vorstand das Kammer INFORM verstärkt zur Positionierung und beauftragte das Referat Öffentlichkeitsarbeit mit gezielten Beiträgen, die

ausschließlich im Kammer INFORM veröffentlicht wurden.
Alle Ausgaben des Kammer INFORM sind im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer im Bereich Zahnärzte unter der Rubrik ‚Amtsinfos‘ eingestellt.

Mitgliederbindung durch gemeinsame Fachexkursion

Seit 2006 bietet die LZK BW für ihre Mitglieder Fachexkursionen an. Nach Peking, Südafrika und Vietnam führte die Mitglieder-Fachexkursion in diesem Jahr nach Indien.

Die Fachexkursionen stellen für die Kammer wegen des berufsbezogenen Fachprogramms und des kollegialen Austauschs ein wichtiges Mittel der internen beruflichen Kommunikation dar. Für die Organisation und Durchführung der Mitglieder-Fachexkursionen arbeitet die Kammer seit Aufnahme dieses Angebotes mit dem Reisedienst Bartsch zusammen, der sich auf Fachexkursionen für verschiedene Berufsgruppen spezialisiert hat.

Für Fragen im Vorfeld der Reisen, als Ansprechpartner für die Reiseteilnehmer, für die Kommunikation mit dem Reiseunternehmen, die fotografische Begleitung sowie die Nachbereitung der Reisen und die Berichterstattung im ZBW ist die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Auch im vierten Jahr erfreute sich die Fachexkursion großer Beliebtheit bei den Mitgliedern. Viele der Mitglieder sind seit der Peking-Reise treue Teilnehmer. In diesem Jahr konnte die LZK vier Reisegruppen nach Indien anbieten. Insgesamt nahmen 105 Mitglieder gemeinsam mit ihren Familien und Bekannten an der Reise teil. Das Fachexkursionsprogramm konnte weiter ausgebaut werden und war in diesem Jahr in Delhi ein echtes Highlight.

Sowohl über die touristischen Höhepunkte als auch das Fachprogramm wird ausführlich im ZBW berichtet.



Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (ZBW) bildet mit seinen Berichten, Reportagen, Leitartikeln, Kommentaren und Interviews die Informationsplattform für die Kollegenschaft. Es informiert seine Leserinnen und Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten ein. Die Redaktion bilden Johannes Clausen (Chr.) Andrea Mader und Dr. Bernhard Jäger (Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg LZK BW) und Guido Reiter und Dr. Hans Hugo Wilms (Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg KZV BW). Redaktionsassistentin ist Gabriele Billischek (Informationszentrum Zahngesundheit IZZ). Der Geschäftsführende Ausschuss, vertreten durch Dr. Bernhard Jäger und Dr. Hans Hugo Wilms, ist das berufspolitische Bindeglied zwischen dem IZZ-Verwaltungsrat, Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) und Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg KZV BW, als den Herausgebern des ZBW.

Sitzungen

Im Berichtsjahr wurden 9 Redaktions-sitzungen und ein ZBW-Workshop durchgeführt. In den monatlichen Redaktions-sitzungen werden u. a. Titelblatt, Themen-planung, Blattkritik, Terminbesetzungen und vieles mehr besprochen und abgestimmt. Einmal im Jahr wird im Rahmen des ZBW-Workshops die Jahres-Planung von Text- und Bildbeiträgen sowie die Gestaltung be-handelt, Strategien zur Optimierung der Bild-qualität sowie Schritte zur Optimierung und Weiterentwicklung von Inhalt und Layout festgelegt.

www.zahnaerzteblatt.de

Die Online-Ausgabe des ZBW hat sich im Jahr 2009 weiterentwickelt. Ausgewählte Beiträge sowie aktuelle News wurden bereits vor Erscheinen der Heftausgabe online veröffentlicht, um so eine zeitnahe und aktuelle Berichterstattung sicher zu stellen. Die Attraktivität des Online-Angebots wurde erhöht und das ZBW Online konnte den Leserinnen und Lesern Informationen in Text und Bild anbieten, die über die Inhalte der Printausgabe hinausgehen. Diese zusätzlichen Informationen wie z. B. weitere Fotos, Links, zusätzliche Texte, O-Töne, Videos, etc. stießen bei den Leserinnen und Lesern auf großes Interesse und bilden eine gute Ergänzung zur gedruckten Version des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg.



Titelthemen 2009

Die zahnärztliche Selbstverwaltung stand zu Beginn des Jahres 2009 im Vordergrund der ZBW-Berichterstattung. Dr. Monika Stolz MdL, Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg, weist in ihrem Leitartikel darauf hin, dass die Selbstverwaltung als gelebte Verantwortung zu verstehen sei. Der Artikel befasst sich mit „Reibungsflächen und Gestaltungsspielraum“, der die Selbstverwaltung und Staats-gewalt genauer beleuchtet. Wie die zahnärztliche Selbstverwaltung in den Dialog mit der Politik tritt,



HERAUSGEBER

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg mit den Bezirks Zahnärztekammern
Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

REDAKTION

Johannes Clausen, HC (Chefredakteur, verantwortlich)

„Gesundheit braucht eigene Regelungen“. In seinem Leitartikel spricht sich Dr. Norbert Engel „Für ein Europa der Regionen“ aus. Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 wurden Gespräche mit der SPD-Landesvorsitzenden Ute Vogt MdL („Solidarisch füreinander eintreten“) und mit dem Erzbischof Robert Zollitsch („Sozial ist, was dem Einzelnen gerecht wird“) geführt. Der Beitrag über Koordinierungskonferenz und Jahrestreffen der DGAZ behandelt das Thema „Häusliche Gewalt – wie kann der Zahnarzt helfen?“.

In der Juni-Ausgabe 2009 stellt sich schwerpunktmäßig die LZK BW als Partner des Zahnarztes vor. Aus den Klausurtagungen des LZK-Vorstandes geht ein Leitbild hervor, das als standespolitisches Programm aufgenommen wird. Im ZBW-Interview „Die Kammer als berufliche Heimat“ erläutert der Präsident der LZK BW, Dr. Udo Lenke, die Vision, die zum Leitbild führte. Und im Leitartikel unterstreicht Dr. Bernhard Jäger, was es mit dem Leitbild der Kammer auf sich hat: „Die Kammer – Ihr Partner!“ Der Beitrag über die Vertretersammlung der BZK Freiburg befasst sich mit der Zahnärztlichen Selbstverwaltung und dem Ehrenamt. Weitere berufspolitische Themen sind im ZBW die Pilotveranstaltung für Lehrkräfte an privaten Altenpflegeschulen, der Parlamentarische Abend in Berlin mit dem Schwerpunkt Mundgesundheit von Menschen mit Behinderungen. Abgerundet wird die Thematik mit verschiedenen Interviews. Dr. Guido Elsässer gibt Auskunft über die derzeitige zahnärztliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Und Dr. Ulrich Noll MdL, damaliger Fraktionsvorsitzender der FDP in Baden-Württemberg fordert „Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren“. Zusätzlich wird dem Thema Gesundheitspolitik viel Platz eingeräumt. Es findet eine Bestandsaufnahme nach fünf Monaten Gesundheitsfonds statt, Dr. Rolf Hoberg, AOK-Vorstandsvorsitzender, spricht sich im Inter-

view dafür aus, „die Reformgesetze voll auszuschöpfen“. Abgerundet wird dieser Schwerpunkt mit einem Vergleich der Gesundheitssysteme der Nachbarländer.

Die Ausgabe 07/09 widmet sich verschiedenen berufspolitischen Schwerpunkten



Hierbei steht die Vertreterversammlung der KZV BW im Vordergrund. Der Leitartikel mit dem Titel „Tempora mutantur et nos mutamur in illis“ befasst sich mit dem Thema Vertragswettbewerb. Der Artikel zum Thema Fremdbesitzverbot für Apotheken hat das Doc

Morris-Urteil und seine Ausstrahlung auf die Zahnärzte zum Thema. Im politischen Schwerpunkt äußert sich die Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz MdB (CDU) im ZBW-Interview über die derzeitige und zukünftige Gesundheitspolitik. Die Beiträge über die Veranstaltungen „Vierter Tag des Qualitätsmanagements“ in Mannheim und „Fünfter Stuttgarter Zahnärztetag“ liefern Einblicke in die derzeitige Fortbildungslandschaft in Baden-Württemberg.

Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) steht im Blickpunkt der Berichterstattung der Ausgabe 8/09. Das ZBW zeigt auf, wie der Weg in die papierlose Zukunft aussehen könnte. Vor den Gefahren der eGK warnt der Sprecher des Chaos Computer Clubs, Andreas Bogk, im ZBW-Interview. Im Leitartikel „Digitaler Umbruch“ diskutiert Christoph Besters das elekt-



ronische Zeitalter aus der Sicht der Zahnärzte. Berufspolitisch steht die Landesversammlung des Freien Verbandes im Blickpunkt mit dem Thema „Staatlicher Dirigismus versus Eigenverantwortlichkeit“. Die die ZBW-Reihe „Politik im Gespräch“ äußerte sich Dr. Ulrich Noll MdL im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl über die derzeitige und zukünftige Gesundheitspolitik.

Die September-Ausgabe 2009 steht unter dem Einfluss der bevorstehenden Bundestagswahl. Der ZBW-Chefredakteur Johannes Clausen leitet in seinem

Leitartikel „Orientierung im Nebel“ das Titelthema Bundestagswahl ein. In Interviews nehmen der FDP-Gesundheitspolitiker Daniel Bahr MdB, die gesundheitspolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Birgitt Bender MdB und die CDU-Bundestagskandidatin für Stuttgart, Karin Maag Stellung zu ihren gesundheits- und parteipolitischen Positionen. Eine Übersicht der einzelnen Wahlprogramme rundet das

Schwerpunktthema ab. Das 15. IZZ-presseforum an der Universitätszahnklinik in Heidelberg machte den Medienvertretern „Appetit auf mehr Zahnmedizin“. 30 Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sowie Landespolitiker und Repräsentanten der zahnärztlichen Selbstverwaltung nahmen die Gelegenheit wahr, miteinander und mit den Hochschullehrern ins Gespräch zu kommen und die neuesten Forschungsergebnisse der Universität unter die Lupe zu nehmen. Prof. Dr. Peter Rammelsberg, Ärztlicher Direktor der Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik des Universitätsklinikums Heidelberg war in diesem Jahr Kooperationspartner des IZZ-presseforums.



Die zahnärztliche Freiberuflichkeit bildet den Schwerpunkt der ZBW-Ausgabe 10/09. Bei der Klausurtagung des LZK-Vorstandes stand die „Freiberuflichkeit im Prozess der Selbstreflexion“. Und in ihrem gemeinsamen Leitartikel gehen Dr. Udo Lenke und Dr. Bernhard Jäger der Frage nach, welchen Herausforderungen sich der Berufsstand für die Zukunft stellen muss und welchen Beitrag die Kammer leisten kann. Im Forumsbeitrag „Zwischenruf“ macht sich Dr. Bernhard Jäger außerdem weitere Gedanken zur Freiberuflichkeit. Passend zur Thematik äußert sich der BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel im ZBW-Gespräch und unterstreicht die Forderung „Zahnärztliche Freiberuflichkeit erhalten und stärken“.

Titelthema der Ausgabe 11/09 ist die Gesundheitspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Bundestagswahlen. Ein weiteres Schwerpunktthema bildet die Berichterstattung über die publikumswirksame Eröffnungsveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Lörrach.

Die Ausgabe 12/09 hat die Vertreterversammlung der KZV BW als Schwerpunktthema. Ergänzt wird das berufspolitische Themenfeld durch die Berichterstattung über die Bundesversammlung von BZÄK und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) sowie die Vertreterversammlungen der BZK Freiburg, Stuttgart und Tübingen. Weitere Themen der Berichterstattung sind der Deutsche Zahnärztag, die Veranstaltung Zahnmedizin im Blick/Tag der offenen Tür an der Kopf klinik in Heidelberg u. v. m.

Fortbildungsthemen 2009

Folgende Fortbildungsthemen werden im Jahr 2009 von wissenschaftlichen Autoren aus der Zahnmedizin behandelt (in chronologischer Reihenfolge): „Adjuvante minimal-invasive Parodontitis- und Pe-

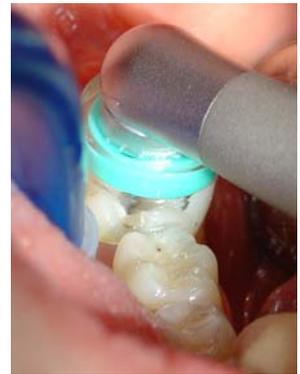
riimplantitistherapie: Antimikrobielle Photodynamische Therapie“ (Dr. Tilman Eberhard) „Interdisziplinäre Behandlung: Anwendungsgebiete von Bisphosphonaten“ (Dr. Frank Kehrer) „6 Millionen Patienten mit Zahnbehandlungen suchen sanfte Zahnheilkunde: Angst in Gelassenheit verwandelt“ (Dr. Albrecht Schmierer) „Zusammenhänge und therapeutischer Ansatz: Bruxismus und Gesichtsschmerz“ (Dr. Bastian Schmied, Prof. Dr. Dr. Jörg-Elard Otten) „Die Anwendung von Chlorhexidin zur Prophylaxe und Therapie: Der wirksamste antibakterielle Wirkstoff in der Zahnmedizin“ (Prof. Dr. Nicole Arweiler) „Biologische und anatomische Grundlagen der Alterszahnheilkunde (Teil 1 und 2): Der alternde Mensch und seine Mundhöhle und sein Kausystem“ (Prof. Dr. Werner Götz) „Wirkung und zahnmedizinischer Einsatz einer anti-bakteriellen Substanz: Ozon in der Kariestherapie“ (Prof. Dr. Elmar Reich) „Zahnärztliche Indikationsstellung: Die psychosomatische Grundkompetenz“ (PD Dr. Anne Wolowski) „Die schonende Zahnextraktion unter Berücksichtigung implantologischer Gesichtspunkte“ (Dr. Frank Kehrer) „Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung – ADHS“ (Dr. Dagmar Brummer).

Regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, die einen bedeutenden Teil der Berichterstattung bilden, stellen weitere Schwerpunkte im Bereich der Fortbildung dar. Im Jahr 2009 wird im Zahnärzteblatt ausführlich über die Winterakademie 2009 des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (03/09), die 24. Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung (04/09), die 34. Schwarzwaldtagung der BZK Freiburg (05/09 und 06/09), den 4. Stuttgarter Zahnärztetag 2009 (07/09), die 15. Sommerakademie des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (09/09) und die 44. Bodensee-tagung der BZK Tübingen (10/09) berichtet. Zusätzlich veröffentlicht das ZBW regelmäßig Beiträge über regionale Fortbildungsver-

anstaltungen in Baden-Württemberg wie das 12. KH-Symposium und die Herbsttagung der BZK Stuttgart (1/09), das Freiburger Forum Implantologie (4/09) und den 4. Tag des Qualitätsmanagements in Mannheim (07/09).

Meinungsbeiträge und Kommentare

Im Jahr 2009 werden auch zahlreiche interessante Meinungsbeiträge und Kommentare namhafter Journalisten von bekannten Nachrichtenmagazinen oder Zeitungen und Wissenschaftlern veröffentlicht, wie beispielsweise: „Rückenwind für Ulla Schmidt“, Kommentar von Andreas Mihm, FAZ, „Grün wird grau“ Kommentar des Chefredakteurs des Cicero, Wolfram Weimer, „Gesund von Staats Gnaden“, Kommentar von Barbara Thurner-Fromm, Stuttgarter Zeitung, und „Gesundheitsreform: Alles auf Anfang“ Prof. Dr. Fritz Beske. In den Bereichen GOZ konzentriert sich die Berichterstattung auf die Themen „Besondere Umstände bei der Ausführung“, „Erstattungsbegrenzung bei dentinadhäsiven Restaurationen“, „Ausgliedern eines geklebten Retainers“, „Beratungs- und Aufklärungsleistungen“, „Erstattungsverweigerung wegen „Zielleistungsprinzip“, „Gut kalkulierte HKP-Planung zahlt sich aus“. Mit zahlreichen weiteren Beiträgen über standespolitische Veranstaltungen, Arbeitskreise und Ausschüsse, den Karlsruher Vortrag mit Wangari Maathai, Berichte aus den Regierungsbezirken, Berichte über Veranstaltungen des Forum Zahngesundheit, über Azubi-Veranstaltungen, mit ZBW-Gesprächen, Kommentaren und Berichten aus den Themenbereichen Prophylaxe und Kultur möchten die Autoren des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg zu einer zuverlässigen und kompetenten Berichterstattung beitragen.



Informationszentrum Zahngesundheit

Die Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Informationszentrums Zahngesundheit Baden-Württemberg (IZZ) war im Berichtszeitraum eine effektiv, glaubwürdige sowie kompetente und authentische Informationsplattform für Journalisten der Print-, Funk-, und TV-Medien. Der IZZ-Verwaltungsrat und der Geschäftsführende Ausschuss haben den vertrauensvollen Dialog mit Journalisten, opinion leaders in Politik, Wirtschaft und Verbänden - zusammen mit dem IZZ-Leiter - weitergepflegt und ausgebaut, um Positionen, Meinungen und Konzepte der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg darzustellen. In Pressekonferenzen und Pressehintergrundgesprächen mit Journalisten und opinion leaders wurden die berufspolitisch relevanten Kritikpunkte an der Gesundheitspolitik sowie konstruktive Lösungsvorschläge durch den Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW), Dr. Udo Lenke und der Vorsitzenden des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW), Dr. Ute Maier, vorgestellt.

Pressearbeit und Pressekonferenzen

Die Pressearbeit des IZZ ist eine wichtige Säule der Öffentlichkeitsarbeit und wird bei den Medienvertretern hoch geschätzt. Das IZZ hat im Berichtszeitraum neun Pressekonferenzen geplant, organisiert, durchgeführt sowie nachbereitet. Die Kernaussagen der berufspolitischen Gesprächspartner und/oder Fortbildungsleiter wurden von den Redakteuren der Print-, Funk- oder TV-Medien positiv aufgegriffen und in ihre Sendekanäle eingespeist. Der gute Kontakt zur Deutschen Presseagentur (dpa) war ein bewährter Informationskanal, um berufspolitische Positionen der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Die hervorragende Medienresonanz spiegelt sich in den Presse-Dokumentationen eindrucksvoll wider.

- 23. Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe mit Professor Dr. Winfried Walther, Direktor, zu „Implantate für alle?“ (6. März 2009).
- Karlsruher Vortrag - Mund auf „Umwelt, Demokratie und Frieden: Eine entscheidende Verbindung“ von Professor Dr. Wangari Maathai, Nairobi, Kenia, Friedensnobelpreisträgerin 2004 (7. März 2009).
- 34. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzte in Titisee „Zahnmedizin der Zukunft“ mit Dr. Antoinette Röttele, Vorsitzende der BZK Freiburg, und Professor Dr. Elmar Hellwig, Fortbildungsreferent (22. April).



- 5. Stuttgarter Zahnärztetag der BZK Stuttgart zu „Implantate – von allen (Zahnärzten) für alle (Patienten)?“ mit Dr. Konrad Bühler, Vorsitzender der BZK Stuttgart, Professor Dr. Johannes Einwag, Fortbildungsreferent und Dr. Helmut Schönberg (17. Juni).
- 35 Jahre Zahnmedizinische Fachhelferin = 50 Jahre Erfolgsgeschichte. Fachpressekonferenz in Ludwigsburg (10. Juli 2009) sowie Pressekonferenz in Stuttgart mit Professor Dr. Johannes Einwag, Direktor, mit Presse-Rundgang durch das Zahnmedizinische Fortbildungsinstitut Stuttgart (8. Juli 2009).

VERWALTUNGSRAT

Dr. Udo LENKE, Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates 2009

Präsident der Landes Zahnärztekammer BW

Dr. Ute MAIER, stv. Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates 2009,

Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW

- Pressehintergrundgespräch im Regierungsbezirk Karlsruhe. Dr. Ute Maier, stv. IZZ-Verwaltungsratsvorsitzende, und Dr. Udo Lenke, IZZ-Verwaltungsratsvorsitzender, erläuterten „die Gesundheitspolitik der Zukunft aus zahnärztlicher Sicht“ Korrespondenten der Badischen Neuesten Nachrichten und des SWR (2. September 2009).

- 44. Bodenseetagung der BZK Tübingen in Lindau zu „Kontroversen und Entscheidungsfindung in der Zahnmedizin“ mit Dr. Winfried Forscher, Vorsitzender der BZK Tübingen, und Professor Dr. Bernd Haller, Fortbildungsreferent (15. September).

- Masters's Day 2009 der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe mit Professor Dr. Winfried Walther (29. September).



- Tag der Zahngesundheit in Lörrach (23. September 2009). Das Thema Zahngesundheit stand im Monat September wieder im Fokus der breiten Öffentlichkeit. Zum 18. Mal fand der Tag der Zahngesundheit statt; Lörrach war am 23. September im Blickpunkt der landeszentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit, die in diesem Jahr unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund – krank sein oftmals auch“ stand. Was macht die sehr gute Zahn- und Mundgesundheit der Kinder in Baden-Württemberg aus? Welche Erkrankungen in der Mund-

höhle zeigen sich auch bei Kindern? Welche engen Zusammenhänge bestehen zwischen Mundgesundheit und Allgemeingesundheit sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen? Fragen über Fragen, die anlässlich der Pressekonferenz - auch im Beisein der Schirmherrin - Dr. Monika Stolz MdL, Ministerin für Arbeit, und Soziales des Landes BW, der Presse beantwortet wurden. Die Vertreter der Presse wurden informiert von Dr. Monika Stolz, MdL, Dr. Udo Lenke, Präsident der LZK BW und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Baden-Württemberg (LAGZ BW), Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Vorstandsmitglied der LAGZ BW und Prophylaxe-Referentin der LZK BW, Bernhard Brenner, Referatsleiter Zahnärzte AOK BW, Dr. Klaus Baumann, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit im Landkreis Lörrach und Professor Dr. Andreas Schulte, Leitender Oberarzt der Abteilung Zahnerhaltung an der Kopfklinik Heidelberg. Professor Schulte stellte die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie zur Untersuchung von Menschen mit Handicaps vor, die im Rahmen der Special Olympics 2008 in Karlsruhe untersucht wurden.

- Die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit mit Pressekonferenz sowie Eröffnungsveranstaltung auf der Live-Bühne Politikern des Bundes- und Landtages, war in 2009 - wenige Tage vor der Bundestagswahl – das öffentlichkeitswirksame Ereignis in Lörrach. Unter Leitung der bekannten Landesschau-Moderatorin Martina Meisenberg eröffnete der LAGZ-Vorsitzende und Präsident der LZK auf dem Alten Markt in Lörrach den Tag der Zahngesundheit.

Presse-Service

Einmal im Monat wird ein zahnärztliches Thema unter „Die Zahnärzte in Baden-Württemberg informieren“ als Thema des

GESCHÄFTSFÜHRENDER AUSSCHUSS

Dr. Hans Hugo WILMS, Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2009, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW
Dr. Bernhard JÄGER, stv. Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2009, Stv. Präsident LZK BW

Monats den Medien in Baden-Württemberg angeboten. Die Themen im Überblick: Zähne müssen in Ordnung sein, keine Tränen auf Reisen, Nächtliches Zähneknirschen – Stressabbau im Schlaf, Gesunde Schultüte, Saures ist für Zähne nicht lustig – beim Trinken an den Zahnschmelz denken, Richtige Reinigung von dritten Zähnen, Moderne Füllungsmaterialien etc. Regelmäßig informiert zudem das IZZ über die kostenlose Zahnmedizinische Patientenberatung und Zweitmeinung der Zahnärzteschaft.

Telefonaktionen



Auch im Berichtszeitraum haben sich die Telefonaktionen, die in Zusammenarbeit mit den Zeitungsredaktionen geplant und durchgeführt wurden, als ein willkommener Service im Rahmen der Patientenberatung/ Zweitmeinung bewährt. Die Zahnärzte aus den Regionen standen den Leserinnen und Lesern nachfolgender Zeitungen Rede und Antwort: Südkurier, Konstanz (11.02.09), Schwäbische Zeitung, Leutkirch (04.03.09), Stuttgarter Nachrichten, Stuttgart (22.04.09), Südwest Presse, Ulm (12.08.09), Pforzheimer Zeitung, Pforzheim (21.10.09), Esslinger Zeitung, Esslingen (28.10.09).

15. IZZ-presseforum Heidelberg

Am 3. Juli 2009 präsentierten Referenten aus Hochschule und Landespolitik das Thema Mundgesundheit und Lebensqualität beim 15. IZZ-presseforum an der Mund-, Zahn- und Kieferklinik am Universitätsklinikum Hei-

delberg. Gastgeber waren das Informationszentrum Zahngesundheit sowie Herr Professor Dr. Peter Rammelsberg, Ärztlicher Direktor der Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik. Dr. Ute Maier, stv. IZZ-Verwaltungsratsvorsitzende, und Dr. Udo Lenke, IZZ-Verwaltungsratsvorsitzender, setzten sich mit dem Thema „Gesundheitspolitische Ziele und Perspektiven für Patient und Zahnarzt“ auseinander.



Forum Zahngesundheit

Für Veranstaltungen des Forum Zahngesundheit hat das IZZ Terminkoordination, Planung, Konzeption und die Durchführung der Veranstaltungen mit Beginn des Jahres 2009 übernommen. Das Forum Zahngesundheit hat sich seit den Anfängen im Jahr 1991 mit der Auftaktveranstaltung in Stuttgart als öffentlichkeitswirksame Veranstaltung stetig weiterentwickelt und erfolgreich etabliert.

In 2009 wurden zwölf Veranstaltungen durchgeführt: Seniorenmesse Laupheim (13.03.09), IBO, Verbrauchermesse, Friedrichshafen (18.-23.03.09), Frühlingsfest, Haslach (28.-29.03.09), Leistungsschau Laupheim (17.-19.04.09, Maimarkt, Verbrauchermesse, Mannheim (25.04.-05.05.09), Südwestmesse, Verbrauchermesse, VS-Schwenningen (06.-14.06.09), Konstanz, Augustinerplatz (04.-12.07.09). Baden-Messe,

IZZ-LEITUNG

Johannes CLAUSEN, Leiter
Ulrike FUCHS, Büroleiterin
Gabriele BILLISCHEK, Forum Zahngesundheit

Freiburg (12.-20.09.09), Oberrheinmesse, Verbrauchermesse, Offenburg (26.09.-04.10.09), Offerta, Verbrauchermesse, Karlsruhe (24.10.-01.11.09), Allmendinger Gesundheitstage (24.-25.10.09) und Familie & Heim, Verbrauchermesse, Stuttgart (07.-15.11.09).

KinderSpielStadt Stutengarten

Die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg beteiligte sich in diesem Jahr an der Stuttgarter Unicef-KinderSpielStadt Stutengarten. Die KinderSpielStadt bot über 1.500 Kindern in den Sommerferien vom 17.8. bis 5.9.2009 eine Plattform zum Kennenlernen und Nachspielen des sozialen, wirtschaftlichen, demokratischen und kulturellen Lebens in einer Stadt.



In der KinderSpielStadt Stutengarten im Reitstadion Bad Cannstatt drehte sich in der Zahnarztpraxis Doktor Paula Zahn alles rund um die Zahn- und Mundgesundheit. Kinder von sechs bis dreizehn Jahren übten sich im Rollenspiel als Zahnarzt bei der Untersuchung ihrer „Patienten“. Natürlich assistiert von der freundlichen und kompetenten zahnmedizinischen Fachangestellten. Darüber hinaus führten die Kinder die „Patienten“ durch die Plaque-Neon-Schau, bastelten

vorbildlich Zähne mit und ohne Karies, stellen und beantworteten Fragen zur Kariesentstehung und -vermeidung und schauspielerten auf der großen KinderSpielStadt Bühne Karius und Baktus und last but not least, hatten die Kinder ihre helle Freude, einen leibhaften Präsidenten der Zahnärzte für ihren Newsletter zu interviewen oder den Präsidenten bei der zahnärztlichen Untersuchung selbst auf den Zahn zu fühlen. Die Beteiligung an der KinderSpielStadt Stutengarten durch die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg hat den Berufsstand viel Sympathie und Anerkennung – auch im politischen und gesellschaftlichen Umfeld – eingebracht. So wurde die Zahnarztpraxis Doktor Paula Zahn – eine Initiative der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg zum beliebtesten und attraktivsten Angebot durch die Kinder gewählt. Ein Zeugnis, das die Organisatoren der Stadt, die Multiplikatoren in den Medien und in der Politik nachhaltig beeindruckte.

Werbung

Bei über 20 Veranstaltungen im Jahr wirbt das Informationszentrum Zahngesundheit, z. B. bei Tag der offenen Türen in Schulzentren oder bei Azubi-Informationstagen oder auf Azubi-Messen mit einem Info-Stand für die vielfältigen Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung den Beruf der Zahnmedizinischen Fachangestellten.

Nachfolgende Beteiligungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt: Ausbildungsmesse Vaihingen/Enz (31.01.09), Ausbildungsmesse Chance 2009, Pforzheim (07.02.09), Bildungsmesse Oberschwabenhalle Ravensburg (12.-14.02.09), Jobs for Future Mannheim (12.-14.2.), Rechberg-Realschule Ebersbach a.d. Fils (16.02.09), Berufsinformmarkt Herrenberg (14.03.09), IBO, Verbrauchermesse Friedrichshafen (18.-23.03.09), Berufsausbildungsmesse, bam, Ludwigsburg (19.-21.03.09), Jobs for Future, Villingen-Schwenningen (26.-28.03.09), Be-

rufe im Blick, Süßen (30.03.09), Berufs-informationstag Mosbach (03.04.09), Berufs-informationstag Oscar-Walcker-Schule Ludwigsburg (23.04.09), Azubi- & Studientage Stuttgart (24.-25.04.09), Ausbildungsmesse Geislingen (25.04.09), Berufe mit Zukunft (05.05.09), IHK-Bildungsmesse Heilbronn (07.-09.05.09), Berufsinformationsmesse Offenburg (16.-17.05.09), 15. Ausbildungsbörse, Weil am Rhein (26.09.09), Weiterbildungsmesse Lörrach (26.09.09), 2. Berufs-informationstag Tübingen (08.10.09), Aus- und Weiterbildungsbörse Mühlacker (10.10.09), Ausbildungsbörse Isny im Allgäu (13.10.09), Ausbildungsplatzbörse Holzgerlingen (17.10.09), Berufsinfo-Börse Laupheim (21.10.09), Berufsorientierungstag Waldshut (22.10.09), jobsDays-Die Berufsmesse Singen (19.-21.11.09), Berufe am See, Überlingen (26.11.09).

Anlässlich der IHK-Bildungsmesse (IHK Heilbronn-Franken) vom 7. bis 9. Mai 2009 hatten die Zahnärzte 40 Ausbildungsplätze angeboten. Unter dem Motto „Berufe mit Herz und Hand: Zahnmedizinische Fachangestellte – 40 Ausbildungsplätze warten auf Bewerberinnen“ wurden die Angebote der Kreis Zahnärzteschaft kommuniziert.

Bundesparteitag der CDU in Stuttgart

Es war eine Premiere, denn zum ersten Mal zeigte auf einem Bundesparteitag eine LZK BW und eine KZV BW Flagge.

Dazu bot das vom Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg (IZZ BW) für den Bundesparteitag inhaltlich neu konzipierte, geplante und organisierte Forum Zahngesundheit, eine Initiative der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg, die richtige Plattform für den Dialog mit Opinion Leaders in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Medien. Die Spitzenvertreter der zahnärztlichen Selbstverwaltung in Baden-Württemberg waren gefragte Gesprächspartner.



Landesparteitage

Nach dem erfolgreichen Auftakt auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart standen die Landespolitiker der LZK BW (Dr. Udo Lenke, Dr. Konrad Bühler, Dr. Dr. Heinrich Schneider) und der KZV BW (Dr. Ute Maier, Dr. Eberhard Montigel, Dr. Hans Hugo Wilms) auch auf dem Landesparteitag der SPD in Singen (14.02.09) und der CDU in Ludwigsburg (28.03.09) den Politikern Rede und Antwort und vereinbarten weitere Gespräche, um die berufspolitischen Positionen im vertrauensvollen tête-à-tête auszutauschen. Das Forum Zahngesundheit war ein willkommener Info- und Meetingpoint für Politiker sowie Gäste aus Medien und Verbänden.



Dialog mit opinion leaders in Politik, Wirtschaft, Gesundheitswesen sowie Medien

In 2009 wurden gemäß der Agenda „Berufspolitik / Zahnheilkunde 2010/ Kommunikationsmanagement: Information und Kommunikation der zahnärztlichen Ziele“ der Dialog mit Opinion Leaders 2009/ 2010 mit Politikern und anderen Opinion Leaders mehr in Politik, Verbänden und Medien weiter gesucht und gepflegt, um die berufspolitischen Ziele der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg den verschiedenen Zielgruppen vorzustellen. Auch der Dialog mit den französischen Kollegen/innen wurde weiter intensiviert.

Gemeinsames Sommerfest der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten

Im Berichtszeitraum fand das erste gemeinsame Sommerfest der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten auf dem Campus des Ärzte- und Zahnärzteshauses in Stuttgart statt. Fünf Gastgeber luden Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft, von Krankenkassen und Verbänden zum entspannten Dialog ein. Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW und Dr. Udo Lenke, Präsident der LZK BW, eröffneten das gemeinsame Sommerfest mit Dr. Armin Hoffmann-Goldmeyer, Vorstandsvorsitzender der KV, Dr. Ulrike Wahl, Vorsitzende der Landesärztekammer, und Dr. Dietrich Munz, Vorsitzender der Landespsychotherapeutenkammer.

Die Gesundheitspolitik und die Forderungen der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten spielten natürlich ebenfalls eine große Rolle – zumal vor Politikern, darunter u. a.: Baden-Württembergs Sozialministerin Dr. Monika Stolz, Landwirtschaftsminister Peter Hauk, Grünen-Bundestagsabgeordnete Birgitt Bender, SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt.

Patientenberatung

Der Präsentationsstand „Patientenberatung/ Zweitmeinung“ wurde für die Böblinger Gesundheitswoche als weitere PR-Maßnahme zur Stärkung der Zahnmedizinischen Patientenberatung eingesetzt. Unterstützt wurde die Maßnahme durch den Vortrag von Dr. Reinhard Winkelmann unter dem Titel „Schöne oder gesunde Zähne?“ (02.04.09).

Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt

„Tue Gutes und rede darüber“, ein bekannter Kommunikations-Leitspruch, der wie kaum ein anderer Leitsatz die wichtige Anforderung und nicht zuletzt die Aufgabe und das Ziel für das soziale Engagement der Menschen beinhaltet. In Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der LZK BW für die Aktion Z - Altgold für die Dritte Welt, Dr. Bernhard Jäger, wurde der Displaystand zur Aktion Z-Altgold für die Dritte Welt auf den Fortbildungsveranstaltungen bei der Karlsruher Konferenz/ Karlsruher Vortrag (26.-27.03.09), in Titisee bei der 35. Schwarzwaldtagung der BZK Freiburg (16.-17.04.09), in Stuttgart beim 6. Stuttgarter Zahnärztetag (18.-19.06.09), in Lindau bei der 45. Bodensee-tagung der BZK Tübingen (17.-18.09.09), und in Heidelberg beim Tag der offenen Tür „Zahnmedizin im Blick“ in der Kopfklinik in Heidelberg (31.10.09) eingesetzt.

Werbeträger

Das IZZ überarbeitet kontinuierlich Flyer wie z. B. Patientenberatung in Baden-Württemberg, Prophylaxe - Gesund beginnt im Mund und Zahnfüllungen und gibt sie heraus.

Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) hat den über 180 Mitarbeiterinnen der 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit im Jahr 2009 wieder ein intensives Fortbildungsangebot angeboten. Folgende Kurse wurden durchgeführt:



- zwei Kurse „Psychologie der Kommunikation“ (Gesprächsführung/ Konfliktmanagement)
- zwei Hygiene-Updatekurse
- zwei Workshops „Von der Dramaturgie des Prophylaxeunterrichts“

Des Weiteren wurden in Zusammenarbeit mit der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg e. V. (SAMA) nachstehende Kurse durchgeführt:

- zwei Kurse „Erfolgreiche Prophylaxearbeit – Entwicklungen, Konzepte und Strategien der Prävention und Gesundheitsförderung“
- zwei Methodenkurse „Unterrichtsgestaltung“, Teil IV
- zwei Methodenkurse „Unterrichtsgestaltung“, Teil V
- ein Workshop „Internes Qualitätsmanagement“

Darüber hinaus hat die LAGZ

- elf Seminare für Erzieher/innen in Kindergärten und Lehrer/innen in Schulen und
- acht Seminare für Betreuungs- und Pflegepersonal in Einrichtungen für Behinderte

entwickelt und durchgeführt.

Wie auch in den vergangenen Jahren hat die LAGZ-Geschäftsstelle sehr kostenbewusst gearbeitet, sodass die Fortbildungsangebote durch die Einsparungen in jedem Jahr weiter ausgebaut werden konnten.

LAGZ-Forum



Das zum vierten Male im Kloster Schöntal durchgeführte LAGZ-Forum gab mit seinen Themen und Referenten wieder wichtige Impulse den Mitarbeiterinnen für die Arbeit in den Schulen und Kindergärten. So berichtete Prof. Dr. Klaus Pieper, Marburg, über die Perspektiven einer modernen Gruppenprophylaxe und diskutierte die Möglichkeiten und Grenzen der Prophylaxe bei Menschen mit Behinderungen. Über den Tellerrand der Kariesprävention bei Kindern schaute Prof. Dr. Andreas Schulte, Heidelberg, der die Kariesprävention in Schottland vorstellte. Darüber hinaus kamen auch Themen, die tagtäglich die Geschäftsstelle der LAGZ beschäftigen, zur Sprache, wie zum Beispiel die Perspektiven der Arbeitsvertragsgestaltung, die ausführlich den über 120 Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaften im Kloster Schöntal vorgestellt wurden.

Über den aktuellen Stand der Fluoridierung in der Gruppenprophylaxe unter dem Fragezeichen „Gewusst wie?“ informierte

LAGZ-VORSTAND

Dr. Udo LENKE, Präsident der LZK BW, Vorsitzender
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Prophylaxereferentin der LZK BW
Dr. Christopher HERMANN, stv. Vorsitzender der AOK BW
Walter SCHELLER, Leiter der vdek-Landesvertretung BW
Dr. Joachim KOHLER, Ministerialdirigent im Ministerium für Arbeit und Soziales BW

Prof. Dr. Johannes Einwag, Stuttgart, Fortbildungsreferent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Praxisgerecht ging es auch beim nächsten Vortrag zu, in dem Prof. Dr. Johannes Einwag über fachliche Herausforderungen in der Praxis der Gruppenprophylaxe referierte. Die Geschäftsstellenleiterin der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Lörrach stellte dabei die organisatorischen und personellen Herausforderungen dar.



Abgerundet wurde das Vortragsprogramm durch Ulrike Kremer, DH am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, die die Mundhygieneartikel unter der Fragestellung „Was ist wirklich neu?“ zur Motivation für Kinder und Jugendliche sowie die Thematik „Kinder und Ernährung“ eindrucksvoll und praxisnah beleuchtete.

Mit der vierten Veranstaltung im Kloster Schöntal hat die LAGZ ihren Kurs der intensiven Kommunikations- und Informationspolitik auch in diesem Jahr fortgesetzt, in dem zum ersten Mal die Einladung für diese Fortbildung an alle Mitarbeiterinnen einschließlich der Leiterinnen und Leiter der Geschäftsstellen erging. Damit konnten einmal mehr Barrieren in der Kommunikation untereinander abgebaut werden, weil alle zur gleichen Zeit von den Informationen und Vorträgen partizipieren konnten und in den Pausen

auch ein reger Gedankenaustausch ermöglicht wurde.

Strukturen

Wie wir bereits im letzten Jahr berichteten, soll die flächendeckende Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg durch Patenzahnärzte und nicht durch die Jugendzahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) gefördert werden. Der Prophylaxeausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich mit dieser Situation der Versorgung mit Patenzahnärzten in den Arbeitsgemeinschaften beschäftigt. Über 1.400 Patenzahnärzte wirken in Baden-Württemberg in der Gruppenprophylaxe mit. Allerdings gibt es in zehn von 37 Arbeitsgemeinschaften keine oder nur wenige Zahnärzte, die sich in der Gruppenprophylaxe in Kindergärten oder Schulen engagieren. Fünf Arbeitsgemeinschaften sind im Regierungsbezirk Stuttgart, drei im Regierungsbezirk Karlsruhe und zwei im Regierungsbezirk Tübingen davon betroffen. Der Prophylaxeausschuss war sich einig, dass mehr Zahnärzte für die Mitarbeit als Patenzahnärzte gewonnen werden sollen. Dabei wurde vorgeschlagen, sowohl auf den Sitzungen der Kreisvereinigungen als auch bei Informationsveranstaltungen für neue niedergelassene Zahnärzte die Möglichkeit der Mitwirkung in der Gruppenprophylaxe vorzustellen.



ZUSTÄNDIGKEIT LAGZ-GESCHÄFTSSTELLE

Johannes CLAUSEN, Geschäftsführer
Annerose HAUBER, Geschäftsführende Sekretärin
Ralf KRAFT, Leiter Buchhaltung

Ein weiteres ehrgeiziges Ziel hatte der Vorstand der LAGZ zu Ende des vergangenen Jahres beschlossen, nämlich eine Arbeitsgruppe einzusetzen mit dem Ziel die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der 37 Arbeitsgemeinschaften zu erarbeiten unter besonderer Berücksichtigung der Verankerung in einer überarbeiteten Satzung für Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit. Ein erster Satzungsentwurf wurde in den Vorstandssitzungen der LAGZ beraten. Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Berichtes lag noch keine abschließende Beschlussfassung über die Novellierung der LAGZ-Satzung mit Regeln zur Funktion und Arbeitsweise der örtlichen Arbeitsgemeinschaften vor. Die entscheidende Sitzung ist am 26. November 2009.

Tag der Zahngesundheit 2009



In Lörrach, der Hauptstadt des Markgräflerlandes, fand der Auftakt zum Tag der Zahngesundheit statt. Schirmherrin Dr. Monika Stolz, Ministerin für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg, hat die Veranstaltung am Alten Markt zusammen mit Kammerpräsident Dr. Udo Lenke eröffnet. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ließen sich Landes- und Bundespolitiker sowie Vertreter der baden-württembergischen Zahnärzteschaft von der bekannten TV-Moderatorin Martina Meisenberg manches Geheimnis entlocken. Dabei erfuhr das Publikum unter anderem, dass die Ministerin immer eine Ta-

fel Schokolade in der Aktenmappe hat – und natürlich ein Zahnpflegeset. Beides konnte aus Lörrach stammen. In diesem Jahr bezog sich das Motto am Tag der Zahngesundheit „Gesund beginnt im Mund – krank sein oftmals auch“ auf die enge Verbindung von Mund- und Allgemeingesundheit. Deswegen wurden auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Pressekonferenz aus bedrtem Munde vorgestellt.



Dr. Udo Lenke führte auf der Pressekonferenz dezidiert die Zusammenhänge zwischen Mundgesundheit und Allgemeingesundheit vor. Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Vorsitzende des Prophylaxeausschusses und Prophylaxereferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, erläuterte den Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen die letzte Deutsche Mundgesundheitsstudie (DMS IV) und berichtete, dass diese gezeigt habe, dass bei deutschen Erwachsenen die Kariesrate rückläufig sei, aber die Parodontitisrate zunehme.

Die Pressekonferenz war – wie in den vergangenen Jahren – sehr gut besucht, auch das SWR-Fernsehen war mit von der Partie und sendete den Beitrag zur besten Sendezeit in der Landesschau Baden-Württemberg.

Aber es ging in der Pressekonferenz auch um die orale Gesundheit von Menschen mit Behinderungen. Prof. Dr. Andreas Schulte, Leitender Oberarzt der Abt. Zahnerhaltung an der Kopfklinik in Heidelberg, berichtete über die Olympiade für Menschen mit Handicaps, die im Juni 2008 in Karlsruhe stattfand.



Damals wurden – wie bekannt – fast 800 Sportlerinnen und Sportler von Zahnärzten aus Baden-Württemberg zahnärztlich untersucht und bei Bedarf zahnmedizinisch betreut. Diese Aktion mit dem Titel „Special smiles“ wurde wissenschaftlich begleitet und die Daten im Universitätsklinikum Heidelberg ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass nur 40 Prozent der untersuchten jugendlichen Sportlerinnen und Sportler im Alter von 12 bis 17 Jahren ein kariesfreies Gebiss hatten. In der Gesamtbevölkerung sind es 72 Prozent der Jugendlichen. Bei jedem zehnten Teilnehmer an den Special Olympics im Alter von 12 und 13 Jahren musste bereits ein bleibender Zahn entfernt werden, während dies nur bei jedem 50. Jugendlichen in der Gesamtbevölkerung der Fall war. Das zeigt, so Prof. Schulte, dass die präventiven Maßnahmen, die im Rahmen der Gruppen- und Individual-

prophylaxe geleistet werden, viele Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung nur unzureichend schützen. Insbesondere bei Erwachsenen mit Behinderungen, für die derzeit keine gesetzlichen Regelungen zur zahnmedizinischen Prophylaxe bestehen, sieht er einen dringenden Verbesserungsbedarf. Verbesserungen hat auch Dr. Udo Lenke, Vorstandsvorsitzender der LAGZ und Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, im Sinn. Zum Schluss der Pressekonferenz schlug er vor, anstelle der Zahngesundheit mehr die orale Gesundheit in den Mittelpunkt zu stellen: „Ich würde mich freuen, wenn wir in den nächsten Jahren am Tag der Mundgesundheit im Namen der LAGM Sie alle wieder einladen können.“

Jahresstatistik

	2008/ 2009
Verausgabte Mittel der Krankenkassen für 37 Arbeitsgemeinschaften	6,4 Mio. Euro
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Kindergartenkinder	269.227 = 76,9 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 1. – 4. Klasse	293.507 = 69 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 5. + 6. Klasse	36.019 = 18,2 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Sonderschulen/ Behinderteneinrichtungen	466 = 78,7 %
Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen bei 3- bis 12-jährigen (bis 6. Klasse) sowie Personen in Sonderschulen/ Behinderteneinrichtungen	399.093 = 39,2 %

Statistik der LAGZ-Prophylaxeseminare

	31.12.2005 - Gesamt -	31.12.2006 - Gesamt -	31.12.2007 - Gesamt -	31.12.2008 - Gesamt -
Anzahl der ausgebildeten Erzieher und Grundschullehrer durch die LAGZ (ab 1977)	11.503	11.670	11.766	11.919
Anzahl der ausgebildeten Pfleger und Betreuer in Behinderteneinrichtungen (ab 1984)	1.615	1.725	1.885	2.026
Anzahl ausgebildeter Grund- (ab 1988) und Sonderschullehrer (zusammen ab 1990)	1.120	1.138	1.138	1.138
Ausbildungen insgesamt	14.238	14.533	14.789	15.083

Bundeszahnärztekammer

Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer

Das Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer richtet sich nach dem Mitgliederstand der einzelnen Länderkammern. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Mitgliederstand der Länderkammern zum 31.12.2008. Die rechte Spalte zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Länderkammern am Gesamtbeitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer. Die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg hatte zum 31.12.2008 8.265 Mitglieder, dies entspricht 12,4627 Prozent und ist damit die zweitgrößte Kammer im Bundesgebiet.

Kammerbereich	Zahnärzte	Prozent
Baden-Württemberg	8.265	12,4627
Bayern	10.521	15,8645
Berlin	3.849	5,8039
Brandenburg	1.879	2,8333
Bremen	515	0,7766
Hamburg	1.859	2,8032
Hessen	5.084	7,6661
Mecklenburg-Vorpommern	1.459	2,2000
Niedersachsen	6.213	9,3685
Nordrhein	7.373	11,1176
Rheinland-Pfalz	2.704	4,0773
Saarland	658	0,9922
Sachsen	3.797	5,7254
Sachsen-Anhalt	1.973	2,9751
Schleswig-Holstein	2.248	3,3897
Thüringen	2.043	3,0806
Westfalen-Lippe	5.878	8,8634
Bundesgebiet	66.318	100 %

Der monatliche Beitrag pro Mitglied wurde in der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer 2008 festgelegt. Der monatliche Beitrag pro Mitglied der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg läuft sich pro Mitglied in 2009 auf 7,20 Euro.

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat gemäß § 13 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Delegierten zur Bundeszahnärztekammer folgende, von den Vertreterversammlungen der Bezirks Zahnärztekammern gewählte Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2012 bestätigt.

BZK Stuttgart	Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen Dr. Eberhard MONTIGEL, Heilbronn Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen Dr. Udo LENKE, Vaihingen/Enz Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn	Delegierte
	Dr. Gudrun KAPS-RICHTER, Heilbronn Dr. Jürgen CAROW, Flein Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen Dr. Rainer-Udo STECK, Winnenden	Stellvertreter/ innen
BZK Karlsruhe Wahlvorschlag 1	Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker Dr. Rüdiger ENGEL, Karlsruhe Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg	Delegierte
Wahlvorschlag 2	Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe Dr. Christine SCHRÖDER, Heidelberg	
Wahlvorschlag 1	Dr. Jan WILZ, Mannheim Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim Dr. Volker BRACHER, Karlsruhe	Stellvertreter
Wahlvorschlag 2	Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN, Heidelberg Dr. Wolfgang GUTERMANN, Heidelberg Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe	

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

BZK Freiburg	Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein Dr. Norbert STRUß, Freiburg Dr. Georg BACH, Freiburg Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen	Delegierte
	Dr. Conrad GAST, Ettenheim Prof. Dr. Elmar HELLWIG, Freiburg Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch Dr. Gabriele GÜDE, Freiburg	Stellvertreter/innen
BZK Tübingen	Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Metzingen Dr. Bernd STOLL, Albstadt	Delegierte
	Dr. Manfred JOOß, Ravensburg Dagmar KÜGELE, Tettngang Dr. Elmar LUDWIG, Ulm	Stellvertreter/innen

Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter aus Baden-Württemberg auf Bundesebene

Vorstand, Ausschüsse und Arbeitskreise bei der Bundeszahnärztekammer	
Vorstand der Bundeszahnärztekammer	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss Belange der Zahnärztinnen	Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen
Ausschuss Qualität in der ZahnMedizin	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss Röntgenstelle	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Haushaltsausschuss	Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg
Kernausschuss Praxisführung	Dr. Norbert STRUB, Freiburg Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Arbeitskreis der Geschäftsführer Musterberufsordnung	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis der Geschäftsführer Musterweiterbildungsordnung	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis der Geschäftsführer Praxisformen	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis Telematik	Direktionsassistent Thorsten BECK, Stuttgart



www.lzk-bw.de